Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Nr. 9/Jahrgang 2 Juni '85 3.(

ANDREAS WISCHNER
FRINZREGENTENSTR. 46
D-1000 BERLIN 31

EVG statt EWG

Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts gründeten Arbeiter Konsumgenossenschaften mit dem Ziel der Beschaffung einwandfreier und preiswerter Lebensmittel. Jedoch die wenigsten überlebten bis in die heutige Zeit oder verwandelten sich in Aktiengesellschaften mit rein profitorientierten Perspektiven. Seit Mitte der siebziger Jahre und verstärkt seit Anfang der achtziger Jahre werden in der Bundesrepublik wieder verschiedene, an die alten Traditionen anknüpfende Versuche zum Aufbau von Erzeuger und Verbrauchergenossenschaften unternommen. Ein Hintergrund ist die Einbeziehung der Verbraucher in die Herstellung und den Vertrieb besserer Lebensmittel. Wie es hierum bestellt ist, soll an zwei Beispielen geschildert werden.

Siehe Seiten 8 und 9.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ich hör die Flügel wachsen

War heißt selbstbestimmt arbeiten als Theaterin (ein Ausdruck, den Uki treffender findet für ihre Arbeit als Schauspielerin oder Theatermacherin)?

Ein Aspekt ist doch, jede/r sucht sich den Arbeitsbereich entsprechend ihrer/seiner Fähigkeiten. Oft bedeutet das aber, das der Druck der Notwendigkeiten eine Festlegung auf bestehende Rollenstrukturen schafft statt diese zu überwinden, wie wir es doch eigentlich wollen. Besonders Frauen fühlen sich oft für alles und jedes verantwortlich und stellen ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen hintenan. Uki beschreibt in diesem Artikel auf Seite 3 ihre ganz persönlichen Erfahrungen, die ihr gezeigt haben, daß sie sich selbst am meisten im Wege gestanden hat. Ihre Erfahrungen sind bestimmt für viele Frauen in Kollektiven interessant und beleuchten die eigene Situation mal unter etwas anderen Aspekten.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

In dieser Ausgabe:

Deutsche Entwicklungshilfe gegen Selbstorganisation von Indianern
Ein Projekt der Deutschen Entwicklungsgesellschaft gegen die Unterentwicklung Ecuadors verfolgt in Wirklichkeit die Zerstörung der indianischen Kultur. Noch dazu wird der Anbau der afrikanischen Ölpalme im großen Stil zu einer ökologischen Katastrophe führen.
Seite 2

Branchenseite Graphische Betriebe
Chemie, Markenzeichen & Kartoffeldruck auf Seite 4

Zum Verhältnis von SPD und Selbstverwaltungsbewegung
Seit der Wende entdeckt die SPD ihr Herz auch für die Selbstverwaltungsbewegung. Schon seit einem Jahr besteht die innerparteiliche Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen und im März 1985 organisierte die SPD-Bundestagsfraktion ein Hearing zum Thema „Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen".
Zumindest Teile der Partei wollen mit Hilfe von Selbstverwaltungs- und Genossenschaftsbetrieben die trübe Lage auf dem Arbeitsmarkt aufhellen. Wie reagieren die Betriebe auf diese Funktionalisierung? Wie ist diese Initiative der SPD weiterhin zu bewerten?
Seite 5

Alternatives Versorgungsdenken?
Seit einigen Jahren bestehen nun schon Netzwerk und der Ökofond der GRÜNEN nebeneinander. Beide Einrichtungen widmen sich der Geldvergabe an bedürftige Projekte. Manche Projekte entwickelten in der letzten Zeit ein merkwürdiges Verständnis vom Sinn dieser Institutionen. „Abholen und verschwinden" war oft genug die Devise anstatt „Zusammenarbeit und Vernetzen". Bericht von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Ökofond und Netzwerk zu diesem Problem.
Seite 7

STATTwerke-Spezial
Diese neue Rubrik soll Projekte vorstellen, die private Darlehen für ihre Vorhaben suchen.
Seite 13

Schreinerseite
Endlich kommt sie, die langerwartete Schreinerseite, hauptsächlich mit Berichten vom letzten Schreinertreffen in Freiburg.
Seite 14

Liebe Leserinnen und L

So sehen die Urlaubsvo des Vertriebs (meine nun doch nicht aus!

Dafür ist gar keine Zeit, es muß ja alles schön ordentlich aufgearbeitet werden, damit der Norbert vom Blätterwald auch durchblickt. Er wird nämlich im Juni die Abonnentenbetreuung und alles, was damit zusammenhängt, übernehmen. Falls allerdings irgendwelche Rechnungen oder Zahlungsmodalitäten unklar sind, müßt ihr warten bis zum Juli. Ansonsten freut sich der Norbert schon auf viele nette Zuschriften und hofft auf Rekordzahlen bei dem Abonnentenzugang.

Neue Abonnenten sollten sich beeilen mit ihrer Bestellung, damit sie unsere Juli/August-Doppelnummer noch erhalten. Diese Sondernummer erscheint auch etwas später als gewöhnlich.

Zum Schluß noch eine redaktionelle Bitte: Berichte von Branchentreffen, Tagungen u.ä. finden wir sehr sinnvoll in CONTRASTE. Weniger sinnvoll, weil dann wenig ansprechend für Nichtteilnehmer sind Protokollsammlungen. Interessanter sind solche Informationen in Form von Lageberichten, Einschätzungen oder Darstellung kontroverser Diskussionspunkte.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Auch DU kannst helfen !

Nein, diesmal geht es ausnahmsweise nicht um Geld bzw. Spenden für eine äußerst sinnvolle Zeitung. Das Problem liegt anders: immer schneller geht uns das (Foto-) Material zu Ende, mit dem wir CONTRASTE illustrieren und verschönern. Du als begeisterter Leser bist nun dringend aufgerufen, uns Fotos (auch aus Zeitungen: mit Quellenangabe) Zeichnungen, Karikaturen zuzuschicken. Auf Wunsch schicken wir das Material natürlich wieder zurück.
Der Dank der vereinigten Layout-Crew ist Dir gewiß.
Anschrift: CONTRASTE-Archiv, c/o Zünd-Satz, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

„Und der Herr ließ einen Blitz niederfahren auf die Zaudernden..."

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler/ sonst DM 36,– (incl. Versand)
Coupon ausgefüllt an Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle-Druckerei, Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel 5, einsenden und bitte sofort das Geld auf das Konto: Postgiroamt Frankfurt/Main, (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 3836 87-607 (J. Gelbrich) überweisen!

Deutsche Entwicklungshilfe gegen Selbstorganisation von Indianern

Mit 13 Millionen DM geht die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) gegen Indianer-Dorfgemeinschaften im ecuadorianischen Urwald vor. In der Projektvorstellung der DEG liest sich das eigentlich ganz gut:

„Dieses Projekt trägt zur wirtschaftlichen Integration des ecuadorianischen Amazonasbeckens bei. In einer unterentwickelten Region werden rund 770 Arbeitsplätze geschaffen ... Die Produktion (Palmöl) ist ausschließlich für den Inlandsmarkt bestimmt ... Die DEG (Deutschen Entwicklungsgesellschaft) leistet einen Finanzierungsbeitrag von insges. 13,1 Mill., davon 3,1 Mill. als Beteiligung und 10 Mill. DM als Darlehen ..."

Warum fordern die Indianer des Amazonasgebiets in Ecuador mit allergrößtem Nachdruck, daß dieses ÖLPALMEN-PLANTAGENPROJEKT nicht weitergeführt wird? Ganz einfach: Weil an der Projektvorstellung fast nichts stimmt! Richtig ist, daß es sich um ein Vorhaben im ecuadorianischen Urwald handelt. Mit der Behauptung, durch ein solches Projekt die Indianer in die Gesamtgesellschaft zu integrieren, wird der Zweck verfolgt, daß sich die Indianervölker den „nationalen Interessen" unterordnen sollen.

Auch die Arbeitsplatzlüge muß wieder herhalten. Durch das Großvorhaben werden viele Familien ihrer bisherigen Erwerbsquellen beraubt. Wie zu Beginn der Industrialisierung würden aus Menschen, die in großem Maße in ihrer Umwelt autonom leben und produzieren, „freie Landarbeiter".

Quichua-Indiander bedroht:

Wenn wir von der Zerstörung der Tropenwälder des Amazonasbekkens reden, haben wir meistens die brasilianische Situation vor Augen: verfehlte Siedlungspolitik, Holzraub, gigantische Viehprojekte (u.a. VW), wodurch jedes Jahr mehr als 1 Mio. ha Regenwald „verschwinden".

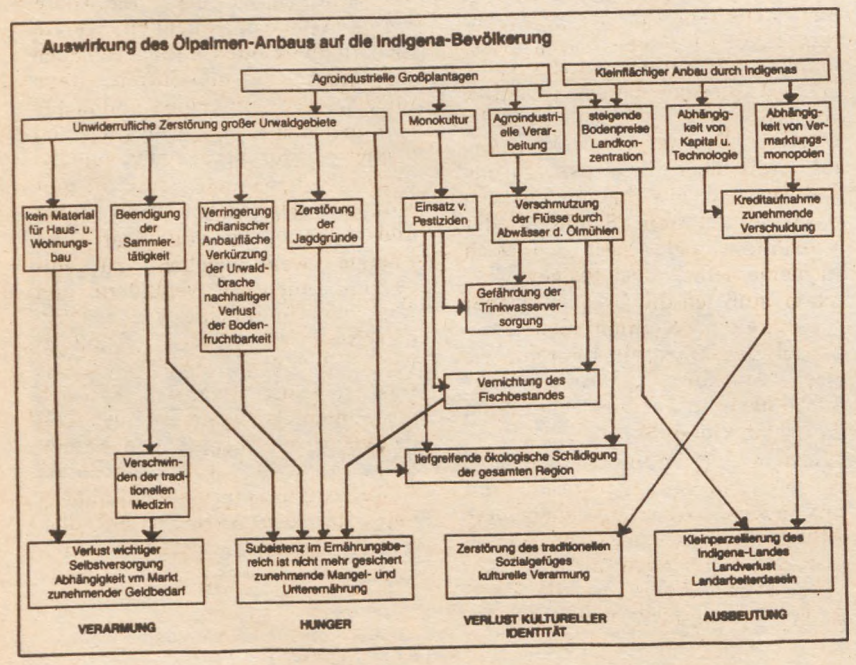
Weniger bekannt ist, daß sich eine weitere ökologische Katastrophe im ecuadorianischen (und auch peruanischen) Urwaldgebiet anbahnt. Die ca. 100.000 km^2 große Regenwaldfläche Ecuadors wurde seit den 70er Jahren infrastrukturell durch Erdölprojekte „erschlossen". Kolonisierungsprogramme wurden mit verarmten Bauern aus dem Andenhochland durchgeführt, ohne die Frage nach den Lebensbedingungen der im Urwaldgebiet lebenden Indigenas, noch nach einer angemessenen landwirtschaftlichen Nutzung unter den schweren Bedingungen des Regenwaldes zu beantworten. Bereits 10-15% des ecuadorianischen Regenwaldes ist diesem Prozeß bereits zum Opfer gefallen. Und nun wird den dort lebenden Quichua-Indianern ein neues gigantisches Projekt aufgedrückt. Zwei Privatgesellschaften haben bereits mit einem Pilot-Projekt von 20.000 ha Ölpalmen-Plantagen begonnen, das zu einem 200.000 Hektar-Projekt ausgeweitet werden soll. Von den Auswirkungen werden 20.000 Indianer betroffen sein.

Die Befürworter dieses Großprojektes argumentieren gerne mit der Behauptung, daß die Tiefland-Quichuas, in der Provinz NAPO, bereits entwurzelt und kulturell angepaßt sind. Das kann auf den ersten Blick sogar so aussehen: viele Quichuas unterscheiden sich in ihrer Kleidung kaum von den Neusiedlern, viele Männer suchen zwischendurch Arbeit bei Erdölfirmen oder in der Stadt, viele Familien haben ein Kofferradio, Plastik und Aluminium haben die Tongefäße teilweise verdrängt, Blasrohr und Speer sind schon längst durch das Gewehr ersetzt.

Aber, wir würden doch einem großen Trugschluß unterliegen, würden wir allein daran den Zustand einer indianischen Kultur messen. Kultur hat etwas mit Kultivieren, Anbauen zu tun, d.h. mit schöpferischer Kraft Natur in Kultur zu verwandeln. Mit der traditionellen, ökologisch ausgefeilten „Chacra-Wirtschaft", die das komplizierte ökologische Gleichgewicht nicht stört, mit Jagd, Fischfang und Sammlertätigkeit konnten die Indianer relativ autonom leben. Die gesamte indianische Produktions- u. Lebensweise ist an die Bedingungen des Regenwaldes geknüpft. Dabei ist indianische Wissenschaft keine theoretische Wissenschaft, sondern wirkt praktisch, zugunsten dessen, was ist. Sie ist auch nichts für unsere „Tolle-Sprüche-Ecke" und nicht romantisch zu sehen, sondern hilft den Betroffenen, ihre Umwelt zu verstehen und sinnvoll zu nutzen.

Land ohne Urwald zerstört die Selbstorganisation:

Land bedeutet für die Tiefland-Indigenas nicht eine bestimmte Parzelle oder ein Grundstück, sondern den Ort der Existenz. Land ohne Urwald ist für die Tiefland-Indianer etwas Unvorstellbares, denn dann gäbe es keine Tiere, keine Bäume, kein Wasser mehr. Die traditionelle Sozialstruktur besteht in der Großfamilie oder Sippe, die dann in weitläufige Verwandtschaftsbeziehungen eingebettet ist. Jede Einzelfamilie innerhalb der Großfamilie hat ihr eigenes Haus (von Hütte zu sprechen ist m.E. diskriminierend) und im Rahmen der gemeinsamen Nutzung eigene Landstücke, wobei sich die Familien gegenseitig helfen. Das vorhandene soziale Netz wird um viele Patenbeziehungen ausgeweitet, es stellt einen verbindlichen und zuverlässigen Rückhalt dar.



Durch die einsetzenden Veränderungen sind die Tiefland-Quichuas in den letzten 10-15 Jahren zu neuen Organisationsformen übergegangen, den COMUNAS INDIANER, den „Dorfgemeinschaften". Die Indigenas sahen in der Bildung dieser „Comunas" die einzige Möglichkeit, ihre traditionellen Landansprüche wenigstens in Teilen durchzusetzen, ihre Identität als Indianer voll zu bewahren und ihren kulturellen Zusammenhalt gegen äußere Einflüsse zu schützen. diese „Comunas" stellen, im Gegensatz zum Andenhochland, wo sie auf vorßinkaische Organisationsformen zurückgehen, für die Amazonas-Indiander eine neue, ungewohnte, aber heute einzige Alternative im Überlebenskampf dar. Viele Elemente der traditionellen, gegenseitigen verwandtschaftlichen Hilfen werden heute auf die Comuna ausgeweitet. Die in diesem Gebiet existierenden Dorfgemeinschaften haben sich zu einer Förderation zusammengeschlossen: UNAE. – Weiter gibt es in Ecuador einen Zusammenschluß aller Tiefland-Indianer-Völker, die CONFENIAE.

Warum ist die Ölpalme schlecht?

Für den Anbau ist nur „guter Urwaldboden" geeignet, auf dem die betroffenen Indigenas ihre „Chacra-Wirtschaft" betreiben und der notwendig als kommunales Reserveland ist. Die Projektbetreiber sehen den Urwald als „unbewohntes Gebiet" an. „Im Falle eines Projektes gilt es, die Indianer und Neusiedler zu einer Teilnahme am Projekt zu bewegen... ansonsten wär eine Umsiedlung vorzunehmen..." Das entsprechende Gebiet ist allerdings relativ dichtes indianisches Siedlungsgebiet. Viele Dorfgemeinschaften verfügen über Besitztitel ihres Comunalandes.

Wird die dichte Vegetationsdecke des Urwalds abgeschlagen, geht der Schutz vor Überhitzung und vor Auswaschung verloren, das biologische Gleichgewicht wird sofort gestört, in wenigen Jahren ermüden die Böden. Um den Ölpalmen-Anbau „rentabel" zu gestalten, sind große, zusammenhängende Anbauflächen notwendig, das überall gültige Problem der Monokultur wird auch hier voll durchschlagen: neben dem Einsatz von Düngemittel wird eine Anwendung von Pestiziden notwendig werden. Da die Abfälle der Ölmühlen in die Flüsse abgelassen werden, werden sich diese in stinkende Kloaken verwandeln. Weltweit gibt es dafür schlimme Beispiele. Weiter wird die Nachfrage nach Land die Landspekulanten noch intensiver anziehen, die Landkonflikte werden zunehmen. Wird den Indianer-Comunas gutes Land weggenommen, werden sie allergrößte Schwierigkeiten haben, sich weiter in Form der Selbstversorgung zu ernähren. Das wird zu einer starken Abwanderung führen, die Elendsviertel der Städte werden weiter anwachsen.

„Die zu schaffenden Arbeitsplätze werden durch Arbeitsvermittler" besetzt, die Firmen sparen sich so die Sozialleistungen, gewerkschaftliche Zusammenschlüsse sind unmöglich.

Die deutsche Beteiligung:

Die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) hat bereits 13,1 Mio. DM an eine der Privatfirmen, die „Palmoriente S.A." gezahlt, davon 3,1 Mio. DM als Beteiligung und 10 Mio. DM als Darlehen. Die DEG beteiligt sich an einem Projekt, das den dort lebenden Indianern allergrößte Probleme, bis hin zum Ethnozid bringt. Die DEG beteiligt sich an einem Projekt, das aus selbstversorgten und selbstverwalteten Indianern billige Arbeitskräfte macht und das allergrößte ökologische Schäden hervorrufen wird.

Widerstand der Indianer-Organisationen:

Die betroffenen Indianer-Völker wehren sich mit ihren Möglichkeiten gegen das Projekt: kein Verkauf ihres Landes an die Ölpalmenfirmen, öffentliche Proteste etc. Auf dem letzten Treffen der Tiefland-Organisationen, die sich in der CONFENIAE zusammengeschlossen haben, wurde einstimmig diesem Großprojekt der Kampf angesagt.

In einer Dokumentation bitten sie uns hier

- *die an diesem Projekt beteiligte DEUTSCHE ENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT (DEG) anzuklagen,*
- *durch internationale Protest-Kampagnen gegenüber der ecuadorianischen Regierung und z.B. genannter Finanzierungsgesellschaft*

DIE EINSTELLUNG DIESES VORHABENS ZU FORDERN.

Heinz Schulze

Dieser Bitte möchten wir nachkommen. Wir haben die Dokumentation: Helft uns gegen das Ölpalmen-Projekt – Ölpalmen-Plantagen im Amazonastiefland Ecuadors – ein agroindustrielles Großprojekt bedroht den indianischen Lebensraum – jetzt fertiggestellt.
Bezug: 2,50 DM (bitte in Briefmarken beilegen – inkl. Porto) über:
AG SPAK
„bewußt-päd."
Kistlerstr. 1
8 München 90

IMPRESSUM (Ffm)

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Hass, Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag

Redaktion.
Harald Deerberg, Iske und Koll., Wulwestr. 25, 2800 Bremen
Tel.: 0421/ 7 20 93

Stattwerke e.V., c/o Michael
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. 030/ 6 11 59 04

ASH Krebsmühle
c/o Jutta
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/7 34 96

V.i.S.d.P.:
Harald Deerberg (Bremen), Stefan Hackethal, Peter Tejkl (Heidelberg), Michael Makowski (Berlin), Jochen Abeling (Seite Aktion Dritter Weg), Schwarzwurzeldruck Heidelberg (Branchenseite Grafische Betriebe)

Herstellung
Zündsatz GdbR, Postfach 10 45 20, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (06221) 1 34 02

Druck:
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 11

Vertrieb:
Jutta Gelbrich c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/7 34 96

Konto:
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr. 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Regionale Kontaktadressen:

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning (Oktoberdruck), Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36
NRW:
Maria Springenberg, Verdistr. 27
4010 Hilden
Rheinland-Pfalz:
Lebensgemeinschaft im Drohntal, Dorwiese 4, 5552 Morbach/Merscheid
Baden-Württemberg:
Libellus-Verlag, Gerhard, Augustenstr. 82a, 7000 Stuttgart 1
Nordbaden:
Zündsatz, Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg1,
Tel.: (06221) 1 34 02
Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

BERICHT ÜBER DIE MENSCHWERDUNG EINER FRAU

Ich hör die Flügel wachsen

Homo sapiens – der verständige Mensch. In den meisten Kulturkreisen steht Mensch für Mann. Die jahrhundertealten Vorurteile haben sich in die Geschlechter eingefressen. Wieviel Zeit und Kraft ist darüber verloren gegangen, um diese Einteilung, hier rational = mann, da emotional = Frau, zu durchbrechen. Bis heute haben wir den Einklang, der im Homo sapiens angelegt ist, nämlich eine Einheit von Rationalität und Emotionalität, nicht etablieren können. Das Schlimme ist, daß mann Emotionalität gleich mit Nichtdenkenkönnen bewertet. Diese Trennungslinien zwischen Mann und Frau, Kopf und Bauch, Logik und Gefühl ziehen sich zu allem Überfluß auch noch durch endlose Diskussionen um: Was ist Kunst? Was ist Theater? Sollen da Gefühle geweckt werden oder soll ein Erkenntnisprozeß stattfinden? Ist es nicht sinnlos, immer entweder oder zu denken, schwarz oder weiß, wie ein Computer? Ist nicht vielmehr das eine ohne das andere unmöglich?

Selbstbestimmt arbeiten und politisches Theater machen (was auch immer das heißen mag, meine Einschätzung dazu verändert sich ständig mit meinen Erfahrungen) war für mich der Weg, um der Utopie einer menschlicheren Gesellschaft ohne diese Trennung näher zu kommen. Nun aber zu den Erkenntnissen, die ich dabei gewonnen habe.

POLITISCHES THEATER

Theater ist ohne Menschen nicht denkbar. Da ich am Theater beteiligt und ein Mensch bin, geht es also auch um mich.

Politik ist die (Un-)Ordnung der Menschen in einer Gesellschaft. Die Mißverhältnisse, die Widersprüchlichkeiten, die Ängste und die Wut zeigen, ist Aufgabe des Theaters. (Das ist natürlich etwas verkürzt, aber ich will ja keinen Aufsatz über Theater schreiben.) Da ich in dieser Gesellschaft lebe, hat also alles, was ich zeige, auch immer mit mir zu tun.

Da ich Menschen auf die Bühne stellen will und nicht nur meine persönlichen Konflikte, baue ich Figuren, die zwar eine reale Basis haben, aber nicht identisch sein müssen mit real lebenden Personen. Diese Figuren sollen reale Prozesse deutlich machen. Das wäre der Moment, in dem Kopf und Bauch in wirbelndem Wechsel kreativ zu arbeiten beginnen sollten. Wenn du aber deine eigenen Widersprüche und Ängste nicht wahrhaben willst, du dich also distanzierst – dann gewinnt der Kopf Übergewicht und die Figur verliert an Leben und Überzeugungskraft. Gut kann ich sagen, mehr war halt nicht drin, vielleicht das nächste Mal. Den eigenen Schweinehund öffentlich zu machen, ist halt nicht so einfach.

Wenn aber dein Gefühl dich überrollt und der Kopf nicht mehr nachkommt? Wenn du merkst, daß die Figur, die du gerade ausprobierst, genau deine Situation verkörpert? Die du aber nicht akzeptieren willst, vor der du Angst hast und vor der du zu fliehen versuchst, es aber nicht mehr kannst und die Gefühle rücksichtslos am Tageslicht erscheinen? Ich habe versucht, sie mir mit den Haaren herauszureißen, aber die Gefühle blieben, und glücklicherweise ein paar Haare auch. Hätte ich damals geraucht, die Tabakkonzerne hätten an mir gut verdient. Warum ich inzwischen wieder rauche, sollte ich mich mal fragen, aber das später mal, zurück zum Haareausreißen.

EINE PROBE BRINGT'S ANS LICHT

Anlaß war eine Probe: Ein Brautpaar tritt auf, die Frau ist vor dem Ja-Wort geflohen, der Bräutigam findet sie und versucht sie zu überreden, doch noch zu heiraten, sie hat Panik vor dem, was danach kommt, sieht sich schon als arbeitslose Ehefrau völlig an den Rand gedrängt und verteidigt hartnäckig ihre Flucht. Die beiden kriegen sich in die Wolle, merken, daß es keinen Ausweg gibt. Soweit die Geschichte. Während der Improvisation wurde mir plötzlich klar, wie nah wir selbst an dieser Situation waren, die wir da spielten. Mein Kopf sagte, aber das kann nicht sein, daß darf nicht sein, ich weiß wohin ich will, es gibt einen Ausweg aus unserer Krise. Mein Gefühl aber sagte, so ist es und du weißt überhaupt nichts mehr, du bist am Ende. Mich packte die Wut, über mich, daß meine Verdrängungsmechanismen nicht mehr funktionieren, und auf meinen Partner, der mich in diese Situation gebracht hatte – die Szene war auf seinem Mist gewachsen. Hilflosigkeit und das vage aber bestimmte Gefühl, daß es an mir ist, etwas zu verändern, löste Panik aus: Veränderung? Wie? Wohin? Hilfe! Ich acker doch schon wie ein Tier! Ich habe mir doch nicht den einfachsten Weg ausgesucht! – Eben.

Der Improvisation folgte ein langes Gespräch mit viel Tränen. Die anderen sagten: Nicht umfallen jetzt, daß ist es doch gar nicht wert. Er sagte: Du hast so gut durchgehalten, und rauchte eine nach der anderen. Also gut, ich bleibe stark, schließlich will ich ja niemanden enttäuschen. Wir haben die Szene dann doch zu Ende gekriegt. Zwar nicht zu unserer Zufriedenheit, aber immerhin fertig gekriegt. Es fing ein langer und schmerzhafter Prozeß an, bis mir klar wurde, was da eigentlich passiert ist. Immer und immer wieder habe ich versucht, Privatleben und Arbeit, mein Leben und die Politik, Kopf und Bauch zu trennen. Was habe ich für Energien an den Tag gelegt, nur um mich selbst nicht verändern zu müssen, an alten Strukturen festhalten zu können, alle Widersprüche zuzudecken. Wieviel Zeit und Kraft habe ich da verschwendet!

LEIDEN ALS ERSATZ

Ich dachte immer, ich arbeite selbstbestimmt. Ich hätte leichter und mit weniger Zeitaufwand, mehr künstlerischer Bestätigung und mehr Geld am Stadttheater bleiben können. Schließlich habe ich dem den Rücken gekehrt, weil ich etwas anderes machen wollte. Schließlich konnte ich das auch tun, was ich wollte und für notwendig befand. Ich habe Tourneen organisiert, Briefe geschrieben, telephoniert, recherchiert für die Stücke, improvisiert, den LKW gefahren, aufgebaut, abgebaut, gespielt, Gespräche geführt, geputzt, geordnet, gelesen, gedacht. Und es hat mir Spaß gemacht, es war alles neu. Nur mit der Zeit hatte ich das Gefühl, ich mache alles, jedenfalls den ganzen Scheiß, der so anfällt. Ja überhaupt, die anderen kümmern sich um nichts, entwerfen immer nur die großen Strategien, fühlen sich verantwortlich für die Umsetzung der Stoffe in Theater. Die arbeiten an dem, was nach außen hin als unsere Arbeit sichtbar wird, während mein Kopf voll ist mit Terminen und dem ganzen Drumherum.

Typisch! Die unsichtbare Frauenarbeit. Eine der Sekretärin avanciert zu sein, ließ mich nicht mehr los. Von da an schwang in allem was ich machte ein Vorwurf mit und mein Leid war nicht mehr zu übersehen. Nur war das tatsächlich so? Wenn ja, warum habe ich nicht meine Ansprüche angemeldet, es hat mich doch keiner zu dieser Arbeit gezwungen! Habe ich mir diese Arbeitsbereiche nicht selbst genommen? Warum? Wollte ich leiden, weil es einfacher ist, anderen die Schuld zu geben, als bei sich selbst etwas zu verändern? Wovor hatte ich Angst? Lauter Fragen, die ich immer wieder verdrängt habe mit dem Argument, es geht halt nicht anders, wir müssen schließlich Kohle verdienen und also muß jede/r ihre/seine Fähigkeiten den Notwendigkeiten entsprechend einsetzen. Schließlich mache ich notwendige Arbeit, auch wenn sie mich nicht befriedigt und mir nicht genug Anerkennung gibt. Und so habe ich meine Bereiche immer undurchschaubarer gemacht, als wollte ich mir selbst beweisen, daß ohne mich garnichts läuft. Ich wurde immer pingeliger, immer vorwurfsvoller, bis ich mir irgendwann mal selbst auf die Nerven gegangen bin. Ich mußte feststellen, daß meine Zerrissenheit zwischen Theater, Terminkalender, Telephon und Auto bestimmt war von der Angst, ich könnte an Grenzen geraten, die ich mit viel Mühe hätte überwinden müssen. Z.Bsp. die Angst vor der Verantwortung ein Stück zu entwerfen. Also hatte ich die Verantwortung für Theater abgegeben, nicht offziell, aber unterschwellig.

SELBSTBESTIMMT ARBEITEN

Das heißt selbstbestimmt arbeiten? Sich selbst Grenzen vor Neuem? Aber selbstbestimmt arbeiten, ist ja was Neues im Vergleich zu dem wie ich vorher gearbeitet habe. Habe ich vormals je eine Tournee organisiert, habe ich so viele Leute in so kurzer Zeit kennengelernt, habe ich so viele Erfahrungen im Zeitraffer gemacht? Aber du kannst auch nicht dem Chef den Rücken kehren, dich ins volle Leben stürzen, ohne dir klar zu machen, daß du dich jetzt verändern mußt, da du sonst gar nichts verändern wirst.

Am Stadttheater konnte ich mich abgrenzen, mich über Negation definieren: So bin ich nicht, das will ich nicht, das mach ich nicht, Verantwortung mußte ich damit nicht übernehmen, hab nur ein paar Leute auf Trab gehalten. Jetzt aber plötzlich reicht das nicht mehr aus. Ich muß sagen, was ich will, wie ich mir ein anderes Leben vorstelle und ich bin dabei das Barometer.

Du kannst eben von anderen nur das verlangen, was du auch von dir verlangst. Und wenn du willst, daß sich was ändert, mußt du auch bereit sein, dich in Frage zu stellen und dich zu verändern. Ein halbes Jahr habe ich gebraucht vom Haare ausreißen bis zu dieser simplen und durchaus nicht neuen Erkenntnis. Aber ich war trotzdem erstaunt über diese einfache Klarheit. Es war eine Mischung aus Stolz über diese Erleuchtung und Angst, sie jetzt bei mir leuchten lassen zu müssen. Schon wieder Neuland! Gerade hatte ich mich an meine neue Umgebung gewöhnt; schon muß ich die Grenzen wieder überschreiten. Kommt man denn niemals an? Ich komme mir vor wie eine Nomadin, immer auf der Suche nach neuem Weideland. Und die vielen Gefahren, die da lauern. Oh mein Gott! Wenn es einen gäbe, er würde bestimmt Mitleid mit mir haben! Aber als überzeugte Atheistin wurde mir sehr schnell klar, daß es für mich nur eine Möglichkeit gab: Selbst ist die Frau! Es genügt mir nicht mehr, mir das Gefühl zu geben, ich werde gebraucht. Ich hasse dieses Leiden und sich ducken. Ich will verdammt nochmal nicht dieses typisch weibliche mich selbst beschränken, das wollte ich nie! Und dieses Klein Klein, alles ist wichtig und um die großen politischen Zusammenhänge kümmern sich die Männer. Nix da. „Ohne uns kein Wachstum, keine Ernte", wie Gregor so richtig in einem Stück als Teufel sagt und den Versuch unternimmt, im Paradies die Selbstverwaltung einzuführ- [illegible] keine Veränderung in dieser Gesellschaft".

Wiederum verging ein halbes Jahr nach der „Erleuchtung" bis ich endlich eine Szene von ca. 1/2 Stunde auf die Beine gestellt hatte, ohne Rückendeckung, ohne Hilferuf, und ich hatte, frau/man höre und staune, sogar Spaß daran. Je mehr ich gemerkt habe, daß ich nicht nur organisieren, funktionieren, LKW fahren und leiden kann, desto weniger wurde es zu einem Problem, Kopf und Bauch zusammenzukriegen. (Eine kleine Bemerkung am Rande: es ging in der Szene um Kopf und Bauch – § 218, Abtreibung ja oder nein, bestimmt die Entscheidung der Kopf oder das Gefühl oder beides). Daß ich also fähig war, allein dem Ziel politisches Theater selbstbestimmt in Selbstverwaltung näher zu kommen, hat mir ein triumphierendes Gefühl gegeben, ich hatte mich selbst überlistet, aber nicht wie gewöhnlich beschissen. Aber ich kam auch zu der Erkenntnis, daß selbstverwaltet nicht alleinverwaltet heißt. Und so arbeite ich weiter an dem Selbst mit anderen, falle in alte Mechanismen zurück, registriere meine Widersprüchlichkeit, gerate in Wut, fühle mich hilflos, versuche die Ängste zu umschiffen, freue mich wenn es mir gelingt und lächle still in mich hinein, wenn ich mal wieder so furchtbar leide und so ungerecht behandelt werde. Es gibt Momente der totalen Verzweiflung und Augenblicke voll Kraft und Energie weiterzugehen, zu entdecken, mich zu verändern und vielleicht ein bißchen an den Verhältnissen zu drehen. Small is beautiful. Aber great is great! Das ist keine Frage. H. Ditfurth sagte neulich, wann ist die Zeit da, wenn der Mensch den Namen homo sapiens wirklich verdient? – Wenn homo sapiens nicht MANN heißt, sondern MENSCH, mit allen Widersprüchen, die darin enthalten sind.

Uki

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Paul, unser Lieblingskollektivist...

Ein Tag im Leben

7⁴⁵ Der Küchenbrigadist der Woche betritt den Aufenthaltsraum des Kollektivs naß, aber glücklich: Der Kampf gegen die drohende Ökokatastrophe ist in Eisregen, Hagelschauer und Stoßverkehr mittels Fahrrad wieder einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Die Spendenbüchse für die Druckerei in Managua wird vom Tisch wieder vor die Wandzeitung drapiert, das Gemüse von gestern in den Kompostmüll geschabt, der Frühstückstisch gedeckt. Die Wurstdiskussion – Welternährungslage, glückliche Schweine oder keine – ist ausgestanden: es gibt Käse.

8⁰⁰ Das Restkollektiv läuft ein, die Atmosphäre ist etwas gespannt: Ein Chefproblem hat sich eingeschlichen und Christine in ihrer Blauäugigkeit hat die Weiterverarbeitung für einen Auftrag an einen bürgerlichen Familienbetrieb vergeben; Albert ließ sich von einem Kunden zu Kunstdruckpapier überreden. Angst macht sich breit: Was ist, wenn ausgerechnet HEUTE die Kollektivkontrolle kommt – wird es bei einem Strafpunkt bleiben und einer öffentlichen Selbstkritik in CONTRASTE, oder wird uns gar das Markenzeichen entzogen werden?

10⁰⁰ Gertruds neuer Liebhaber hat eben angerufen (eine peinliche Beziehung – nicht nur, daß er sich immer noch nicht mit seiner Uraltbeziehung über die veränderte Liebeslage ausgesprochen hat, nein, er ist auch noch Sekretär für Alternative Öffentlichkeitsarbeit im Kollektivkontrollausschuß (KKA). Jedenfalls: in Gewissensnöten, aber immerhin hat er durchblicken lassen, daß BUNTWURZELDRUCK am nächsten Tag auf der Liste der Zu-Überprüfenden stehe; er wolle um Gotteswillen nix gesagt haben, „aber irgendwie, ich weiß doch, ihr habt echt Probleme und so...".

10¹⁰ Fieberhafte Hektik bricht aus. Herrmann findet tatsächlich und erbleichend die lang vermißte Spraydose mit WISCHERBLITZ hinter den Gewürzen im Küchenschrank; nach kurzem, aber heftigem Gewissenskonflikt (Sonder- oder gar Giftmüll mit Abholung erst übermorgen) fliegt sie in den Hausmüll - Müllabfuhr heute 11 Uhr.

Und jetzt kommt die Arbeit, die die anderen machen, super!

- Die nächste CONTRASTE-Ausgabe bietet eine Bastelanleitung für einen Leichtstoffabscheider, anzubringen unter jedem Walzenwaschgerät - billig, easy umweltschonend.
- Vier Leute sind in Gang gesetzt worden, sich um Luftabsauganlagen zu kümmern. Dies wird interessant für alle Druckereien, besonders aber für die Siebdrucker/innen. Anlaufadresse für Tips jeder Art in dieser Richtung sind die Freunde von Graffiti-Siebdruck in Reutlingen, **Tel.: (07121)670377 (Gere)** (Grüße, Gere, und beste Wünsche für erholsamen Nachtschlaf mit deinem neuen Bübchen!)
- Ein Chemie-Lehrgang für's Druckgewerbe findet sich in der nächsten Nummer

dcs

Chemie, Chemie . . .

Frankfurt, Ende April im netten Tagungsraum von Caro-Druck. Zwischen Alugeschirr, Plastikbechern und Wegwerfaschenbechern grübeln Druckerinnen und Drucker aus selbstverwalteten Betrieben über Gift am Arbeitsplatz – womit arbeiten wir da eigentlich, was ist drin in Film- und Plattenentwickler, in den Lösungsmitteln, mit denen wir putzen, in Farbe, Filmkleber und allerlei Hilfsmitteln zur Steigerung der Arbeitsgeschwindigkeit – Gummifrisch, Wischerblitz, Schnelltrockenzusatz? Was kriegen wir täglich in die Lunge, an die Hände, was geht ins Abwasser und den Normalmüll?
Fazit: wir arbeiten in alternativen Sondermülldeponien. Annette und Cary-Mike von Caro-Druck haben bienenfleißig Zahlen, Daten, Fakten zusammengetragen, wir alle zusammen unsere Erfahrungen und Ideen – alles ist schwierig, aber angehbar.

Also, was ist zu tun?

1. Jeder interessierte Betrieb rafft sich endlich auf – jede/r, der/die des Schreibens mächtig ist, kann das in ner Stunde bewältigen – und fordert die sogenannten SICHERHEITS-DATEN-BLÄTTER für jedes benutzte Produkt bei der jeweiligen Herstellerfirma an.

2. Das Ergebnis sieht dann beispielsweise so aus: „Produktname : Gummi-Frisch
   Bestandteile : Produkt enthält Dichlormethan
   Flammpunkt : nicht brennbar
   Gefahrenklasse : –
   Arbeitsstoffverordnung : kennzeichnungspflichtig
   Gefahrensymbol : gesundheitsschädlich beim Einatmen,
   Berührung mit der Haut vermeiden.
3. Oweh.
4. Nun gibt es eine sogenannte ARBEITSSTOFFVERORDNUNG, in der Ausführliches über Zusammensetzung und Anwendungsvorschriften der einzelnen Stoffe geschrieben steht. Außerdem gibt es durchnumerierte MERKBLÄTTER zu den einzelnen Stoffen, die auch für Laien wie uns einiges bringen.
   Also: Dichlormethan. Merkblatt Nr. sowieso. Alle gebräuchlichen Bezeichnungen aufgezählt, technische Daten, Erscheinungsbild, Verhalten bei Vermischen mit Luft usw., Gesundheitsgefährdung, Symptome: Kopfschmerz, Schwindel, Rausch, Erbrechen. Die Dämpfe wirken berauschend. „Auf singende oder tätlich werdende Personen achten". MAK-Wert: 100 ppm
   Diese Blätter sind bei der mittlerweile existierenden Sammlung der Chemiegruppe von Caro-Druck anzufordern.
5. Wer damit noch nicht genug anfangen kann, muß sich nun um einen ortsansässigen Chemiker oder Arbeitsmediziner bemühen, der/die dann beispielsweise auf einer Betriebsversammlung/Druckerbesprechung über die speziellen Fragen Fortbildung und Ratschläge erteilen kann.
   Mögliche Anlaufadressen: Hochschulen, Berufsgenossenschaften, BUND für Umwelt- und Naturschutz, Suchanzeigen in Taz und regionaler Presse.
6. Die ARBEITSSTOFFVERORDNUNG benennt für die einzelnen Stoffe sogenannte MAK-Werte (Näheres siehe Extra-Artikel auf dieser Seite). Zwar handelt es sich dabei keineswegs um verläßliche Tatsachen, aber wir können sie wenigstens als Anhaltspunkte nehmen. Wenn wir nun aus den Sicherheitsdatenblättern wissen, nach welchen Stoffen wir suchen, können wir die jeweils zuständige BERUFSGENOSSENSCHAFT beauftragen, diese benannten Stoffe in unserem Betrieb zu messen. Diese Messungen sind, wie wir hören, kostenlos.
7. Bei Arbeiten mit bestimmten Stoffen empfiehlt die Arbeitsstoffverordnung in jeweils definierten Abständen VORSORGEUNTERSUCHUNGEN. Hier tappen wir noch ziemlich im dunkeln. Weder wissen wir bis jetzt, um welche Stoffe genau es sich handelt, noch, ob und wie oft diese Untersuchungen Pflicht sind. Versucht mal, das bei der Berufsgenossenschaft rauszukriegen.
8. ENTSORGUNG. Versucht mal rauszukriegen, was die jeweiligen Entsorgungsfirmen mit unserem Giftmüll eigentlich machen. Möglichkeiten dazu:
   – Firma anschreiben und Fragen stellen : wird der Müll gelagert oder verbrannt? Sind Filteranlagen vorhanden und wenn ja, welche Arten? Ist eine Filteranlagen vorhanden und wenn ja, welche Arten? Ist eine Betriebsbesichtigung möglich?
   – Herstellerfirma fragen, ob sie die Abfallprodukte zurücknehmen und entsorgen.
   – Sondermülldeponie - betrifft vor allem Farbreste, es soll immer noch welche unter uns geben, die selbige in den Hausmüll schmeißen, pfui – aufsuchen und angucken, möglichst mit einem sachkundigen Menschen.
9. Alle Informationen sammeln und an Caro-Druck weitergeben, dort sitzen die Leute, die sie auswerten können.
10. Dauerauftrag über 20 Märker für die Sammelstelle bei Caro-Druck in Gang setzen, Konto-Nr. siehe unten!

- Caro-Druck hat 1000 Märker gespendet (bravo!) und dafür eine „Dräger"-Gasspürpumpe angeschafft. Mit Hilfe jeweils verschiedener Prüfröhrchen kann man damit die Konzentration einzelner Stoffe in der Luft stichprobenartig messen. Dieses Gerät kann von Caro-Druck **ausgeliehen werden** – eine Liste darüber, für welche Stoffe solche Prüfröhrchen existieren, könnt ihr dort anfordern.
- Überhaupt ist Caro-Druck die Anlaufstelle für Fragen aller Art : **c/o Anette**
  Mainzer Landstr. 147
  6000 Frankfurt/Main 1
- Und schließlich haben wir beschlossen, Leute ausfindig zu machen, die sich qualifiziert mit dem ganzen Themenkomplex „Gesundheits- und Umweltbelastung im Druckgewerbe" auseinandersetzen. Denkbar wären Leute aus Einrichtungen wie dem Gesundheitsladen in Berlin oder z.B. Chemiker, die für ihre Doktorarbeit zu diesem Thema forschen wollen. Wenn sich diese Leute finden, könnte eine Finanzierung über die Grünen oder noch amtlichere Institutionen versucht werden.

Zur Finanzierung der Arbeit gibt's ein Konto:
Todt/Mönich
Nr. 77 1264 310
bei der Volksbank Frankfurt
möglichst einen Dauerauftrag über 20,- DM einrichten.

Musterkollektiv's

11⁴⁵ Gertrud ist es schwitzend endlich gelungen, Heinrich, den unverbesserlich Ehrlichen davon zu überzeugen, daß morgen für ihn dringend Erholung angesagt ist: Der fühlt sich zur Zeit von Albert und John so unterdrückt und ausgebeutet, daß er's fertigbringen würde, der Kontrollkommission morgen damit in den Ohren zu liegen - ächz, grad nochmal aus der Beschußlinie gebracht!

12⁰³ Herrmann hat nach zähen Überredungsversuchen Barbara und Sonja vom ortsansässigen Konkurrenzkollektiv dafür gewonnen, morgen an den BUNTWURZELDRUCKmaschinen zu stehen, um den geforderten Mindestfrauenanteil demonstrieren zu können. Die betriebseigenen Frauen Christine und Gertrud haben nämlich zur Zeit nur Bock auf Büro, was wegen klassischer Frauenarbeit aber nicht sein darf.

13¹⁰ Heinrich ist es trotz Mittagspause gelungen, dem heimlich kooperierenden Familienbetrieb die Palette selbstdurchschreibendes Papier (hochkarzinogen) für den nächsten Tag zur Aufbewahrung aufzuschwätzen sowie ein Auto zur Beförderung desselben aufzutreiben. Uff, jetzt steht echt nur noch Umweltpapier in Sichtweite, die „UF-Fortuna' 'Schildchen hat Christine inzwischen alle gegen „VUP-Vertrieb" ausgetauscht.

16²⁵ Nachdem mittlerweile auch noch ein WG-mitglied von Albert für die Rolle des Volkes in Gestalt eines zu „Sie"-zenden Kunden (seines Zeichens BI-Mitglied für die Ausweitung des kollektiven Gedankenguts) gewonnen wurde, der am nächsten Tag glaubwürdig hereinschneien wird, ist allen etwas leichter ums Herz.

So. Hier noch ein paar allgemeine Ratschläge für's erste:

- ★ Zu allen Arbeiten mit Chemikalien jedweder Art: Handschuhe anziehen!
- ★ Nur Handschuhe benutzen, bei denen der Hersteller versichern kann, da sie als resistent gegen bestimmte Chemikalien geprüft sind – das heißt zwar immer noch nicht viel, aber mit Schrecken lasen wir, daß unsere bevorzugten Billighandschuhe aus dem Supermarkt geradezu aufsaugen und in verschärfter Konzentration auf die Haut bringen!
- ★ Gummi-Frisch und alle anderen Mittel, in denen chlorierte Kohlenwasserstoffe enthalten sind, ersatzlos streichen (ausführliche Begründung sowie die Anleitung für ein ganz einfaches Prüfverfahren in der nächsten Nummer).
- ★ Bei Plattenkorrekturmitteln (gehören zu unseren schärfsten Kalibern!) nur solche benützen, die als nicht gesundheitsschädlich deklariert sind. Die sind vorläufig zumindest das kleinere Übel. Korrekturstifte sind besser als die Mittel, die mit Pinsel aufgetragen werden müssen, weil wesentlich weniger gebraucht wird.
- ★ Für die Betriebe, die mit Lichtpausen arbeiten: Das Arbeiten mit Ammoniak ist scheißgefährlich, Messungen mit der Dräger - Gasspürpumpe haben ergeben, daß bei dem direkten Arbeitsvorgang sowie beim Nachfüllen der Küvetten die Konzentration in der Atemluft den MAK-Wert um das Konzentration in der Atemluft den MAK-Wert um das 3-4fache übersteigt. Ammoniak wirkt stark ätzend auf die Schleimhäute der Atemwege – solange mit diesem Dreck noch gearbeitet werden muß heißt das: Gasmaske aufsetzen. Im Ernst.

Nu is sie endlich geschafft, die Seite, alles ist fertig, wir auch.

Maximale Arbeitsplatzkonzentration (MAK)

In der MAK Liste sind alle heute bekannten Gifte nebst MAK-Wert aufgeführt, eine extra Spalte gibt an, ob der Stoff auch durch die Haut aufgenommen werden kann (H). Gemessen wird in ppm (parts per million) z.B. Dichlormethan, MAK-Wert = 100 ppm = 100 ml/m^3 = 360 mg/m^3 Luft. Dieser Wert ist die höchste Konzentration des Stoffes am Arbeitsplatz, bei der die Gesundheit nicht gefährdet wird. Gerechnet wird mit einem 8 Stunden Tag und einer 40 Stunden Woche. Ein niedriger Wert bedeutet, daß der Stoff sehr gefährlich ist (Formaldehyd, MAK = 1 ppm).

Daneben gibt es für jeden Stoff eine Begründung des MAK-Werts, wissenschaftliche Literatur wird zitiert, wer wann wo vergiftet wurde und welche Krankheiten entstehen. Extra aufgeführt werden krebserregende Stoffe; für sie ist kein MAK-Wert festgelegt (z.B. Benzol, Asbest), sie sollten möglichst ganz vermieden werden. Jährlich werden die Werte von einer Kommission aus Politik, Gewerbeaufsicht, Industrie Berufsgenossenschaften und Gewerkschaften überprüft, evtl. neue Stoffe in die Liste aufgenommen.

Was nützt uns die MAK-Liste?
„MAK-Werte dienen dem Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz. Sie geben für die Beurteilung der Bedenklichkeit oder Unbedenklichkeit der am Arbeitsplatz vorhandenen Konzentrationen eine Urteilsgrundlage ab. Sie sind jedoch keine Konstanten, aus denen das Eintreten oder Ausbleiben von Wirkungen bei längeren oder kürzeren Einwirkunszeiten errechnet werden kann." (zit. aus Vorwort zur MAK-Liste).

Dies ist **ein** Dilemma der MAK-Liste: es fehlen systematische Untersuchungen über die Schäden, sodaß der MAK-Wert mehr angepeilt als genau bestimmt wird. Große Unterschiede gibt es zwischen einzelnen Ländern, jährlich werden die Werte niedriger angesetzt, immer mehr Stoffe werden als krebserzeugend erkannt, neue Gifte werden meist erst durch Zufall entdeckt, garnichts ist über das Zusammenwirken mehrerer Stoffe bekannt.

Ein **weiterer** Punkt ist, daß die Werte wohl ausgehandelt werden, wenns den Produzenten ans Geld geht: z.B. sollte Asbest schon längst verboten sein, aber da die Hersteller Zeit für die Entwicklung von Ersatzstoffen brauchen, gibts eine Schonfrist; oder der Stoff wird für den Produktionsprozess als notwendig erklärt und ein niedriger MAK-Wert angesetzt.

Die MAK-Werte sind also mit Vorsicht zu genießen, sie sind nicht objektiv begründbar, aber die Liste ist bis heute die einzige Quelle, aus der wir etwas über Gesundheitsgefahren lernen können.

Weiter so

Ein Schritt in die richtige Richtung gelang in Frankfurt der 1. nationalen Arbeitstagung „Chemie" im Kampf um den gesunden Arbeitsplatz.
Da die Chemiemultis uns über die Chemikalien im unklaren lassen und die Gesundheitsbonzen uns die Frührente vorenthalten (- bei sachgemäßer Anwendung keine Gefahren-) wurde beschlossen, zuerst einmal auf die größten Hämmer: Reiniger, Entwickler, Filme und Platten zu verzichten; sollen SIE doch drauf sitzen bleiben. Die entstehenden Umsatzeinbußen werden aufgefangen durch Staatsknete, Schaffung neuer Arbeitsplätze und ABM-Maßnahmen für die Einführung von Kartoffeldruck und kollektivem Flugblattschreiben.

Da mit wasserlöslichen Farben gedruckt wird, die nach spätestens 3 Tagen ausbleichen, kann das Papier wieder verwendet und die Aktualität des Flugblatts gesteigert werden. (Nach 3 Tagen hat eh jeder vergessen was drin stand)

Das Kollektiv erfreut sich an Kartoffelsuppe, Röstis, Bubespitzle, Püree und Auflauf. (Rezepte gegen Schutzgebühr) Schwierigkeiten bereitet noch die Durchsetzung der KON 264 (Kollektiv Norm: Kartoffeldurchmesser zwischen 4,8 und 5,7 cm) bei den biologisch dynamischen Produzenten.

Kleinere und größere Kartoffeln sind problematisch für die Abwicklung in der Maschine:

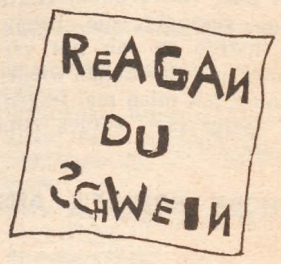
Untersuchungen über die Verwendung von Schwarzwurzeln für Schmucklinien sind noch im Gange.

Vorwärts mit dem Kartoffeldruck! Kartoffelpflanzer, -leser, -drucker, u.-esser vereinigt euch!

an Tille+Gere: der Sommer kommt!

Verkauf:
Duplomat 44x57 cm; Saugrahmen 52x72 cm; Kopierlampe „Variolux" mit Vorschaltgerät „Violight 3000 S". Preis: VHB Krebsmühle-Druckerei, Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel 5, Tel.: 06171/7 80 81
Liebe Leute, wir haben etwas zu verkaufen, und zwar einen Rosbach-Sammelhefter mit 9 Stationen Handauflage. Die Maschine ist ganz okay, aber sinnvoll nur bis zu einer Auflagenhöhe von etwa 3000 bis 4000 Stück einzusetzen. Wir wollen dafür so etwa DM 3.300,– haben. Wir suchen im Moment eine DIN A 1 (70x100) Offsetmaschine, Fabrikat nicht so wichtig. Der Preis sollte aber DM 35.000,– nicht übersteigen. Wenn Ihr was wißt, sagt uns bitte Bescheid.
Ansonsten noch'n paar nette Grüße aus 4800 Bielefeld von den 6 Drucker/innen aus'm UWZ, August-Bebel-Str. 16–18, Tel.: 0521/6 39 32

Wir dokumentieren:
Das Flugblatt der Woche



Wir sehen, das neue Verfahren bringt außerdem den inhaltlichen Vorteil, daß die Aussage auf das Wesentliche reduziert wird...

Beiträge für die nächste Ausgabe an:
Schwarzwurzeldruck,
Rathausstr. 44, 69 Heidelberg
Tel. 06221/37 35 79
Redaktionsschluß: 15. Juni 1985

Das doppelbödige Verhältnis zwischen SPD und Selbstverwaltung

– Grundwertewandel oder Machtpolitik ? –

(Red. Bremen) **Zunehmend engagiert sich die SPD im Bereich Genossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe. Neben regionalen Aktivitäten in Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und seit neuem auch im Saarland, gewinnt dieses Thema auch auf Bundesebene an Bedeutung. Hervorzuheben sind hier die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen, angesiedelt beim Parteivorstand, und die öffentliche Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zur Förderung lokaler Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen am 25. März 1985 in Bonn. Fehlende Akzeptanz dieses Themas in breiten Teilen der SPD und die Angst vieler Selbstverwaltungsbetriebe vor Vereinnahmung geben diesem Trend bei der SPD eine gewisse Brisanz. Beides läßt mehr Abgrenzungsgefechte und Reibungsverluste befürchten, als für eine aktive Weiterentwicklung von Selbstverwaltungsstrukturen wünschenswert ist.**

Öffentlichkeitswirksam wurde die Annäherung der Bundes-SPD an dieses Thema Anfang 1984 auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Hier proklamierte Hans-Jochen Vogel erstmals eine Rückbesinnung der SPD auf genossenschaftliche Ideen. Gleichzeitig räumte er allerdings ein: „Eine sozialdemokratische Position im eigentlichen Sinne, also in Form von programmatischen Aussagen oder Beschlüssen gibt es gegenwärtig nur in Ansätzen." Er selbst hofft, „der genossenschaftliche Zusammenschluß von Menschen zum Zweck der eigenverantwortlichen Selbsthilfe könnte ein Weg sein, der Anonymisierung und der damit verbundenen Entfremdung entgegenzutreten." Allerdings betonte er fast im gleichen Atemzug seine Skepsis, daß nach den bisherigen Erfahrungen mit Produktivgenossenschaften der Genossenschaftsgedanke wieder in breiter Form wirksam werden könne.

Diese Skepsis bewahrheitete sich schon auf dem darauffolgenden SPD-Parteitag. Resolutionen zum Thema Genossenschaften und Selbstverwaltung wurden schon im Vorfeld informell geblockt. Einsprüche aus dem gewerkschaftlichen Bereich sowie den SPD nahestehenden Unternehmen wie Bank für Gemeinwirtschaft und Neue Heimat waren ausschlaggebend hierfür. Daß dabei „bisherige Erfahrungen mit Produktivgenossenschaften" ausschlaggebend gewesen sein könnten, erscheint zweifelhaft. Nicht zuletzt um solchen Blockierungen eine breite innerparteiliche Offenheit für neue genossenschaftliche Ansätze entgegenzusetzen, wurde die Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen der SPD gegründet. Mit ihrer Hilfe sollen auch Maßnahmen zur Förderung des Genossenschaftsgedankens bei den eigenen Mitgliedern initiiert werden. Gezielte Bildungsarbeit zu historischen Aspekten und aktuellen Möglichkeiten von Genossenschaften gehören hierzu. Ein ebenfalls genanntes Ziel ist die Beachtung genossenschaftlicher Organisationsformen bei parteieigenen Wirtschaftsunternehmen.

Mitglieder der Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen wollen den Partizipations- und Selbstverwaltungsgedanken in die angelaufene wirtschaftspolitische Perspektivsuche der SPD verstärkt einbringen. Die Mitbestimmungsdiskussion soll so um die Faktoren Genossenschaft und Selbstverwaltung erweitert werden. Ziel ist es, Partizipation, Selbstverwaltung, Autonomie und Wirtschaftsdemokratie in ihrem Charakter als „sozialdemokratische Grundwerte" erkennbar zu machen. Dabei besteht innerhalb der Arbeitsgruppe Übereinkunft, die Selbstverwaltungs- und Selbsthilfebewegung nicht vereinnahmen zu wollen, sondern sie kritisch-inhaltlich zu stützen.

Auf welche Schwierigkeiten dies allerdings außerhalb der Arbeitsgruppe stößt, zeigt das öffentliche Hearing der SPD-Bundestagsfraktion zur Förderung lokaler Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen. Schon die gewählte Begrifflichkeit „Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen" verdeutlicht deren wirtschaftspolitischen Instrumentalcharakter. Er wird in den Vordergrund gestellt, um solche Aktivitäten der SPD vor den eigenen Parteimitgliedern zu legitimieren. Entsprechend scharf reagierten geladene Projektemitglieder darauf. Anwesend waren Vertreter der ASH, den STATTwerken, AN, Wuseltronick, Blätterwald und der Zukunftswerkstatt Saar. Sie befürworteten zwar grundsätzlich Beschäftigungsinitiativen, hoben aber den eigenen Charakter als Selbstverwaltungsbetriebe hervor. Der Aufbau der eigenen Arbeitsbereiche geschah nicht aus Gründen der Arbeitslosigkeit, sondern aus Ablehnung der Beschäftigungsverhältnisse in der herkömmlichen Wirtschaft.

Von seiten der Diskussionsleitung wurde die teilweise massiv vorgetragene Kritik beschwichtigt. Nach ihrer Auffassung sind Begrifflichkeiten wie Beschäftigungsinitiative oder Selbstverwaltungsbetrieb von minderer Bedeutung. Daß dies nicht der Fall ist, zeigte der Verlauf der Anhörung. In ihr ging es vorwiegend um die Möglichkeit, Alternativbetriebe zur Lösung beschäftigungspolitischer Probleme zu fördern. Der Gedanke, ihren reformpolitischen Charakter zu stärken und zu nutzen, wäre ohne die eigenständige Intervention mehrerer Projektmitglieder „vergessen" worden. Dies zeigt auch der Fragenkatalog, der als Leitfaden der Anhörung diente. Darin wird hauptsächlich nach den sozial-, bildungs- und beschäftigungspolitischen Möglichkeiten des Selbstverwaltungssektors gefragt. Dessen Beitrag zur Molibisierung von Ausbildungsreserven und zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit stand eindeutig im Vordergrund. Die Überfrachtung mit sozialstaatlichen Aufgaben wurde von seiten der selbstverwalteten Betriebe – trotz Anerkennung ihrer Dringlichkeit – abgelehnt. Sie sehen sich durch ihre Öffentlichkeitsarbeit für demokratische Betriebsstrukturen, die bewußte Inkaufnahme langwieriger Entscheidungsprozesse und die Bemühungen, ökologisch verträglich zu produzieren, ausreichend gefordert. Für sie hat der Aufbau modellhafter Betriebsstrukturen eindeutig Vorrang vor der Beteiligung an staatlicher Sozialpolitik. Insofern geht es erst einmal darum, Hemmnisse für Selbstverwaltungsbetriebe (durch Rechtsstrukturen, Förderungsrichtlinien, Banken, genossenschaftliche Prüfungsverbände, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammer etc.) abzubauen, um die bestehende Benachteiligung gegenüber herkömmlichen Betrieben aufzuheben.

Die beiden Beispiele: interne Arbeitsgruppe und öffentliches Hearing, letztlich zum gleichen Thema, verdeutlichen das Dilemma jeder Partei, nicht nur der SPD. Im Rahmen ihrer Regierungsarbeit verkam die SPD zum pragmatischen im Hier und Jetzt verhafteten Verwalter verfestigter Gesellschaftsstrukturen. Alte Leitbilder und Utopien wurden verdrängt, die Notwendigkeit, neue zu entwickeln, vernachlässigt, teilweise sogar unterdrückt. Die hieraus entstandene Identitätslosigkeit, verbunden mit einer „Kampagneunfähigkeit" der Partei, versuchen einige SPD-Mitglieder zu überwinden. Dies geschieht durch Akzeptanz und Übernahme neuer und alter Werte aktueller sozialer Bewegungen, auch des Selbstverwaltungssektors. Sie leisten hierfür innerhalb der SPD ehrlich gemeinte, harte Überzeugungsarbeit.

Gleichzeitig aber will und muß eine Partei und ihre Mitglieder zur Bewältigung vorhandener gesellschaftlicher Krisenfelder wie der Arbeitslosigkeit Lösungen anbieten. Sonst gefährdet sie ihren Bestand als Partei. Der damit verknüpfte Handlungsdruck läßt Werte zu Instrumenten zur Erlangung der Macht werden, um diese Werte anschließend verwirklichen zu können. Auf dem Wege dorthin verlieren aber Ziele wie Selbstverwaltung ihren Eigenwert. Sie werden von der Gewichtigkeit der Machtfrage überrollt. Vom Wert werden sie zum Mittel untergeordnet und eingepaßt in eine Parteistrategie zur Erlangung der „Regierungsfähigkeit". In diesem Sinn läßt sich das Verhältnis jeder Partei zu anderen sozialen Bewegungen interpretieren. Das Hearing zur Förderung lokaler Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen veranschaulichte diesen Charakter trotz aller aktuellen Aufgeschlossenheit der SPD gegenüber Selbstverwaltungsbetrieben. Ihre Stellung zu Selbstverwaltungsansätzen – dies gilt übrigens auch für die Grünen – wird immer durch Ignoranz oder Vereinnahmung geprägt sein. Im schlechtesten Falle ist auch aktive Repression von etablierten Parteien zu befürchten.

Langfristig haben aber Selbstverwaltung und Selbsthilfe nur eine Chance, wenn sie nicht isoliert existieren. Abgrenzung und Verweigerung bleibt insofern zwar Möglichkeit zur Vermeidung der Integration in ein System, das die eigene Identität bedroht und darum verändert werden soll. Doch lebt diese Identität nicht von der Verweigerung. Gestärkt wird sie erst durch die Entwicklung und Verbreitung konstruktiver alternativer Wirtschafts- und Lebensformen. Die berechtigte Skepsis gegenüber allen kooperativen Versprechen staatlicher Institutionen und parteiähnlicher Organisationen darf deshalb nicht zur Ablehnung jeglicher Zusammenarbeir führen. Aus diesem Grunde sind auch die genannten SPD-Aktivitäten im Genossenschafts- und Selbstverwaltungssektor zu begrüßen und zu bestärken. Sollten daraus „lukrative" Förderungs- und Unterstützungsangebote für Selbstverwaltungsinitiativen erwachsen, kann dies nur die Gefahr der Vereinnahmung beinhalten, wenn für das Erlangen solcher Förderungen eigene Werte und Ansprüche aufgegeben werden. Das hieße aber, daß Selbstverwaltungsbetriebe diese selbst nicht ausreichend „internalisiert" haben. Ansonsten ist die gemeinschaftliche Erfahrung funktionierender Selbstverwaltung und eigener wirtschaftlich-organisatorischer Fähigkeiten eine Kraft, die trotz Zusammenarbeit mit etablierten Kräften wie der SPD ihre Eigenständigkeit bewahren können müßte, müßte, mü... ???

Burghard Flieger

Bremen

Staatsknete

Der Verein „Solidarität mit Arbeitslosen Bremerhaven/Wesermünde" will Arbeitslosen bei Betriebsgründungen helfen. So stand es in der Zeitung. Ziel ist, den meist eigenkapitalschwachen Existenzgründern Darlehen aus dem 1,2-Millionen-Mark-Programm des Bremer Senats zur „Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen" zu verschaffen.

Selbstverwaltung und Existenzgründung als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit? Schon einmal hatte die SPD in Bremen Anfang Februar unter dem Slogan „Solidarität mit Arbeitslosen" versucht ein Wählerpotential im Bremer Osten anzusprechen und hierzu auch die Arbeitsloseninitiativen und selbstverwalteten Betriebe eingeladen. Eine etwas mißlungene Veranstaltung, denn die Betriebe und die meisten Initiativen blieben der Veranstaltung fern und so blieb man unter sich. Aber die Bremer SPD wird nicht müde, diese möglichen SPD-Wähler von morgen weiter anzusprechen.

So stecken auch hinter diesem im letzten Jahr gegründeten Verein die Sozialdemokraten. Nicht, das etwas dagegen einzuwenden wäre, daß Sozialdemokraten Arbeitslose und Selbstverwalter unterstützen. Allerdings, in Bremen gibt es bereits bestimmte Strukturen, die in diesen Bereichen arbeiten, wie etwa das Netzwerk. Auch die Arbeitsloseninitiativen sind auf Landesebene organisiert. An dieser Stelle sei dann die Frage gestattet, weshalb nicht diese vorhandenen Strukturen unterstützt werden? Sollte man im Umkehrschluß etwa annnehmen, daß die Bremer Sozialdemokraten die Kritik an dem 1,2-Millionen-Topf leid sind und nunmehr die Verteilung lieber selbst in die Hand nehmen? Zudem kann man schicherlich auch noch auf ein paar Stimmen bei den zukünftigen Bürgerschaftswahlen hoffen. Oder?

Harald Deerberg

SPD-Bürgerschaftsfraktion lädt ein

(Redaktion Bremen) **Der an verschiedene Senatoren gerichtete Brief vom 1.2.85 des Netzwerks Bremen (siehe CONTRASTE 7 vom April 85, S. 9) wurde nunmehr mit einer Einladung beantwortet. Netzwerker, Betriebe und Projekte hatten auf der EG-Anhörung den Vorschlag eines Vertreters des Bundesministeriums für Arbeit für eine solche Gesprächsrunde aufgegriffen. U.a. soll über die Vergabekriterien des Bremer Förderprogramms verhandelt werden, ebenso über die Schaffung neuer Finanzierungsquellen („Konzertierte Aktion Eigenkapitalhilfe"), Ausbildungsmöglichkeiten in selbstverwalteten Betrieben, Gründungshilfen für neue Betriebe und Produkte, Nutzung öffentlicher Gebäude, Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand an selbstverwaltete Betriebe und Erweiterung der Beratungskapazitäten.**

Was dabei herauskommen wird, wird in der nächsten CONTRASTE nachzulesen sein.

Harald Deerberg

SPD
Bürgerschaftsfraktion des Landes Bremen

An
Netzwerk Selbsthilfe
Bremen-Nordniedersachsen e.V.
Fehrfeld 60
2800 Bremen 1

Bremen den 1. April 1985
gr/ko

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie haben der Sprecherin der Deputation für Soziales, Frau Marion Poppen, eine Ablichtung Ihres Briefes vom 1.2.1985 an die Senatoren für Jugend und Soziales, Arbeit und Wirtschaft und Außenhandel zugeleitet.

Im Auftrage von Frau Poppen möchte ich mich dafür herzlich bedanken. Frau Poppen hat Ihren Brief mit unserem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Sprecher der Deputation für Arbeit, Herrn Uwe Beckmeyer, erörtert.

Frau Poppen und Herr Beckmeyer haben mich gebeten, Ihnen mitzuteilen, daß wir Ihrem Wunsch nach einem Informationsgespräch gerne folgen. Die von Ihnen vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte finden dabei unsere Zustimmung.

Als Gesprächstermin, an dem auch die weiteren SPD-Mitglieder der Deputationen für Soziales und Arbeit teilnehmen würden, haben wir Dienstag, den 11. Juni 1985, 15.00 Uhr, Restaurant „Glocke"-Oktogon, Domshof 6 ins Auge gefaßt.

Bitte bestätigen Sie mir den Termin. Anruf genügt. Sollten noch Rückfragen nötig sein, so stehe ich Ihnen unter der Ruf-Nr. 328025 gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ekkehard Grimm
(wissenschaftl. Mitarbeiter)

Fahrradbüro Berlin: Kollektiv am Ende?

Die FahrradBüro Verkaufs- und Verlags GmbH entstand 1979 aus dem Umfeld verschiedener Verkehrsbürgerinitiativen. Als Verlag und Verfechterin einer fahrradgerechten Verkehrspolitik ist sie auch im Bundesgebiet für manchen ein Begriff. Zum Folgenden ein Auszug aus der Selbstdarstellung im Berliner Stattbuch: „Wir sind eine GmbH, unsere Satzung haben wir möglichst kollektivgerecht entworfen. Wir haben Einheitslohn und den Anspruch, daß jede(r) mit der Zeit alles kann ..." Obwohl von 1984, ist dies offenbar leider nicht der neueste Stand der Dinge.

Während auf unserem Kongreß „Wintertage in Berlin" weitgehend theoretisch über Hierarchie- und Professionalisierungsprobleme debattiert wurde, brodelte im Fahrradbüro Berlin schon seit Monaten der reale Konflikt. Zwei Mitarbeiter haben versucht, den mittlerweile recht unübersichtlichen Streit niederzuschreiben – zwangsläufig subjektiv, aber Parallelen zur eigenen Gruppe wird ohnehin jeder selbst finden.

„Der Stand der Dinge: vor drei Tagen habe ich von unseren Freunden aus dem „Räderwerk" (ein anderes Fahrradkollektiv in Berlin, d. Red.) erfahren, daß Conny und mir gekündigt werden sollte. Hans und Bernhard haben inzwischen von diesem Schritt Abstand genommen, weil ihnen offenbar ihr Rechtsanwalt noch einmal davon abgeraten hat. Gestern hat Bernhard von Veronika und Ulrike die dritte schriftliche Aufforderung erhalten, seine Verkaufstätigkeit im Fahrrad-Büro einzustellen, da sie beide unter den gegebenen Umständen seiner Wiedereinstellung widersprechen. (B. ist auf eigenen Wunsch seit Oktober freigestellt, um an seinem Hausprojekt zu arbeiten). Morgen, am Montag früh, werden Conny und ich erst einmal der Gewerkschaft HBV beitreten, weil wir uns durch den Konflikt mit Bernhard und Hans in eine reine Arbeitnehmerrolle gedrängt sehen und gewerkschaftliche Unterstützung womöglich brauchen."

Als Conny im Oktober '83 und ich im Februar '84 unsere Arbeit im Fahrrad-Büro aufnahmen, haben wir uns nicht träumen lassen, was noch auf uns zukommen würde. Sie Lehrerin, ich Sozialarbeiter, suchten nach einer Alternative zu unseren vorherigen Job's, indem wir unser Interesse für's Fahrrad, Touren, Radsport und Technik in kollektiver Arbeit mit netten Leuten verbinden wollten.

Das nicht alles eitel Sonnenschein war, erfuhr ich bereits während der Diskussion um meine Einstellung: Hans setzte sich damals sehr für mich ein – Bernhard unterstütze ihn dabei – weil ein „kompetenter Mann" gesucht wurde, der die inhaltliche Ausrichtung des Ladens in Richtung auf teurere Rennsportteile mittragen sollte und darüberhinaus mit Eigeninitiative diese Wende gegenüber der „Gebrauchsradfraktion" vorantreiben sollte. Ein „Macher" war gesucht, weil – so Bernhard über sich „er selbst ein zu großer Schlaffi" sei.

Die Frauen – Veronika und Ulrike – fürchteten vor allem, in mir einen (Hans ähnlichen) Macker mit Chefallüren vorgesetzt zu bekommen, der dem Glanz der Namen „Super Record", „Dura Ace" etc. ebenfalls erlegen war und den Laden in abenteuerliche Geschäfte stürzen könnte.

Schwerer als diese inhaltliche Seite wog bei der Ablehungsfront der Frauen allerdings, daß es Hans nie gelungen war, für die von ihm gewünschte inhaltliche Ausrichtung des Ladens zu argumentieren und statt dessen mit Bestellungen im Alleingang die Fronten verhärtete.

Persönliche Animositäten, wie sie mehr oder minder in allen Arbeitszusammenhängen bestehen, in denen es auf Grund der existenziellen Abhängigkeit nicht jederzeit möglich ist, sich herauszuziehen, wurden durch Hans' Haltung verschärft. Ich selbst habe im letzten Jahr verschiedene Situationen erlebt, in denen Hans – statt durch etwas Zurückhaltung oder Einsicht die Lage zu entschärfen – im Gegenteil ordentlich einheizte.

Es waren Machtkämpfe – aber mit wem und warum???

Bernhard schlug sich auf Hans' Seite, weil ihn – oberflächlich betrachtet – von Hans weniger Differenzen trennten als von Veronika und Ulrike.

Conny und ich verhielten uns lange so gut es ging neutral. Dabei ist noch einmal in Erinnerung zu rufen, daß Hans im Frühjahr und Sommer '84 und Bernhard seit Herbst '84 kaum noch in Erscheinung traten.

Im letzten Sommer lag die Hauptlast der Arbeit auf den beiden „Neuen", die wir mit einer „vollen Stelle" arbeiteten (drei Tage von 3/4 10 bis 3/4 7 mit einer 3/4 stündigen Pause, Dienstags von 10 bis 4 Kollektivbesprechung, währenddessen der Laden geschlossen bleibt und Samstags von 9 bis in der Regel halb 3). Zwei Kollegen arbeiteten einen halben Tag weniger, zwei weitere einen ganzen. Zusätzlich hatten wir eine halbe Stelle für die Buchhaltung.

Hans war während seines Referendariats jeweils an einem Tag in der Woche im Laden. Dank der reorganisierten Buchhaltung, die hauptsächlich von Veronika gemacht wird und in die ich nach dem Ausscheiden von einer allein dafür zuständigen Frau eingearbeitet wurde, gelang es uns trotz leicht zurückgehender Konjunktur (der Fahrradboom ist vorüber, die Konkurrenz hat zugenommen) unseren Wareneinkauf und die Erlöse in ein ausgeglichenes Verhältnis zu bringen. Dieser „kaufmännische Erfolg" muß vor allem Hans fürchterlich gekratzt haben. Es verging kaum ein Tag, an dem er im Laden anwesend war, wo er nicht an der Buchführung herummäkelte oder über unsere Buchhalterin herzog. Vielleicht ist es auch verständlich, daß er sich in seiner Kompetenz als Diplomhandelslehrer zurückgesetzt fühlte, weil er an der Rekonsolidierung des Ladens kaum Anteil hatte.

Demgegenüber hatte Bernhard mit diesen Fragen offenbar keine Probleme. Er versah lustlos „seinen Dienst" bis er sich im Herbst arbeitslos meldete. Er erschien erstmals wieder auf einer Dienstags-Besprechung, um Hans im Konflikt in der Kindergeldfrage Rückenstärkung gegenüber den restlichen vier Kollektivmitgliedern zu geben.

Die Fronten waren im Januar bereits vorgezeichnet, obwohl an der Oberfläche die Welt im Fahrrad-Büro noch in Ordnung schien.

Ende Januar hörten wir von Norbert, einem ehemaligen Mitarbeiter des FB, der zusammen mit Bernhard an dem Hausprojekt arbeitet, daß Bernhard in der Hausversammlung erzählt habe, daß „Ulrike und Veronika aus dem Fahrrad-Büro rausgeschmissen würden".

Am 12. 2. dann, der Besprechung und gleichzeitig Gesellschafterversammlung, auf der Conny und ich Anträge auf Aufnahme in die Gesellschaft gestellt hatten, ließen Hans und Bernhard die Katze aus dem Sack: Wir sollten fest aufgenommen werden, wenn Ulrike und Veronika gegangen sind. Ein glatter Erpressungsversuch! Im übrigen waren Hans und Bernhard gegebenenfalls auch bereit, uns rauszuschmeißen, weil sie davon ausgegangen waren, daß durch die Ablehnung der Aufnahme in die Gesellschaft nach einem Jahr Mitarbeit wir automatisch ausscheiden müßten. Diese Regelung war ursprünglich vorgesehen, um allen Mitarbeitern über die Gesellschaft die Mitbestimmung in allen Fragen zu garantieren, ist schließlich aber nicht in den Gesellschaftsvertrag aufgenommen worden.

Als sie diesen Punkt kapiert hatten, erwiderten sie, darauf angesprochen, wie es weitergehen solle, sie von nun an versuchen, mit Psychoterror ihr Ziel zu erreichen.

Da Conny und ich weder bereit waren, diese Methoden zu dulden – noch uns gegen Ulrike und Veronika ausspielen lassen wollten, solidarisierten wir uns mit den beiden Frauen. Klar ist, daß diese Art der Konfliktlösung unsere noch vorhandenen Sympathien für Hans und Bernhard auf ein Nichts zusammenschmelzen ließ.

Angesprochen auf den Zeitpunkt ihrer Attacke, antworteten Bernhard und Hans, daß sie jetzt am längeren Hebel säßen, nachdem Ulrike ihr Kind in den nächsten Wochen erwartet und Bernhard demnächst wieder seine Arbeit aufnimmt. Im letzten Punkt hatten sie sich allerdings erheblich geschnitten! Ulrike und Veronika erklärten sofort, daß sie unter den gegebenen Umständen Bernhard nicht wieder einstellen würden (dazu ist laut Satzung eine 2/3 Mehrheit der Gesellschafter nötig!).

Die Sitzung endete mit einem zweiwöchigen „Waffenstillstand", der von Bernhard und Hans bereits nach einer Woche gebrochen wurde. Am 19. Februar erklärte Bernhard zu Beginn der Besprechung lapidar, daß er seine Arbeit ab sofort wieder aufnehme.

Schließlich einigten wir uns zumindest mit Bernhard darauf, mit Hilfe dreier „Schlichter" eine Lösung des Konflikts zu versuchen.

Noch am selben Tag machte sich Hacky vom Radschlag Bremen auf die Reise und am 20. 2. morgens fand ein erstes Gespräch mit ihm sowie Karen und Henning vom Räderwerk aus Berlin statt.

Noch einmal wurden von Conny und mir Aufnahmeanträge gestellt, weil wir unserer Ansicht nach ein Recht haben sollten, in allen Fragen die volle Mitbestimmung zu haben. Trotz der Erklärung unserer Vierer-Fraktion, daß wir kein Interesse hätten, Bernhard oder Hans hinauszuschmeißen, ging es darum, einen Kompromiß zu finden, der ihnen genügend Sicherheit garantieren würde.

Bei Ulrike hatten bereits nachmittags die Wehen eingesetzt und sie wurde im weiteren von Veronika mitvertreten. Ulrike bekam in der folgenden Nacht ihr Kind: Julian!

Gegen 3 Uhr nachmittags stimmten Hans und Bernhard dem folgenden Kompromiß zu:

Rolf und Conny werden sofort in die GmbH aufgenommen. Die Satzung wird dahingehend geändert, daß Aufnahme in die und Ausschluß aus der GmbH nur noch einstimmig ohne die Stimme des/der Betroffenen vorgenommen werden.

Zusatz: Bernhard arbeitet erst wieder, wenn die Einigung notariell besiegelt ist.

Ein Termin wurde mit dem Notar für den 8. März vereinbart. Hans und Bernhard erschienen nicht zu dem Termin. Sie hatten am vorhergehenden späten Abend bei Ulrike telefonisch abgesagt: Sie hätten es sich anders überlegt, sie wollten alles noch eine Weile in der Schwebe lassen, da dann alle Beteiligten sich nach Alternativen umsehen könnten – einschließlich sie selbst!

Am nächsten Tag, dem 9. März, ging ich für 3 Wochen in Urlaub. Die „Bedenkzeit" verstrich, ohne eine Reaktion von Bernhard oder Hans. Einzig in der Frage der Mutterschaftsvertretung für Ulrike opponierten sie gegen die Einstellung von Steff.

Während der Gründung des Verbandes der selbstverwalteten Fahrradläden auf den Wintertagen im Januar in Berlin, hatten wir mit Bernhards Zustimmung unter den Anwesenden eine Mutterschaftsvertretung von April bis August gesucht und schließlich gefunden: Steff aus einem Freiburger Fahrradladen. Als es in einer Dienstagssitzung um den genauen Termin seiner Anreise ging, lehnte Hans, der sich bereits auf den Wintertagen nicht festlegen wollte, Steffs Einstellung aus prinzipiellen Gründen ab: Wir hätten, wenn Bernhard wieder arbeitet genügend Kapazitäten, daß wir im Sommer keine Vertretung für Ulrike brauchen. Allein der rechnerische Gegenbeweis wollte Hans nicht überzeugen. Wir blieben dabei, und Steff hat seinen Job angetreten. Da Bernhard entsprechend den Abmachungen von Ulrike und Veronika bisher nicht eingestellt wurde, erklärten Hans und Bernhard im Gegenzug, daß sie gegen Steffs Anstellung eine „Feststellungsklage" vor Gericht führen wollten. Es ist auf dieser Ebene allerdings noch nicht geschehen.

Ende März kündigte Bernhard schriftlich an, daß er am 1. April seine Arbeit wieder aufnehmen wolle. Allderdings befand er sich anfang April noch auf Urlaubsreisen.

Seit dem 15. 4. erscheint er mehr oder weniger regelmäßig im Laden, in der Werkstatt und im Büro und „arbeitet".

Wir wissen, daß es eine teils vage, mit Sicherheit aber eine kostspielige (für wen?) Angelegenheit wird, den Schritt vor's Gericht zu machen. Da an eine nochmalige Vermittlung nicht zu denken ist – es gibt nach allem keinen Weg zurück zu einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit" – ist nur noch die Frage: Wer macht den ersten Schritt?

Rolf und Conny

Eigentlich sollte in dieser Rubrik Platz sein für merkwürdige Vorkommnisse, Geplänkel und die tägliche Ironie im kollektiven Gesellschaftsleben.

Liegt es an den tropischen Temperaturen, daß der Redaktionsgruppe in Berlin das schon gewetzte Messer in der Tasche stecken blieb, oder verhinderte der ausdauernde Besuch von stets überfüllten Gartenkneipen, daß das Redaktionsohr an der Basis blieb? Dem Wetter wurde jedenfalls angelastet, daß die MVV des Netzwerk Berlin, mit 3000 Mitgliedern immerhin das größte, nur von etwa 50 Leuten besucht wurde. Zu den mittäglichen, inhaltlichen Arbeitsgruppen fanden sich sogar nur etwa 20 Teilnehmer ein. Wenigstens das abendliche Fest in der Regenbogenfabrik soll dann aber doch noch gut besucht gewesen sein. Späte Früchte, aber dafür gut ausgereift, zeigt zumindest eine Veranstaltung der Wintertage: das Oktoberdruck-Kollektiv hat sich – mit intensiver Beihilfe des Software Kollektivs Mikado einen Computer angeschafft. Da bleibt für die Kunden und Mitkollektivs nur zu hoffen, daß die Büro-Männer die Diskette mit den Telespielen nicht allzu schnell finden.

Mehr Durchblick durch die Zahlen erwartet wohl auch die ASH Krebsmühle, denen ein Computer mit dem sinnigen Namen „Mythos" ins Haus steht. Da auch die Contraste demnächst damit vertrieben und berechnet werden, bleibt zu hoffen, daß dem Titel doch ein gewisser Realitätssinn eingegeben wird.

Realitäten anderer Art bewegen wohl derezit die Stattwerke. Verlautet doch, daß sie mächtig rumwirbeln, um die materiellen Grundlagen für die Sicherung ihrer Renten zu schaffen. Also dann, selbstverwaltet bis 65, oder soll gar eine vorzeitige Ruhestandsregelung ausgetüfftelt werden?

B.Ä.R.

NICARAGUA-KAFFEE-DIREKT

Genossenschaftskaffee genießen

Regelmäßige Leser der CONTRASTE warten ja schon mit gespülten Kaffeetassen auf den direktimportierten NICARAGUA-KAFFee.

Ab dem 15. Mai wird dieser, der in Berlin unter dem klangvollen Namen SANDINO DRÖHNUNG schon bekannt ist, für alle zugänglich sein. Und zwar natürlich einmal über die IMPORTEURE, als da sind:

ÖKOTOPIA GmbH, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61
VENCEREMOS GmbH, Pfauengasse 6, 4420 Coesfeld
SOLIDARITÄTSSHOP DRITTE WELT GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90

Jedoch gibt's für die absoluten Nicaragua-Kaffeetrinker den Kaffee im Abonnement – bei der z.Z. in den Räumen der ÖKOTOPIA ansässigen Berliner KAFFEE-GENOSSENSCHAFT i.G. – Kaffee im Abo heißt, festzustellen, wieviel Kaffee einem so über die Woche durch die Kehle rinnt, und diese Menge im vorhinein zu bestellen und vor allem zu bezahlen! – eben weil der Kaffee ja schon bei Kauf in Nicaragua bezahlt werden muß –. Die ermittelte Kaffeemenge wird auf jeweils 5 volle kg auf(oder ab-)gerundet, und quartalsweise hochgerechnet. Für jede 5 kg werden mindestens 125,– DM (für Leute aus Wessiland kommt noch das Porto v. 5.80/5 kg hinzu.) bezahlt. Alles mehr überwiesene Geld geht als zusätzliche Spende nach Mittelamerika.

Neben dieser kaufmännischen Tätigkeit der Genossenschaft ist diese auch aufklärerisch über das Treiben der Kaffeemultis in die Öffentlichkeit getreten. Die, im ÖKOTOPIA Verlag erschiene Broschüre ist gegen 5,– + Porto (0,70) zu erwerben. Ein Muß für alle, die mitmischen wollen.

ABOSCHNIPSEL einschicken an:
BERLINER KAFFEE-GENOSSENSCHAFT i.G.
c/o ÖKOTOPIA
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61

Kaffee-Abonnement

Ich bestelle zur einmaligen Lieferung
☐ ..... mal 5 kg Nicaragua-Kaffee

Ich bestelle zum fortlaufenden Bezug
☐ ..... mal 5 kg Nicaragua-Kaffee

Ich bezahle

☐ halbjährlich
☐ jährlich
☐ bar
☐ per Verrechnungsscheck (beiliegend)
☐ nach Erhalt der Rechnung

☐ ich möchte den Kaffee geliefert bekommen
☐ ich zahle für den Kaffee 150,– DM
☐ ich zahle für den Kaffee ..... DM
(mindestens Selbstkostenpreis von 125,– DM + Porto)

Adresse .....
Datum .....
Unterschrift .....

Garantie: Den Abonnementauftrag kann ich innerhalb einer Woche widerrufen. Die Bestellung gilt ab Eingang des Geldes bei uns.

Netzwerk-Arbeit auf dem Land

Netzwerk-Büro Rhauderfehn

Am 9. Juli 1984 nahm das Netzwerk-Büro in Rhauderfehn als Kontaktstelle für Ostfriesland und das nördliche Emsland seine Arbeit auf. Das Büro wurde zuerst in einem Raum über dem genossenschaftseigenen (Schrotmühle Rhauderfehn eG) Naturkostladen „Schannerke" eingerichtet.

Kontakte zu landwirtschaftlichen Betrieben in der Region.

Vor allem Klein- und Mittelbetriebe sind von den EG-Agrarbeschlüssen – dabei ist momentan besonders die Milchkontingentierung zu nennen – in ihrer Existenz gefährdet. Viele der Betriebe, die mit uns Kontakt aufgenommen haben, haben schon seit Jahren Erfahrung gesammelt auf den Gebieten des biologisch-organischen oder biologisch-dynamischen Anbaus, um so dem wachsenden Umweltbewußtsein einer zunehmenden Verbraucherschicht eine echte Alternative zu den mit Chemie angebauten Produkten zu bieten. Einige Betriebe befinden sich in der Umstellung.

Damit all diese landwirtschaftlichen Betriebe nicht isoliert vor sich hin arbeiten, organisiert das Netzwerk-Büro regelmäßige **Erzeugertreffen**, damit die Erzeuger ihre Erfahrungen austauschen können, ihre Arbeit weitestgehend koordinieren, und gemeinsame Vorgehensweisen entwickeln.

Den biologisch wirtschaftenden Betrieben und den Umstellungsbetrieben bleibt in der Regel nur die **Ab-Hof-Vermarktung** ihrer Produkte. Auf den Erzeugertreffen wird gemeinsam erörtert, welche Ansprüche und Forderungen die Direktvermarktung an den Erzeuger stellt: – Kooperationsbereitschaft mit den Verbrauchern und Interessenten – Organisationsformen des Absatzes an den Verbraucher – um einige der wichtigsten Punkte zu nennen.

Daneben ist es unerläßlich, daß die Erzeuger sich untereinander absprechen und kooperativ sind, um so unnötige Konkurrenz unter den einzelnen Betrieben zu vermeiden. (Anmerkung von uns: Manchmal ganz schön schwierig)

Ein Beispiel: Mehrere Erzeuger wollen plötzlich alle Käse herstellen, obwohl die regionale Vermarktung vom Käse eines Herstellers noch nicht sichergestellt ist, und keiner weiß, wie der Markt für das Produkt Käse eigentlich zu beurteilen ist.

Neben den Erzeugertreffen finden im Netzwerk-Büro auch **Ladentreffen** statt, zu denen wir einladen. Die Bio- und Naturkostläden in Ostfriesland stehen so ziemlich alle auf schwachen Beinen, vor allem was die finanziellen Eigenmittel angeht.

Bei diesen Treffen ist es uns wichtig, daß die Inhaber und Betreiber der Läden ihre Erfahrungen austauschen, sei es nun, was Absatzchancen anbelangt, Verbraucherverhalten, Warenangebote oder Schwierigkeiten mit Händlern.

Wir vom Netzwerk versuchen, die Bio- und Naturkostläden dafür zu gewinnen, daß sie verstärkt biologisch angebaute Produkte der in der Region ansässigen Erzeuger anbieten: Obst, Gemüse, Getreide etc.; und daß Bestellungen für Milchprodukte und Fleisch auch über die Läden koordiniert werden könnten. Für beide Seiten würden daraus Vorteile erwachsen.

Die Bio- und Naturkostläden wären in der Lage, die Qualität der angebotenen Erzeugnisse direkt vorort in Augenschein zu nehmen und zu prüfen, und die Erzeuger hätten neben der **Ab-Hof-Vermarktung** ein zweites Standbein.

Das Netzwerk-Büro mußte sich im Dezember 84 eine neue Bleibe suchen. Als erstes gingen wir daran, uns um die Erzeugerhöfe zu kümmern, die an der in Konkurs gegangenen Genossenschaft Rhauderfehn hingen und im Regen standen. Mit ihnen wird jetzt versucht, eine **Erzeuger-Verbraucher-Initiative Nord-Süd** aufzubauen, um so für diese Höfe einen Kundenkreis zu gewinnen.

Veredelung von landwirtschaftlichen Produkten

Daß wir darunter nur biologisch erzeugte Produkte verstehen, versteht sich von selbst.

Die Erzeuger, die je nach Möglichkeit und Mitteln die Direktvermarktung in größerem Maßstab betreiben möchten und müssen, (schließlich geht es um ihre Existenz) stoßen sehr schnell auf Auflagen und Einschränkungen des Gesetzgebers, der eine Selbstvermarktung so gut wie überhaupt nicht vorsieht.

Direktvermarktung oder die Zusammenschlüsse von Erzeugern und Verbrauchern befinden sich rechtlich in einer Art „Grauzone", d.h. es ist nicht direkt illegal, aber auch nicht legal.

Grundsätzlich ist die Veredelung, d.h. das Verarbeiten von landwirtschaftlichen Produkten an so hohe technische Anforderungen geknüpft, daß der Erzeuger gar nicht in der Lage ist, die notwendigen Investitionen in die Technik zu tätigen. Oder aber es sind, wie im Falle von Rohmilch und Rohmilcherzeugnissen, die hygienischen Anforderungen schon so hoch angesetzt, daß es schlechterdings unmöglich ist, sie einzuhalten.

In diesen Fällen sind die Erzeuger auf das Wohlwollen und die Duldung der Behörden, sprich: Gesundheitsämter und Veterinärämter, angewiesen. Wie sich in Gesprächen herausstellte und auch die Erfahrung zeigt, sind die Behörden durch die Bank mit der Situation der Bauern vertraut, und haben nicht die Absicht, Erzeugern, die Veredelung betreiben, übermäßige bürokratische „Klötze" in den Weg zu legen.

Daneben führen wir natürlich noch Beratungsarbeit auf anderen Gebieten durch, d.h. daß wir bei dieser Arbeit mit den verschiedenartigsten Problemen konfrontiert werden. Einige Beispiele:

- **Umschuldungsberatung**
- **Patentanmeldung**
- **Gesellschaftsformen bei Existenzgründungen.**

Umschuldungsberatung

Ein sehr sensibles Thema, daß sich aber aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit immer mehr in den Vordergrund drängt. Bei dem Arbeitsplatzverlust sind viele nicht mehr in der Lage, ihren Kreditverpflichtungen nachzukommen.

In unserem speziellen Fall handelte es sich wiederum um einen Landwirtschaftsbetrieb. Privatpersonen, denen an der Fortführung des Betriebes gelegen ist, verpflichteten sich gegen eine Art Sicherungsübereignung, mit einer bestimmten Summe zur Tilgung des Kredits beizutragen.

Patentanmeldung und Gesellschaftsform

Durch Artikel in den regionalen Zeitungen hat es sich herumgesprochen, daß es ein Netzwerk-Büro gibt, und so kommen vermehrte Anfragen auf uns zu.

Zum Beispiel 4 Ex-Olympianer (Olympia–Pleite Leer) haben ein elektronisches Gerät entwickelt, daß in Öl- und Gasheizungen geschraubt, bis zu 30% Ersparnis bringt. Darüber hinaus können sie das Gerät sehr kostengünstig anbieten. Sie wollen sich selbständig machen, und überdies nach Möglichkeit ihre Entwicklung schützen. Ebenso steht es um die Entwicklung einer kleinen Verpackungsmaschine.

Sehr lange beschäftigten wir uns mit einem Projekt, – das vom Mellenhof e.V., einem Verein für Sozialpädagogik, entwickelt –, für arbeitslose Jugendliche geplant war. Es sollte in der biologisch betriebenen Landwirtschaft angesiedelt werden, und war vor allem auch abgezielt auf arbeitslose Mädchen, der mit am starksten benachteiligten Gruppe unter den Ausbildungssuchenden.

Lange wurde über das Projekt beraten, hin und her diskutiert, ob es nur ein „Arbeit und Lernen"-Projekt, also eine sogenannte Parkmaßnahme sein sollte oder ob es nicht besser von vornherein als Ausbildungsprojekt aufgezogen werden sollte. Außerdem wurde lange darüber geredet, wer die Trägerschaft übernehmen sollte, der wenig bekannte Verein Mellenhof e.V., das Netzwerk oder beide zusammen? Das Netzwerk-Büro setzte sich mit zahlreichen Politikern (MdB's der GRÜNEN, CDU, SPD), Behörden und Institutionen in Verbindung, stellte Anfragen, um so an Informationen und Auskünfte über Förderungsmöglichkeiten, -kriterien und -gelder zu kommen.

Da der Informationsfluß von Seiten der Behörden sehr schleppend war, sich also zeitlich über Wochen und Monate hinzog, auf der anderen Seite das Arbeitsamt Leer den Mellenhof e.V. unter Zeitdruck setzte, stellte der Verein als Träger schließlich noch im Dezember 1984 den Antrag für ein „Arbeit und Lernen"-Projekt. Dieser Antrag wurde dann Mitte Januar 1985 abgelehnt mit der Begründung, daß einem solchen Projekt kein öffentliches Interesse unterstellt werden könne.

Ein weiteres wichtiges Gebiet des Netzwerk-Büros in Rhauderfehn ist die Öffentlichkeitsarbeit, um so die Idee des Netzwerks zu verbreiten und Mitglieder zu werben. Die Arbeit lief in den ersten Monaten nur sehr schleppend an. Erst nach dem Umzug in das neue Büro im Kantweg 12 kamen die regionalen Zeitungen auf uns zu (Generalanzeiger, Ostfriesenzeitung, Emder-Zeitung). Bis dahin sind Artikel über das Netzwerk und das Büro in Rhauderfehn in vielen verschiedenen Wochenendausgaben, die frei an alle Haushalte geliefert werden, erschienen.

Daneben werden regelmäßig Rundbriefe von uns an Netzwerk-Interessenten geschickt. Leider hat sich das Interesse an Netzwerk noch nicht in Mitgliederzahlen niedergeschlagen.

Das ist so ungefähr ein Überblick über das, was wir in Rhauderfehn machen.

Manfred und Jutta

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

INFORMATION

Vom 13. bis 15.2.85 fand im Kulturzentrum Lagerhaus Schildstraße die Anhörung „Selbsthilfe und Arbeitsmarkt in Bremen" statt. Von dieser Veranstaltung liegt nun der vollständige Bericht vor. Auf 258 Seiten finden sich:

- *allgemeine Informationen und Analysen zum Bremer Arbeitsmarkt und dem Stellenwert von alternativen Selbsthilfeprojekten*
- *Thesen, Berichte und Daten zur Situation alternativer Selbsthilfeprojekte aus den Bereichen AUSBILDUNG, SOZIALE DIENSTE, KULTUR und BILDUNG, SELBSTVERWALTETE BETRIEBE sowie ÖKOLOGIE und UMWELT*
- *Forderungen, Protokolle, Einschätzungen und Presseberichte*
- *Selbstdarstellungen der Träger*

Der Leser findet eine in dieser Form einmalige Übersicht zur Arbeit, den Problemen und Forderungen der alternativen Szene von Bremen und umzu.

Der Bericht kann gegen Erstattung der Kosten (5,–) und eine kleine Spende beim Netzwerk Selbsthilfe Bremen-Nordniedersachsen, Fehrfeld 60, 28 Bremen 1, bezogen werden.

Alternatives Versorgungsdenken?

Anmerkungen zur Arbeitsgruppe „Verhältnis zwischen Netzwerk und Ökofonds der Grünen" beim Bundestreffen der Netzwerke

(Red. Bremen) **Seit zwei Jahren gibt es nun die Ökofonds der Grünen in den einzelnen Bundesländern. In diese Fonds fließen Gelder aus den parlamentarischen Arbeitsbereichen der Grünen. Für die einzelnen Länder-Ökofonds wurden Beiräte eingerichtet, Vergabe-Richtlinien ausgetüftelt. Anträge von Initiativen und Projekten wurden gestellt und dann angenommen oder auch mal abgelehnt.**

Damit ist aus dem Blickwinkel der antragstellenden Projekte und Initiativen neben das Netzwerk eine weitere Förder-Einrichtung getreten, und es lag nahe, daß auf dem Bundestreffen der Netzwerke die Leute der Ökofonds und der Netzwerke ihre Erfahrungen im Geldverteilen austauschen. Und damit war auch schon der erste Konfliktpunkt angesprochen: geht's hier ums Geldverteilen oder um mehr und anderes? Und: was wird über die Geldvergabe für eine Politik gemacht? Konkret für den Ökofonds: wie weit halten die Grünen als Partei ihre Hand drauf, damit das Geld im Partei-Sinne verteilt wird?

Da gingen die Meinungen auseinander: eine war, man solle bei der Vergabe darauf achten, daß das bezuschußte Projekt im weiteren Sinne als „grün" anzusehen sei, wenn nicht, bestünde die Gefahr, daß die Grünen diese Gelder stärker parteiintern nutzen oder vergeben und nicht mehr über die Ökofonds einer größeren Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Konträr dazu stand die Meinung, die Gelder nur für „politische" Projekte zu verwenden, und das seien nicht diese laschen Bürgerinitiativen und Ökologie-Projekte, sondern heute vor allem die Knastarbeit.

Nun denn, Tatsache ist, daß die Ökofonds bisher machen konnten, was sie wollten. In Bremen z.B. besteht der geldverteilende Beirat aus 3 Mitgliedern, darunter lediglich 1 Vertreter der Grünen. Die Grundlage seiner Arbeit, also die Vergabe-Richtlinien, sind relativ vage, mithin wenig einengend.

Genau so ist es ja beim Netzwerk, und deshalb kann im Prinzip fast jedes Projekt sowohl vom Ökofonds als auch vom Netzwerk gefördert werden. Da Doppel-Bezuschussungen aus triftigen Gründen nicht gewollt sind, müssen entweder klare Grenzen gezogen werden in der Zielgruppen-Definition der beiden Fonds oder aber – und so wird es in der Praxis wohl meist gemacht – man spricht sich im jeweiligen Einzelfall ab.

Da liegen also nicht die großen Probleme. Sie finden sich vielmehr im Verhältnis der Antragsteller zum Ökofonds bzw. Netzwerk. Da taucht der Begriff Milchkuh auf, und vom alternativen Versorgungsdenken ist die Rede. Beides als Vorwurf an die Adresse der Initiativen und Projekte, die also in Netzwerk und Ökofonds vor allem geldzuschießende und betriebsberatende Institutionen sehen. Da fiel das harte Wort: „Die zocken ab und sind weg und kommen erst wieder, wenn sie neues Geld brauchen."

Vielleicht ist nun dieser Satz wirklich zu hart, aber allgemeine Meinung auf diesem Treffen war, daß es deutliche Tendenzen gibt zum alternativen Versorgungsdenken. An zwei Beispielen sei dies erläutert, um danach zu zeigen, daß gerade Netzwerk und Ökofonds selbst nicht ganz unbeteiligt sind an dieser Entwicklung.

Es ist inzwischen weitverbreitete Praxis bei Planungen in Initiativen und Projekten von vorne herein den Posten „Zuschuß Netzwerk und/oder Ökofonds" einzubauen. Ehedem galt das Prinzip der Restfinanzierung, d.h. erst einmal alle anderen Möglichkeiten der Kostendekkung auszuschöpfen. Gutes Beispiel dafür sind Veranstaltungen und Kampagnen. Da wird jetzt häufig der Teilnehmerbeitrag schon unter der Voraussetzung festgelegt, daß Netzwerk und/oder Ökofonds angezapft sind. Dabei wären gerade Veranstaltungen besonders gut geeignet, gegenüber den Teilnehmern – also den eigentlichen Nutznießern – ein paar Worte über die entstandenen Kosten zu verlieren und damit auch ein Bewußtsein zu erzeugen, was in finanzieller Hinsicht – um von den zeitlichen Belastungen einmal abzusehen – von den Vorbereitern aufgebracht wurde. (Warum ist es eigentlich so aus der Mode gekommen, den Hut rumgehen zu lassen?)

Das würde auch dazu führen, die Trennung von (Veranstaltungs-) Produzent und Konsument zu mindern: wissen, was es bedeutet, z.B. einen Gesundheitstag oder eine Frauenwoche vorzubereiten, und das wenigstens erst einmal mit Geld mitzutragen.

Zweites Beispiel ist die alternative Unternehmensberatung. Da gibt es jetzt hauptamtliche Betriebsberater, die holt man und die helfen mit Kenntnis und Erfahrung. Das ist nicht schlecht so, aber es fördert auch die Vorstellung, daß es da das Dienstleistungszentrum Netzwerk bzw. Ökofonds gibt. Der Rückgriff auf Erfahrungen anderer läuft dann über diese Fachleute.

Was aber durch den Erfahrungsaustausch von Projekt zu Projekt, Betrieb zu Betrieb eingeleitet wird, nämlich Zusammenarbeit und Vernetzung und ein Bewußtsein von gemeinsamer Stärke, kommt jetzt nicht mehr in gleichem Maße zustande.

Nun ist diese Entwicklung nicht ohne Zutun von Netzwerk und Ökofonds entstanden. Sie existieren als Geldquellen, und alleine diese Tatsache begündet die Dynamik, die eine Hinorientierung der Projekte und Initiativen auf diese Institutionen fördert. Das wird dann noch verstärkt durch die Bereitstellung von Betriebsberatern.

Nun waren die Teilnehmer des Treffens nicht der Meinung, Geldflüsse zu stoppen und Betriebsberatungen einzustellen, um damit die Projekte sich wieder auf ihre eigene Kraft besinnen zu lassen. Vielmehr wurde (selbst)kritisch überlegt, daß in Zukunft von seiten der Beiräte, die die Gelder verteilen, stärker darauf gedrungen werden muß, daß Vernetzungen entstehen. D.h. daß die Projekte untereinander kooperieren, Erfahrungen weitergeben, Starthilfen geben, und dafür auch Wege finden trotz konkurrierender Tätigkeiten.

Joachim Jaudas
Netzwerk-Vertreter
im Ökofonds Bremen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Vom Sinn und Scheitern einer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft

Der Saal in Burlage (Ostfriesland) ist gut gefüllt – 52 von 94 Genossenschaftsmitgliedern der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft „SCHROTMÜHLE RHAUDERFEHN" eG (bei Leer in Ostfriesland) treffen sich am 12. Nov. 1984 zur außerordentlichen Generalversammlung. Die über 2 Jahre junge Genossenschaft steckt in argen Schwierigkeiten. Der Rechenschaftsbericht zeigt Liquiditätsengpässe auf, die dazu führen, daß Rechnungen nicht kurzfristig bezahlt, notwendige Investitionen, Öffentlichkeitsarbeit etc. nicht durchgeführt und Umsatzeinbrüche nicht überbrückt werden können. Die anschließend vorgeschlagenen (Mindest-)Sanierungsmaßnahmen gehen in zwei Richtungen: Zum einen sollen durch diverse Verbesserungen die Liquiditätsengpässe überwunden und insbesondere müssen neue, engagierte Mitarbeiter gefunden werden. Auf einer verbindlichen Liste zeichnen über 25 Genossenschaftsmitglieder insgesamt Genossenschaftsanteile von DM 11.400 – durch das Ansprechen von weiteren Mitgliedern müßten mindestens 15.000 DM zusammen kommen. Als die Summe bekannt wird, breitet sich Hoffnung aus – aber nun müssen Menschen gefunden werden, die die inhaltliche Sanierung durchführen: Hier ist ein entscheidender „Knackpunkt" – es gibt „fast ein Übermaß" an Ideen, sinnvollen nächsten Schritten, Möglichkeiten, weitreichenden Perspektiven ... – nur die Frage nach Personen, die nur einen Teil davon durchführen können und wollen, kann nicht beantwortet werden. Keiner hat Zeit bzw. will sich engagieren.

Mit einer Frist von vier Tagen bis zur endgültigen Entscheidung, ob die Genossenschaft aufgelöst oder weitergeführt werden soll, trennen wir uns. Aber auch am 16.11.1984 wurde nur eine Übergangslösung gefunden. Bis dahin sollte der alte Vorstand weitere Aktive gewinnen. Auch sollte über Einkaufsgutscheine eine weitere Finanzierungsmöglichkeit erschlossen werden. Doch dann wurde uns die Entscheidung von der Bank „abgenommen": Ein Kredit über DM 10.000 wurde mit sofortiger Wirkung gekündigt, ein zweites Konto mit Guthaben bei derselben Bank wurde gesperrt. Beim Amtsgericht in Leer wurde der Konkurs angemeldet – später mangels Masse abgelehnt; eine Auflösung (Liquidation) wurde beantragt.

Anfang und Ausgangspunkte der Genossenschaftsgründung

Der „geistige" Anfang unserer Genossenschaft ist mindestens an zwei Ausgangspunkten festzumachen: zum einen bestand in dem späteren Genossenschaftsladen ein mäßig laufender Teeladen, in dem sich etliche arbeitslose Jugendliche zum „Klönschnack" trafen und Ideen über Eigeninitiativen austauschten; zum anderen wurde von mir die Praxisalternative „Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft" aus Österreich über Wochenendseminare in Ostfriesland vorgestellt.

Im Herbst 1982 wurde daraufhin in Rhauderfehn (bei Leer) die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft „Schrotmühle Rhauderfehn" gegründet – seit dem 16. Sept. 1983 war sie eine eingetragene Genossenschaft (eG). Diese Verrechtlichung sollte dem Zusammenschluß Stetigkeit, Verbindlichkeit und Kontinuität verleihen; besonders gilt das für die Erzeuger, um z.B. deren Risiko der Umstellung auf organisch-biologischen Anbau sowie das Absatzrisiko zu vermindern. Hierbei spielt die Solidarität und Abstimmung der Verbraucher mit den Erzeugern eine wichtige Rolle.

Anfänglich ging die Initiative von den Verbrauchern aus: Deren Wunsch nach fast rückstandsfreien Nahrungsmitteln sowie die Schaffung von Einkommens- und Arbeitsmöglichkeiten insbes. für Arbeitslose aus Rhauderfehn prägten das Interesse am Aufbau von regionalen Wirtschaftsprojekten. Die Erzeugerseite kam später hinzu: Insbes. Landwirte, die aufgrund ihrer geringen Anbaufläche bzw. Grünfläche in einer immer mehr industrialisierten und kapitalisierten Landwirtschaft nicht mehr mithalten können und wollen, schlossen sich der Initiative an.

Bis zuletzt arbeiteten vier Landwirte von kleinen Vollerwerbsbetrieben und ein Nebenerwerbslandwirt mit – Interesse hatten zwischenzeitlich weitere Landwirte. Regelmäßig fanden Erzeugertreffen statt: das Finden von Absatzmöglichkeiten stand im Vordergrund – in der Vermarktung sehen viele Erzeuger den größten Unsicherheitsfaktor. Der Versuch, die Interessen der Erzeuger nach Absatzgarantien und „gerechten" Erzeugerpreisen und das Interesse der Verbraucher an günstigen, naturbelassenen Nahrungsmitteln, unter „einen Hut" zu bekommen, war in unserer Genossenschaft niemals einfach.

Arbeitskreise, gemeinsame Bildungsarbeit, Urlaub auf dem Bauernhof – aber auch Erntehilfen durch Verbraucher sollten zukünftig ein Schritt zu mehr Verständnis sein.

Bei der Gründung unserer Genossenschaft spielte (unbewußt) auch deren Tradition zur Selbsthilfe bzw. gegenseitigen Hilfe ihrer Mitglieder eine Rolle: Vor über 100 Jahren waren es kleine Handwerker, Einzelhändler und Landwirte, die durch das rasche Anwachsen kapitalkräftiger Großunternehmen zunehmend in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet waren. Durch genossenschaftliche Zusammenschlüsse wurde eine größere Kreditwürdigkeit, mehr wirtschaftliche Unabhängigkeit, Handlungsfreiheit und eine bessere Wettbewerbsfähigkeit der Genossenschaftsmitglieder erreicht. Gemeinschaftliche Maßnahmen und Einrichtungen unterstützten diese traditionelle Selbsthilfe.

Bestimmt spielten alle diese Prinzipien und Hoffnungen bei der Gründung unserer Genossenschaft mehr oder minder eine Rolle, im Vordergrund stand aber allemal die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder – was außerdem vom Genossenschaftsgesetz in § 1 zwingend vorgeschrieben wird und somit in jeder Genossenschaftssatzung an vorderster Stelle vermerkt ist. Trotzdem ist es in der Genossenschaft möglich – besser als bei allen anderen Rechtsformen – wirtschaftliche und ideelle Zielsetzungen (wie politische Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsarbeit etc.) einzubringen.

Dieses schlug sich auch in unserer Satzung nieder: Neben ideellen Zielen, wie die Betreibung von „regionaler Bildungs- und Kulturarbeit", „die Stärkung einer eigenständigen Regionalentwicklung" und das öffentliche Bekanntmachen „der Idee von Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften", war der Hauptzweck unserer Genossenschaft „die Erzeugung, Veredelung und Vermarktung von für die Mitglieder erforderlichen Waren". „Vor allem qualitativ hochwertige land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse und handwerkliche Produkte aus der Region und Entwicklungsländern sollten über eine gemeinschaftliche Organisation des Vertriebs und eine neue Form der Vermarktung angeboten und abgesetzt werden."

Der Naturkostladen „Schannerke"

Als erster Schritt wurde der Naturkostladen „Schannerke" (Kornblume) am 6. Jan. 1983 eröffnet. Insbes. vollwertige Nahrungsmittel aus dem Großhandel bestimmten das Angebot. Getreide, Brot, Honig, Gemüse und Säfte kamen größtenteils aus der Region bzw. Umgebung – aber nur in sehr geringen Mengen von genossenschaftlichen Erzeugern. Dieses sollte sich zukünftig ändern. Insbes. die Herstellung, Veredelung, Verarbeitung und Vermarktung von genossenschaftlichen Erzeugnissen sollte intensiviert werden. Der Genossenschaftsarbeitskreis „Rund ums Schaf" machte im April 1983 den Anfang: Ca. 10 Genossenschaftsmitglieder und interessierte Kleinbauern mit einer jeweils unterschiedlichen Anzahl von Schafen arbeiteten in diesem Arbeitskreis. Im Vordergrund stand in diesem Arbeitskreis die Verarbeitung und Vermarktung von Schafs- und Lammprodukten. Ein Erzeuger hatte sich zur Herstellung von Schafskäse einen Raum als Käserei ausgebaut und produziert seit längerem. Neben Schafskäse sollten aber auch weitere Schafsmilchprodukte wie Butter, Joghurt und Quark hergestellt werden. Ebenso war an den Verkauf bzw. die Verarbeitung der anfallenden Schafswolle, an die Vermarktung von Lammfleisch und -wurst sowie lebenden Lämmern und Schafen gedacht.

Probleme traten am Anfang schon zur Genüge auf: Für viele Landwirte ist es ungewohnt gemeinschaftlich vorzugehen – die Arbeit im Arbeitskreis geriet leicht ins Stocken, konkrete Ergebnisse entstanden fast nur auf Eigeninitiative von einzelnen. Wie in ziemlich allen Zusammenschlüssen hängt es von dem Engagement einiger ab, um viele zusammenzuführen und ein gemeinschaftliches Vorgehen zu erreichen. Auch gehört Geduld dazu, wenn die Verarbeitung in die „Region zurückgeholt werden soll": Qualifikationen müssen teilweise neu erworben, Erfahrungen wieder gesammelt, potentielle Abnehmer müssen von der Qualität der Produkte und entsprechenden Preisen überzeugt werden.

Ähnlich verhielt es sich in weiteren Bereichen der Genossenschaft: Die Herstellung von Milchprodukten (wie Butter, Käse und Joghurt), Säften und Marmeladen (z.B. aus Äpfeln, Birnen, Kirschen Beeren), natürlich konserviertem Gemüse, Sauerkraut, Apfelmus sowie „Ostfriesischen Spezialitäten" wie Speckbohnen, Salzbohnen im Faß, Gewürzgurken, eingemachten Holter Birnen und verschiedenen Brotsorten steckten bis zuletzt noch in den „Kinderschuhen" bzw. in der Versuchsphase. Bei vielen dieser Produkte ist die Qualifikation zur Weiterverarbeitung – zumindest in der Region – noch vorhanden.

Neben der Produktqualität gehört weiterhin dazu, sich am Markt „durchzusetzen"; denn an Mitglieder der Genossenschaft sowie über den genossenschaftseigenen Naturkostladen war nur ein Teil der Produkte abzusetzen. Ähnliches gilt für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Getreide, Gemüse und Kartoffeln. Hierbei sollen Experimente gewagt werden, um neue Vermarktungsmöglichkeiten zu eröffnen: B. ländliche Depotstellen zum Abholen und Verteilen der Waren, der Fahrverkauf über Verkaufswagen, die Direktbelieferung nach Vorbestellung und u. Umst. Vorfinanzierung – vielleicht noch das Versandgeschäft sollten neben dem Verkauf auf Wochenmärkten und Veranstaltungen, dem Beliefern von regionalen Bioläden, dem Großhandel und Großabnehmern einen regionalen Absatz der Erzeugnisse aus ökologischem Anbau ermöglichen.

Ebenso ist der Bekanntheitsgrad von Bedeutung: Ein einheitliches Markenzeichen, Informationen über die Anbau- bzw. Verarbeitungsmethoden und über den jeweiligen Erzeuger werden vom Verbraucher erwartet und könnten Verbraucher und Erzeuger „näherbringen". Dieses ist aber nur möglich, wenn die Konsumenten die Erzeuger relativ gut erreichen können: Deshalb lag der Schwerpunkt aller Absatzbemühungen vor Ort und in der näheren Umgebung. Bevorzugt wurden natürlich die Verbraucher der Genossenschaft – die ihre Produkte z.B. über Fahrgemeinschaften direkt vom Erzeuger oder über den genossenschaftseigenen Laden erhielten. Hierzu ist eine Abstimmung zwischen Verbrauchern und Erzeugern notwendig, die klären muß, wieweit die Produktwünsche der Verbraucher von den Erzeugern erfüllt werden können – bestimmt ist hierzu eine Änderung des herkömmlichen Verbraucherverhaltens notwendig. Wenn diese Verpflichtung von beiden Seiten verantwortungsbewußt erfüllt wird, sind Preisvorteile für die Verbraucher möglich.

Die Konsequenzen aus diesen Vorstellungen und Perspektiven sind eindeutig zu erkennen: Auch dieses alternative Wirtschaftsprojekt sollte nicht umhin kommen, nach wirtschaftlichen Kriterien zu arbeiten, um die materielle Existenz der Erzeuger sicherzustellen – sowie weiteren Menschen in dieser von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Region Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten zu bieten. Dieses ist ohne Zweifel eine Gratwanderung, wenn die ideellen Zielsetzungen nach z.B. selbstbestimmter Arbeit gleichfalls verwirklicht werden sollen. Aber ohne eine Qualifizierung und „Professionalisierung mit einem menschlichen Gesicht" war unser Versuch, eine kleinwirtschaftliche Alternative in der Region aufzubauen, zum Scheitern verurteilt. Zukünftig müssen gerade in diesem Bereich Möglichkeiten geschaffen werden, wo auf neuen Wegen erforderliche Qualifikationen unbürokratisch erworben werden können. Ebenso sind fachliche Beratungen zu betrieblichen Problemen notwendiger denn je, da es gerade bei Alternativ- und Kleinbetrieben, neben immer wieder drohenden Gruppenkonflikten und Kompetenzstreitigkeiten, oft

Konsumgenossenschaft „Vorwärts", Bremen, 1884

an kaufmännischen Mindesterfordernissen und sinnvollen Kooperationen mangelt.

DER "NIEDERGANG" DER GENOSSENSCHAFT

Konkret war das am genossenschaftseigenen Naturkostladen „SCHANNERKE" abzulesen: Der finanzielle bzw. wirtschaftliche Niedergang der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft liegt in diesem Laden begründet, da alle weiteren Geschäfte (wie Wochenmärkte, Ab-Hof-Verkauf, Verkauf an den Großhandel und an Großabnehmer etc.) von den Erzeugern direkt abgewikkelt wurden. Hierbei ist es für einen Naturkostladen bestimmt immer ein großes Risiko, in einer Gemeinde mit einem Einzugsbereich von knapp 15.000 Einwohnern wirtschaftlich zu existieren. Aber hier waren aufgrund der „breiten Streuung von Genossenschaftsmitgliedern" manchmal Tagesumsätze bis zu 1.000 DM möglich. Hieraus kann geschlossen werden, daß auch in ländlichen Gemeinden durchaus Interesse an Naturkost vorhanden ist, obwohl z.B. bei Gemüse eine teilweise Selbstversorgung der Verbraucher zumindest möglich – oft aber viel zu gering ist. Entscheidender ist hier die Abkehr von Konserven und die daraus entstehende höhere Wertschätzung von (ungespritztem) frischem Gemüse.

Die Ursachen für die finanziellen Probleme liegen somit größtenteils in der Geschäftsführung begründet. Hier wurden entscheidende Fehler gemacht. Neben einer oft fehlerhaften Peiskalkulation bzw. -auszeichnung, war es vor allem die hohe Verderblichkeitsquote (fast 5% vom Umsatz), die mangelhafte Sauberkeit, die teilweise unzuverlässige Kundenbetreuung bzw. -service, das mangelhafte Sortiment und die hohe Lagerhaltung („Falscheinkäufe") die mit zu hohen Verlusten führten. Dazu kamen nur schwer nachzuweisende „Unregelmäßigkeiten" bei Kasseneinnahmen und Lagerbestand. Dieses alles führte dazu, daß der Naturkostladen einen Verlust von „sage und schreibe" fast 20% des Bruttoumsatzes 1983 machte. Obwohl ein Verlust für 1983 erwartet wurde, war diese Höhe für alle unvorstellbar und kaum begründbar.

Beratung von Erzeugern, Verbrauchern und dem Handel in lebensmittelrechtlichen Fragen; etliche Ideen wurden gesponnen usw. usf. Auch die 2 1/2-Tagesprüfung durch einen Prüfer vom Raiffeisen-Genossenschaftsverband konnte scheinbar den „Aufwärtstrend" nicht stoppen. Welche Schlüsse sind nun aus dieser kurz skizzierten „Genossenschaftsgeschichte" zu ziehen? Was ist darüber hinaus noch abgelaufen?

Konsumgenossenschaft „Vorwärts" 1. Mai 1926, Bremen

Wie soll es weitergehen?

Was kann ich nun aus diesen Erlebnissen für weitere Schlüsse ziehen? Bestimmt hat der Vertrauensvorschuß und die Gutgläubigkeit gegenüber „Menschen mit alternativen Ansprüchen" einen Knacks erlitten, bestimmt führt dieses zu zukünftigen Vorsichtsmaßnahmen und zu einer weiteren Annäherung an „bürgerliche Arbeitsweisen" – aber trotz allem kann diese Kooperationsform von Erzeugern und Verbrauchern Bedeutung erlangen – gerade auch im Hinblick auf finanzielle Beteiligungen von Erzeugern, Verarbeitern, Händlern und Verbrauchern sowie gemeinsamer Vermarktung und der Einbringung von Dienstleistungen wie Öffentlichkeitsarbeit und Beratung.

Um jetzt aber landwirtschaftliche Erzeugnisse aus ökologischem Landbau breiter zu vermarkten und an mehr Menschen zu verteilen, sind diese und die traditionellen Vermarktungswege nicht nur auszuweiten und konsequenter zu gehen, sondern es sind auch Vermarktungsformen zu realisieren, die gewährleisten, daß weitaus größere Mengen an Erzeugnissen auch in der Anbauregion verbraucht werden – die Nachfrage ist bei entsprechender „Marktöffnung" durchaus vorhanden.

Auch aufgrund dieser Perspektiven sowie „bestimmten" Zwängen – gerade für Kleinbauern in der konventionellen Landwirtschaft – sind die Umstellungsbetriebe gezwungen, den Weg des ökologischen Landbaus konsequent weiter zu gehen. Dieses beinhaltet auch, die eigenen landwirtschaftlichen Früchte weiterzuverarbeiten bzw. zu veredeln. Hier ist vor allem ein Landwirt konsequent eingestiegen: sein Käse ist von so guter Qualität, daß die gesamte Produktion mühelos abgesetzt werden kann. Andere haben hier mehr Schwierigkeiten: zum einen begrenzt die Milchkontingentierung auch den Bereich der Weiterverarbeitung, zum anderen fehlen oft grundlegende Qualifikationen und notwendige Finanzmittel, um hier wirtschaftlich einsteigen zu können. Ein Beispiel ist hierfür die Weiterverarbeitung von „Bio-Milch" zu Joghurt in Pfandglasbehältern – auf „wirtschaftliche Beine" konnte dieser Bereich aufgrund der o.g. Probleme nie gestellt werden. Rechtliche Beschränkungen und nicht vorhandene Subventionen sind weitere oft unüberwindliche Hemmnisse bei der Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus ökologischem Anbau.

Ein Lichtblick ist die beabsichtigte Kooperation mit einer kleinen Molkerei vor Ort, die langsam umstellen will, um im Markt zu bleiben: Die früheren Genossenschaftsbauern mit Milchquote sollen ihre Biomilch hier abgeben. Neben Thermo(Bio)Milch (15 Minuten auf 67 Grad erhitzt) in Pfandflaschen, sollen Butter, Buttermilch, Joghurt etc. hergestellt und mit Hilfe eines Naturkostgroßhändlers über die Bioläden verkauft werden. Der Anfang wird mit täglich 140 l Milch gemacht, die ein Biobauer anliefert. Aber selbst bei dieser kleinen Menge treten schon Vermarktungsprobleme auf: Viele Bioläden verkaufen aus den verschiedensten Gründen sehr geringe Mengen an Milch: hier spielt zum einen der Preis eine Rolle (1 l ca. DM 2,35), zum anderen vor allem Schwellenängste und die oft mangelnde Warenpräsentation: es fehlt ein Kühltresen bzw. eine offene Kühltruhe – etliche Bioläden haben hierfür kaum Platz.

Eine weitere Aktivität ist die geplante Übernahme einer Bäckerei; zwei ehemalige Genossenschaftsmitglieder wollen den durchaus vorhandenen Bedarf nach biologischem Vollwertbrot befriedigen sowie einen Naturkostladen in Rhauderfehn wieder aufbauen – nur, die finanziellen Mittel sind hierfür nicht ausreichend. Wieweit ehemalige Genossenschaftsmitglieder bereit sind, dieses Projekt mit „stillen Gesellschaftereinlagen" zu unterstützen, ist zur Zeit mehr als fraglich.

Ein anderes Projekt läuft langsam an: 1983 haben drei arbeitslose Genossenschaftsmitglieder einen unter Denkmalschutz stehenden Bauernhof übernommen – er wurde von anderen Genossenschaftsmitgliedern erworben und den an der Landwirtschaft interessierten Arbeitslosen zur Verfügung gestellt. Nachdem sie diesen Bauernhof bewohnbar gemacht haben, wollen sie eigene Erzeugnisse aus organisch-biologischem Anbau absetzen. An einer Vermarktungsgesellschaft für Erzeugnisse aus ökologischem Anbau (ÖKO-NETZ NORDDEUTSCHLAND) wird u.a. gearbeitet usw.

Bei all diesen Eigeninitiativen besteht die Hoffnung, langfristig von dieser Arbeit leben zu können und vor allem mit Perspektive sinnvoll zu arbeiten. Wahrscheinlich wird die Öffentlichkeitswirkung dieser einzelnen Initiativen begrenzt bleiben und nicht das Echo der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft „SCHROTMÜHLE RHAUDERFEHN" erreichen.

Das Nichteingebundensein in eine gemeinschaftliche Rechtsform kann hierbei aber auch Kräfte freisetzen: Bei unserer Genossenschaft hat die „Rechtsform eingetragene Gesellschaft" (eG) eine Weiterentwicklung manchmal eher gehemmt als gefördert: Durch den Rahmen bzw. die Formalhürden die das Genossenschaftsgesetz über die Satzung, die Befugnisse des Aufsichtsrates, Vorstandes und der Generalversammlung vorschreibt, wurde ein Teil der Kraft, die für den Aufbau und die Entwicklung der gemeinschaftlichen, wirtschaftlichen Initiative zur Verfügung stand, in Regularien und unflexible Abläufen „gesteckt" – dazu kommt eine Schwerfälligkeit bei wegweisenden Schritten, wenn die Geschäftsführung und den Vorstand „der Mut verläßt", schnell zu entscheiden.

Ein weiterer Punkt ist die Stellung der Prüfungsverbände, die verpflichtet sind, Genossenschaften bei Gründung und danach (regelmäßig) zu prüfen: Oft bestehen gerade bei alternativen, neuen Genossenschaften Vorbehalte und keine Sensibilität bei der Prüfung, sie werden mit „traditionellem Sachverstand und Maßstäben" kontrolliert und manchmal „totgeprüft" – die Kosten liegen fast immer über 2.000 DM, dieses mindestens alle zwei Jahre. Zusammengenommen sind dieses zusätzliche Erschwernisse, die Neugründungen von Genossenschaften stark behindern.

Darüberhinaus hängen bestimmte Abläufe und Entwicklungen in großem Maße von den handelnden Menschen ab; wie entscheidungsfreudig sie sind, wie die Gruppe harmoniert und solidarisch ist, welche Erwartungen und Hoffnungen erfüllt werden sollen usw. Ein wichtiger Punkt sind hierbei auch die Perspektiven und Erwartungen der Angestellten bzw. Hauptamtlichen in der Genossenschaft: Von ihrer Motivation und Zusammenarbeit, ihren Fähigkeiten und ihrem Durchsetzungsvermögen hängt gerade bei kleinen Genossenschaften sehr viel ab.

Genossenschaftliche Grundprinzipien wie das Solidarprinzip und Gleichbehandlungsprinzip (z.B. Großkunden = Kleinkunden), der Förderauftrag, die Verantwortung für die Mitglieder, die Überschaubarkeit und der regionale Bezug sollten hier wieder mehr im Vordergrund stehen. Ein Bedürfnis nach neuen Formen der Zusammenarbeit und Solidarität ist bestimmt in der heutigen Zeit wieder stärker vorhanden (z.B. Belegschaftsübernahmen/Produktionsgenossenschaften/ Mitarbeitergesellschaften; Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften). Nur fehlt es an zielgerichteter Unterstützung und Förderung der vielen Initiativen und Projekte, die in den seltensten Fällen nur wirtschaftlich ausgerichtet sind, sondern auch wichtige soziale und gesellschaftliche Funktionen wahrnehmen. Oft sind es auch „Übergangsformen", die der persönlichenOrientierung und Stabilisierung d

die der persönlichen Orientierung

sind es auch „Übergangsformen", die der persönlichen Orientierung und Stabilisierung dienen.

Bezogen auf unsere Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft, hat uns trotz allem das „Experiment GENOSSENSCHAFT" nähergebracht: Es sind viele Freundschaften entstanden, „soziale Netze" aufgebaut und etliche neue Möglichkeiten/Wege entdeckt worden; wir haben unsere Grenzen während dieser Zeit kennengelernt und hoffentlich aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Immer mehr Menschen aus Rhauderfehn und Umgebung beginnen bzw. konsequenterweise gehen – und vielleicht auch eine gleichberechtigte Zusammenarbeit von Menschen „im Einklang mit der Natur" weiter anstreben.

ALF BAUMHÖFER
NETZWERK Bremen-Nordniedersachsen
Lindenalle 4
2900 OLDENBURG

Anmerkung der Redaktion: Der Artikel wurde aus redaktionellen Gründen gekürzt! Das Originalmanuskript ist bei vorgenannter Adresse zu beziehen!

– Wir kaufen einen Bauernhof –

EVG statt EWG

(Red. Bremen/Berlin) Warum Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft? Das Ziel ist es, den kleinen und mittleren Höfen, speziell denen, die nach ökologischen Prinzipien arbeiten, aus ihren Schwierigkeiten zu helfen und gleichzeitig dem Bedürfnis der Berliner Bevölkerung nach ungespritztem, biologisch abgebautem Gemüse zu vernünftigen Preisen nachzukommen.

Vor genau einem Jahr wurde der Laden in Berlin-Schöneberg eröffnet. Er dient heute als Verkaufsstelle, Informationsbüro und Treffpunkt für Vereinsmitglieder. Die Zahl der Mitglieder hat sich innerhalb eines Jahres auf rund 290 mehr als verzehnfacht und die Tendenz ist weiter steigend. Wer Vereinsmitgied ist, zahlt 120 DM fürs ganze Jahr und erhält dafür die Produkte der niedersächsischen Landwirte (die auch Mitglied sind) um 20% billiger als die Laufkundschaft. Mit den Einnahmen des Vereins werden alle Grundkosten (Miete, Strom, Telefon und eine Halbtagsstelle) des Ladens finanziert.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

In dem Verein sind sowohl Verbraucher als auch Erzeuger Mitglied, was bedeutet, daß die Verbraucher in direktem Kontakt mit den Erzeugern stehen können. Man kann als Mitglied die Höfe besuchen oder bei der Ernte mitmachen, auch kommen die Bauern wöchentlich selber nach Berlin. Also Direktvermarktung als Absatzhilfe für Umstellungsbetriebe und bereits anerkannte Bio-Höfe. Die Berliner Mitglieder helfen auch bei der Organisation und beim Betreiben von Marktständen auf verschiedenen Wochenmärkten oder im Laden. Vieles passiert unentgeltlich, was zur Folge hat, daß viele eigentlich notwendige Aufgaben nicht erledigt werden können. Zum Beispiel wäre es dringend notwendig, weitere Absatzmöglichkeiten zu erschließen, denn die Produktionskapazität der Bauern ist um ein vielfaches größer als sich z. Zt. auf dem Berliner Markt verkaufen läßt. Aber von der vollständigen Vermarktung aller Erzeugnisse hängt die Existenz vieler Bio-Höfe ab.

Zum Beispiel: Umschuldung des Bio-Dyn.-Hofes H. Wegmeyer

Einer der Landwirte (H. Wegmeyer) ist durch alte Schulden und durch Absatzschwierigkeiten in Zahlungsschwierigkeiten gegenüber seinem Kreditgeber gekommen, so daß ihm die akute Gefahr eines Konkurses ins Haus steht. Der Verlust des Hofes bedroht nicht nur die privaten Interessen H. Wegmeyers und die der EVG, sondern bedeutet darüber hinaus einen Verlust für die biologische Landwirtschaft in Deutschland und für alle, denen das Denken und Handeln nach ökologischen Prinzipien immer wichtiger wird, denn...

- die mühevoll aufbereiteten Äcker würden wieder konventionell bebaut und mit Kunstdünger, Pestiziden und durch Monokulturen verdorben
- die ohnehin spärlichen Ansätze zum Artenschutz in der Tier- und Pflanzenwelt würden wieder um einen kleinen Teil zunichte gemacht
- die Grundwasservergiftung durch Agrarchemie erhält wieder neuen Nachschub

Deshalb will die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft hier in einem konkreten Fall konkrete Hilfe leisten. Eine Arbeitsgruppe des Vereins hat ein Finanzierungskonzept ausgearbeitet, nach dem sich Vereinsmitglieder und andere Interessierte an dem käuflichen Erwerb des Hofes beteiligen können. Benötigt werden ca. 200000 DM, um die Zwangsversteigerung, die für August befürchtet wird, abwenden zu können. Die erforderliche Bargeldsumme kann zusammenkommen, wenn jedes Mitglied unseres Vereins im Mittel einen Kredit von 750 bis 880 DM zur Verfügung stellt.

Dazu stehen drei Wege offen:
- eine Spende an den Verein
- ein freies Darlehen
- ein Darlehen über eine Kreditaufnahme im Rahmen einer Leihgemeinschaft

Wie funktioniert die Leihgemeinschaft?

Da nicht jeder, sei es als Spende oder als Darlehen, die erforderliche Summe auf einmal aufbringen kann oder will, ihm aber dennoch an der Erhaltung des Hofs von Heinrich Wegmeyer sehr gelegen ist, hat der Verein auf Anraten von Stattwerke mit der GLS Gemeinschaftsbank e.G., der Bank der Anthroposophen in Bochum, Kontakt aufgenommen.

Diese Bank finanziert Leihgemeinschaften von Kleinkreditgebern, die soziale oder ökologische Projekte unterstützen wollen. Die aufgenommenen Kredite müssen von den einzelnen Mitgliedern der Leihgemeinschaft innerhalb von maximal vier Jahren ratenweise zurückgezahlt werden. Die Kleinkreditnehmer übertragen ihre Kredite dann als Spende oder Darlehen für zunächst ebenfalls vier Jahre der EVG.

Mit der Summe der Darlehen schuldet die EVG den Hof Heinrich Wegmeyers um bzw. erwirbt ihn, um ihn dann an Heinrich zu verpachten. Die Zinsen für die Kredite der Leihgemeinschaftsmitglieder an die GLS-Bank werden vom Verein über die Pacht aufgebracht, die Heinrich zu entrichten hat.

Wenn sich alle Mitglieder der EVG an der Umschuldung beteiligen könnten, läge die monatliche Rückzahlungsrate pro Mitglied im Mittel bei 15 bis 20 DM. Wenn Mitglieder sich in der Lage sähen, 50 oder gar 100 DM zur Seite zu legen, würden nur 100 bzw. 50 Sparer benötigt.

Entscheidend ist, daß das Geld nach 4 Jahren dem Leihgemeinschaftsmitglied, ähnlich wie bei sonstigen Sparverträgen, wieder zur Verfügung steht und bei dringendem Bedarf auch früher ausbezahlt werden kann.

Also – wichtig ist, daß sich möglichst viele Leute an dieser Leihgemeinschaft beteiligen, dann wird es für jeden einzelnen auch billiger.

Helmut Fischer

Wer weitere Information haben will, kann sich wenden an:
Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft e.V. Barbarossastr. 61, 1000 Berlin 62, Tel. 2153107

Wen oder was fördert die Ökobank – und wie?

Das Ziel

„Das Ziel der Alternativen Ökonomie ist die Versorgung der Gesellschaft mit ökologisch vertretbaren und sozial nützlichen Produkten und Dienstleistungen. Diese ökologisch-soziale Produktinnovation ist verbunden mit dem Interesse der Produzenten, selbstbestimmt zu arbeiten" (Beywl, Brombach, Engelbert: Alternative Betriebe in Nordrhein-Westfalen).

Den Zielen der Alternativen Ökonomie fühlen wir uns in vielfältiger Weise verbunden, einige von uns sind selbst im Rahmen alternativökonomischer Unternehmen oder Projekte tätig. Darauf gründete sich von Anfang an ein **breiter Konsens hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Ökobank: Förderung der Alternativen Ökonomie durch zinsgünstige Kredite.**

Die Kriterien für die Förderungswürdigkeit sollten klar und für jeden durchsichtig formuliert werden; dies vermeidet Komplikationen bei der Anwendung und Konflikte danach. Gleiches gilt für eine evtl. Staffelung der Förderzinssätze. Es sollte möglich sein, anhand der bereits vorliegenden Kriterienraster (für ökologische Produkte/Produktionsweisen und für Selbstverwaltung) einen Anforderungskatalog mit einer überschaubaren Zahl von Bedingungen zu formulieren, die ein Betrieb bzw. Projekt zumindest im Ansatz erfüllen muß, damit er/es optimal gefördert werden kann: höchste Förderstufe. Es sollte dann deutlich gemacht werden, welche dieser Bedingungen von jedem Betrieb bzw. Projekt erfüllt werden müssen, damit er/es überhaupt gefördert werden kann: unterste Förderstufe.

Mit anderen Worten: selbst wenn es Bereiche mit Ausnahmeregelungen geben sollte (z.B. ökologischer Landbau und Bausektor, wo alternativökonomische Märkte auch von Familienbetrieben oder Einzelkunden erheblich gestärkt werden können), wird längst nicht alles, was an ökologischen Produkten auf den Markt drängt, gefördert werden. Und vor allem werden alle diejenigen Unternehmen leer ausgehen, die dem Zeittrend folgend jetzt zur Abwechslung Ökologisches profitbringend verarbeiten wollen. Mit anderen Produkten allein ist uns nicht gedient. Gefragt ist wenigsten ein Stück anderes Wirtschaften: Selbstbestimmung statt Hierarchie, Kostendeckung statt Profit, kapitalunabhängige Mitentscheidung, Bedarfslohn, Kooperation statt Konkurrenz.

Der Weg

Die Ökobank kann ihr wirtschaftspolitisches Ziel vollständig nur unter folgenden Bedingungen erreichen:

1. Genossen und Sparer verzichten wenigstens auf einen Teil ihrer Zinsen;
2. Zins- und Sicherheitsgewinne z.B. in den Bereichen Persönliche Kleinkredite (PKK) und Persönliche Dispokredite (PDK);
3. Zinsgewinne aus Rücklagen und Geldanlagen auf dem Kapitalmarkt;
4. Zinssubventionen an Unternehmen von dritter Seite aus (z.B. von Ökofonds, Staat);
5. kostengünstiges Arbeiten;
6. Sicherungseinrichtungen der Alternativen Ökonomie (Selbsthilfe).

Die **erste Bedingung** ist unmittelbar einleuchtend: jedes Prozent Zinsen, das die Ökobank den Genossen und Sparern im Schnitt weniger zahlen muß, verbessert die Förderkonditionen für alternativökonomische Unternehmen und Projekte.

Die **zweite Bedingung** ist zwar ökonomisch ebenso einleuchtend, aber politisch umstritten. Zum einen würde dies bedeuten: die Ökobank gibt Kredite nicht nur an alternativökonomische Unternehmen und Projekte heraus, sondern auch, anfangs wahrscheinlich sogar überwiegend an Einzelkunden. Meines Erachtens führt daran kein Weg vorbei. Die wesentlichen Gründe hierfür sind folgende: Erstens kann die Ökobank an Einzelkunden mit einem nur äußerst geringen Prüfaufwand (Einkommensnachweis) Geld nach bankbetriebswirtschaftlichen Maßstäben, wie sie Bankprüfer anlegen, ausgesprochen **sicher** verleihen, und zweitens kann sie damit selbst dann noch beachtliche Gewinne erzielen, wenn sie sich mit ihrem Zinssatz am unteren Rand des branchenüblichen Zinsniveaus bewegt.

Zum anderen wird mit dieser Bedingung unterstellt, daß die Ökobank überhaupt Gewinne macht. Ich meine: sie wird Gewinne machen **müssen**, damit sie die ihr entstehenden Kosten decken und trotzdem Kredite an alternativökonomische Unternehmen und Projekte zu günstigen Förderzinsen herausgeben kann. Mit anderen Worten: Genau wie die „aufgeklärten" Genossen und Sparer, die auf einen Teil ihrer Zinsen verzichten, leisten auch die „aufgeklärten" Klein- und Dispokreditnehmer ihren Solidarbeitrag zur Förderung der Alternativen Ökonomie, zumal sie das Geld bei der Ökobank noch billiger bekommen werden als anderswo. Wenn die Ökobank entsprechend informiert und berät, kann sie auf diese Weise sogar Einfluß darauf gewinnen, wofür die Klein- oder Dispokreditnehmer ihr Geld ausgeben und bei wem bzw. von wem sie kaufen (es macht schon einen erheblichen Unterschied, ob jemand seinen Umzug vom Spediteur oder von einem Umzugskollektiv abwickeln läßt). Auch hier sind Förderanreize denkbar.

Die **dritte Bedingung** hängt eng mit der zweiten zusammen: je größer die Rücklagen sind, die die Ökobank bilden kann (diese können z.T. durchaus frei verfügbar bleiben), desto größer wird der Spielraum für die Beurteilung der Sicherheit von Kreditengagements (Sicherheit wieder im „klassischen" Sinne). Rücklagen aber werden bekanntlich aus Gewinnen gebildet. Sie selbst und die Anlage überhängender Spargelder stehen hierfür zur Verfügung. Was die Ökobank auf dem Geldmarkt an Zinsen gewinnt, geht anderen Banken verloren und kommt indirekt alternativökonomischen Unternehmen und Projekten zugute. Anders formuliert: kostendeckendes Arbeiten und Förderkonditionen der Ökobank werden indirekt von kleinen Banken und Sparkassen über die Zinsen, die sie ihr zahlen, unterstützt (ein Gedanke, der mich eher mit klamheimlicher Freude erfüllt denn mit Ingrimm).

Nun ist dieser Punkt – vor allem ob die Ökobank überhängende Spareinlagen haben und wie groß der Betrag werden soll, der bei anderen Geldinstituten angelegt wird – zweifellos der umstrittenste von allen.

Daß die Ökobank gerade in ihrer eigenkapitalschwächeren Anlaufphase solche Überhänge braucht, kann m.E. nicht in Zweifel gezogen werden. Denn wenn die Ökobank alles Geld, über das sie an Spareinlagen verfügt, – abzüglich der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestreserve – als Kredite herausgeben würde, käme sie sehr leicht in die Gefahr, die gesetzlich vorgeschriebene Kreditgrenze – Banken dürfen nur das 18fache ihres Eigenkapitals an Krediten herausgeben – zu überschreiten. Dies wäre ein nicht zu verantwortendes Risiko.

Wie **umfangreich** die Überhänge an Spareinlagen werden sollen, ist auch abhängig vom Geschäftskonzept der Ökobank, das heißt hängt z.B. davon ab, ob und in welchem Maße sich die Ökobank in „Zwischenbereichen" engagieren kann und will: Kreditengagements, die weder alle notwendigen Voraussetzungen für Förderkonditionen erfüllen, die vom Kreditvolumen her jenseits der PKKe und PDKe anzusiedeln sind und die auch keine nennenswerten Gewinne erwirtschaften sollen bzw. können. Bei diesen „Zwischenbereichen" wird es i.w. um Unternehmen gehen, die zwar selbstverwaltet sind bzw. sich entsprechend umorientieren wollen, aber überwiegend nicht ökologisch, oder die – umgekehrt – zwar wichtige und wertvolle ökologische Produkte herstellen, dies aber nicht selbstverwaltet tun.

Beispiele für die erste Gruppe sind Belegschaftsübernahmen konkurs gegangener Betriebe. Hier geht es kurzfristig um die Sicherung der Arbeitsplätze und mittelfristig um eine Umstellung der Betriebe auf ökologische und selbstverwaltete Produktion. Probleme sehe ich hier zum einen hinsichtlich des Kreditbedarfs in diesem Bereich: es werden meist Kredite weit oberhalb von TDM 500 benötigt, was für die Ökobank zumindest anfangs Großkredite sein werden. Die Ökobank wird hier, was das Volumen betrifft, schnell an ihre Grenzen stoßen und auch die Frage nach den Sicherheiten wird brisanter; Stichwort: Risikostreuung.

Zum anderen ist nicht in jeder Branche in vertretbarer Zeit die Umstellung auf ökologische Produkte möglich, man denke nur an die Chemische Industrie und ihre Zulieferer: auch hier gibt es notleidende mittelständische Unternehmen, die jederzeit Pleite gehen können. Hier wird die Ökobank klare Prioritäten setzen müssen: Arbeitsplatzsicherung kann kein Ziel sein, das um jeden Preis verfolgt wird (darum soll sich ruhig die Bank für Gemeinwirtschaft kümmern). Im übrigen: auch die Selbstverwaltungskriterien können von solchen Unternehmen auf lange Sicht zumindest nur sehr unvollständig erfüllt werden, weil die Belegschaften selbstbestimmtes Arbeiten erst mühsam lernen müssen.

Beispiele für die zweite Gruppe: ökologischer Landbau, sowie der Bau- und Bausanierungssektor (siehe den ersten Abschnitt). Am ehesten wird die Ökobank kleinen Familienunternehmen, die ihren landwirtschaftlichen Betrieb auf ökologische Produktion umstellen wollen, mit günstigen Krediten – vor allem auch hinsichtlich der Rückzahlungsmodalitäten – helfen können. Denn hier wird es meist nicht um Großkredite gehen (wenn doch, dann gelten die gleichen Einschränkungen wie bei Belegschaftsübernahmebetrieben) und die ökologische Zielsetzung ist eindeutig und jederzeit überprüfbar.

Der Bau- und Bausanierungssektor dürfte die Ökobank vor ein größeres Problem stellen: er bindet sehr langfristig Gelder. Die Ökobank aber wird, selbst wenn ökologische Kriterien optimal erfüllt sind, wie im Bausektor üblich, um größere Summen handelt, zunächst sehr vorsichtig umgehen müssen.

Es zeigt sich deutlich: wie ökologisch oder politisch attraktiv die genannten Zwischenbereiche auch immer sein mögen – von Ausnahmen abgesehen wird die Ökobank allein damit überfordert sein. Hier kommt es daher u.a. darauf an, rechtzeitig die Möglichkeiten der direkten oder indirekten Kooperation mit anderen Kreditinstituten auszuloten. Es wäre ja denkbar, daß die Ökobank nur einen geringen Anteil der benötigten Summe abdeckt, dafür aber möglicherweise zu solch günstigen Konditionen, daß sich für einen Betrieb insgesamt erträgliche Rückzahlungsbedingungen und Zinsen ergeben. Dies alles bedarf aber noch sorgfältiger Prüfung und eigehender Diskussion.

Zur **vierten Bedingung**: die Ökofonds könnten z.B. solchen Unternehmen und Projekten, die zwar in der Lage sind, einen Kredit zurückzuzahlen, aber nur in kleinen Raten (wodurch die Zinsbelastung steigt), den Teil der Zinsbelastung, der für sie nicht tragbar ist, durch einen Zuschuß übernehmen (evtl. auch durch ein sehr langfristiges zinsloses Darlehen). Es steht nichts im Wege, mehrere solcher Kooperationsmodelle zu verfolgen (z.B. auch das von Hartwig Henze, Ökofonds Hessen, in CONTRASTE im März vorgestellte).

Darüber hinaus sollte die Ökobank, was Zinssubventionen angeht, auch mit öffentlichen Stellen zusammenarbeiten. Es gibt immer noch eine Reihe von Förderprogrammen (z.B. für Existenzgründungen) und es wird vielleicht demnächst gerade für den Bereich Alternative Ökonomie Sonderprogramme geben, da er aus Gründen der Arbeitsbeschaffung auch bei der SPD immer mehr an Aufmerksamkeit gewinnt (was natürlich zur Vorsicht mahnt, aber auf keinen Fall ignoriert werden darf). Solche Programme könnten zu einem erheblichen Teil auch über die Ökobank abgewickelt werden – irgendeine Bank wird in der Regel immer eingeschaltet.

Die **fünfte Bedingung** wird uns noch einiges Kopfzerbrechen bereiten. Unumstritten ist: die Ökobank **soll** so kostengünstig arbeiten wie nur irgend möglich. Was jedoch hier möglich ist und was nicht, ist noch völlig offen. So sind die Organisations- und Verwaltungskosten, die gerade in der Anfangsphase entstehen werden, kaum kalkulierbar. Und was die Personalkosten angeht, so sieht es nicht besser aus. Denn zum einen hängen sie davon ab, für wieviel Geld die Ökobank am Ende gezwungen sein wird, die beiden Bankleiter, die sie braucht, „einzukaufen" (eine scheußliche Wortwahl, die aber die Tatsachen wohl realistisch beleuchten dürfte) und zu versichern (für den Fall, daß sie sich als Fehlgriff herausstellen sollten).

Zum anderen sollte die Ökobank nicht den Fehler machen, zu stark auf das Selbstausbeutungsprinzip zu setzen. Die zahlreichen Berater und Kooperationspartner in den Regionen, auf deren Hilfe wir angewiesen sein werden (z.B. alternative Unternehmens- und Projektberater), werden nur im Ausnahmefall ehrenamtlich für uns arbeiten können. Sie haben, wie ich glaube, auch ein Anrecht darauf, bezahlt zu werden, genauso wie die ständigen Mitarbeiter in den Regionalgeschäftsstellen und -büros ein Anrecht darauf haben, tarifgemäß bezahlt und sozial abgesichert zu werden. Da es bisher keinerlei genaue Vorstellungen darüber gibt, wieviele ständig und vor allem, wieviele freie Mitarbeiter wir brauchen werden, sind auch hier die Kosten z.Zt. nicht kalkulierbar, und sie werden, was die Kostenentwicklung angeht, nicht zu viel versprechen. Im übrigen spricht auch dies-

Fortsetzung nächste Seite

In folgenden Regionen gibt es bisher Kontaktadressen:

Netzwerk Berlin, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61, 030-6913072
Aktion 3. Weg, Schwanenwik 32, 2000 Hamburg 76, 040-2202058/2509999
Ökobankini Schleswig-Holstein - Initiativzentrum c/o Richard Schmid, Königsweg 65, 2300 Kiel 1, 0431-673997 - Do. v. 10 - 18 Uhr -
Alf Baumhöfer, Lindenallee 4, 2900 Oldenburg, 0441-76636/04486-1565
Werner Daldorf, Hainholzweg 11, 3400 Göttingen, 0551-45071
Dr. Karl-Heinz Brendgen, Schlesische Str. 81, 4000 Düsseldorf, 0211-2291690
DER KOPIERLADEN, Dorotheenstr. 26, 4800 Bielefeld, 0521-123975
Frank Kittel, Dünnwalder Mauspfad 390, 5000 Köln 80, 0221-608440
Klaus Wehrend, Jakobstr. 21, 5500 Trier, 0651-44951
Ökobankini, Dörrwiese 4, 5552 Morbach, 06533-3534
Manfred Giebenhain, Friedrichstr. 8, 6123 Bad König, 06063-3779
Freunde und Förderer der Ökobank e.V., 6370 Oberursel 5, 06171-75030
Dieter Wallberg, Hauptstr. 66, 6901 Dossenheim, 06221-85762/06205-15650
Arbeitskreis Ökobank, Tiefenbachstr. 4, 7000 Stuttgart 61, 0711-427879
Andreas Rupp, Reutlinger Str. 13, 7412 Eningen
Dr. Michael Berger, Sundgauallee 55, 7800 Freiburg, 0761-85161
G. Walleitner, Bismarckstr. 11, 8000 München 40, 089-396223
Reiner Missale, Löweneckstr. 3, 8411 Penk, 09404-2515
Ulricke Hillebrand, Reutersbrunnenstr. 27 III, 8500 Nürnberg 80, 0911-225816
Klaus Fischer, Meierndorf 24, 8802 Burk, 09822-5086
Papyrus, Vorderer Lech 9, 8900 Augsburg, 0821-414880
Eduard Bühler, Ankergässle 8, 8960 Kempten, 0831-13193
Gerald Häfner, Ökobankini Oberschwaben, c/o Internationales Kulturzentrum, Humboldthaus, 8991 Achberg, 08380-335

Schließlich könnt ihr den Förderverein der Ökobank direkt unterstützen. Mitglied des Vereins werdet ihr mit einem Monatsbeitrag von DM 5,-. Das Konto des Vereins lautet: „Freunde und Förderer der Ökobank e.V.", Konto-Nr. 9531-600, Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60. Auch Spenden bitte nur auf dieses Konto!

„Freunde und Förderer der Ökobank e.V.", Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel

Ökobank Ökobank

Es ist noch ein langer Weg zur Ökobank....

bezüglich alles dafür, daß die Ökobank auf Zinsgewinne setzen muß, um sich hier Spielräume zu schaffen und zu erhalten (u.a. auch aus Gründen der Arbeitsplatzschaffung und -sicherung).

Sicherheiten

An dieser Frage **(der sechsten Bedingung)** entzünden sich regelmäßig kontroverse Diskussionen. Sicher ist: auch im Hinblick auf alternativökonomische Unternehmen und Projekte wird die Ökobank eine Kreditprüfung vornehmen müssen, wie sie das Kreditwesengesetz vorschreibt. Sicher ist auch: gerade diese Unternehmen und Projekte haben in der Regel Schwierigkeiten, einer Bank „klassische" Sicherheiten anzubieten. Sicherheitsübereignungen von Produktionsmitteln sind grundsätzlich problematisch, im übrigen auch für die Bank. Denn es müssen Zeitwertschätzungen vorgenommen werden, die genaue Kenntnisse in dem betreffenden Produktions-, Handels- oder Dienstleistungsbereich voraussetzen. Und selbst wenn die Wertabschätzung von kompetenter Seite vorgenommen wurde, können die Bankprüfer des Genossenschaftsverbandes diese in den meisten Fällen wahrscheinlich nach eigenem Ermessen nach unten hin „korrigieren", was für die Bilanz der Ökobank bedeutet, daß der entsprechende Kredit z.T. abgeschrieben werden muß. („wertberichtigt" wird, wie es so schön heißt). Wenn das häufiger passiert, bekommt die Ökobank Schwierigkeiten mit dem Prüfungsverband (da wird es ihr so ergehen wie allen anderen Banken auch).

Leider werden wir uns in der ersten Zeit auch nicht auf die objektive Tatsache berufen können, daß Pleiten im Bereich der Alternativen Ökonomie viel seltener vorkommen als etwa bei kleinen mittelständischen Unternehmen (was daran liegt, daß, worauf Karl immer hinweist, die Kollektive viel enger mit ihrem Unternehmen verbunden sind als die Belegschaften anderer Betriebe). Denn diese unabweisbare Tatsache läßt sich nicht quantifizieren. Es kann jedoch letztlich nur eine Frage der Zeit sein, bis das qualitative Bewertungskriterium „Zusammenhalt eines Kollektivs" als Sicherheitsmoment akzeptiert werden wird – die Praxis der Ökobank wird dafür sorgen (allerdings ist hier auch dann noch viel öffentliche Überzeugungsarbeit zu leisten). Anfangs aber wird uns der Hinweis auf diese Tatsache, wie gesagt, nicht weiterhelfen.

Was mithin bleibt, ist das Beschaffen von Bürgschaften oder der Abschluß einer Kreditversicherung. Erstens werden das weder die Unternehmen bzw. Projekte allein leisten können, noch wird die Ökobank ohne die Hilfe Dritter dazu in der Lage sein. Sie braucht hier wie vielleicht in keiner anderen Hinsicht die Unterstützung durch alternative Kreditvermittler, die dann eben auch Bürschaften vermitteln könnten, die Unterstützung durch Unternehmens- und Projektberater, will sie ihrem Förderauftrag gerecht werden.

Über die Möglichkeit, sich gegen Kreditrisiken zu **versichern**, ist bisher nur wenig nachgedacht worden. Bevor eine vorläufige Bewertung dieses Verfahrens vorgenommen werden kann, müßte vor allem genauer erkundet werden, welche zusätzlichen Kosten eine Kreditversicherung verursachen würde und wer diese Kosten tragen kann und soll.

Umso mehr wurde bisher über Bürgschafts- und Beteiligungseinrichtungen diskutiert. Die am wenigsten anonyme und bereits vielfach bewährte Form ist die der **Bürgengemeinschaft**: mehrere Menschen bürgen gemeinsam für einen Kredit an einen Betrieb, mit dem sie sich eng verbunden fühlen und den sie unterstützen wollen. Der Nachteil für den Betrieb: benötigt er das Geld u.U. sehr schnell (etwa zur Zwischenfinanzierung von Warenkäufen zur Weiterverarbeitung), bedarf es einer hinreichenden Zahl von Bürgen auf Abruf. Ein alternativer Unternehmensberater muß schon lange im Geschäft sein, bevor er eine entsprechende Kartei aufgebaut hat, oder ein Betrieb – etwa ein Bioladen – muß zu möglichst vielen Kunden in so engem Kontakt stehen, daß er jederzeit selbst die nötigen Bürgschaften besorgen kann (sicher im Prinzip ein erstrebenswertes Ziel). Außerdem dürfte es, was die Kreditsumme, die sich auf diese Weise absichern läßt, nach oben enge Grenzen geben. Jedoch könnte hier die Ökobank auch selbst etwas tun: sie könnte ihre Sparer dazu anregen, einen Teil ihrer Spareinlagen als Bürgschaften zur Verfügung zu stellen (für bestimmte Branchen oder Projekte) bzw. sich zu Bürgengemeinschaften zusammenzuschließen (gleiches gilt im Hinblick auf die Stärkung der Eigenkapitalbasis von Betrieben durch die Vermittlung von stillen Beteiligungen).

Für den Bürgen und damit auch indirekt für den Betrieb hat die Kreditbürgschaft gegenüber dem Direktkredit den erheblichen Vorteil, daß der Bürge sein Geld im Regelfall nicht herausgeben muß, sondern damit normal weiterwirtschaften kann, z.B. in Form eines Sparguthabens auf der Ökobank. Bürgschaften dürften daher für Betriebe leichter zu bekommen sein als Direktkredite. Die zwischengeschalteten Berater bzw. Vermittler müssen natürlich zuverlässig arbeiten und dürfen Bürgschaften nicht an nicht überlebensfähige Betriebe oder Projekte vermitteln. Geld ist eben Vertrauenssache.

Dieser Vorteil für den Bürgen wie für den Betrieb, daß ersterer unter normalen Umständen weiter über sein Geld verfügen kann, bleibt allerdings auch dann weitgehend erhalten, wenn anstelle des Vermittlers und der von ihm bei Bedarf zusammengebrachten Bürgengemeinschaft die rechtlich selbständige Institution der **Kreditgarantiegemeinschaft** GmbH – diese ist die am wenigsten komplizierte Rechtsform – tritt (regional oder landes- bzw. bundesweit für bestimmte Branchen organisiert). Hier werden jedoch von der Zielsetzung her nicht in erster Linie Privatbürgschaften vermittelt (auch wenn sie diese Dienstleistung übernehmen könnte), sondern es können auf der Grundlage einer soliden Eigenkapitalbasis, die zuvor allerdings erst einmal aufgebaut werden muß, im Bedarfsfall Bürgschaften schnell u.U. auch für größere Kredite herausgegeben werden. Die Entscheidung darüber, an welche Betriebe bzw. Projekte und für welche Zwecke Bürgschaften herausgegeben werden, sollte einem von den Eigenkapitalgebern möglichst unabhängigen Bürgschaftsvergabeausschuß anvertraut werden. Denn mit der Entscheidung über Bürgschaftsvergaben wird natürlich indirekt handfeste Wirtschaftsstrukturpolitik betrieben (was der Bürgschaftsvermittler im Fall der Bürgengemeinschaft im übrigen auch tut, allerdings geht es da in der Regel nicht um größere Beträge). Natürlich muß sich der Bürgschaftsvergabeausschuß auf das Vertrauen der Gesellschafter (gleich Kapitalgeber) stützen können, aber ein Stück Entflechtung von Kapital und wirtschaftspolitischer Macht ist auch hier wünschenswert.

Gleiches gilt im Prinzip für das Instrument **Beteiligungsgesellschaft**, das als Alternative von Hans-Gerd Nottenbohm, Wissenschaftsladen Bochum, vorgeschlagen wurde. Diese könnte bereits für den Fall, daß ein Unternehmen oder Projekt Schwierigkeiten auf sich zukommen sieht, fällige Tilgungsraten für einen Kredit aufzubringen, und es sich rechtzeitig meldet, mit diesem zusammen ein Konzept erarbeiten, wie die Zahlungsschwierigkeiten langsam behoben werden können, und sich ggf. für eine gewisse Zeit als stiller Gesellschafter an dem Unternehmen oder Projekt beteiligen. An die Stelle der Ausfallbürgschaft würde bei Kreditvergabe als Sicherheit eine Beteiligungszusage treten, die formal allerdings dasselbe wäre wie eine Bürgschaft.

Der Vorteil der Beteiligungsgemeinschaft gegenüber der Kreditgarantiegemeinschaft wäre jedoch, daß erstere nicht erst dann in Aktion treten würde, wenn es zu spät ist und das Kind im Brunnen liegt (der Kredit ausgefallen ist), sondern so rechtzeitig, daß der Kredit am Ende doch noch zurückgezahlt werden kann. Meines Erachtens sollte auf jeden Fall darüber nachgedacht werden, wie sich die drei Instrumente Versicherung, Ausfallbürgschaft und Beteiligung sinnvoll miteinander verbinden lassen. Die beste Sicherungseinrichtung wäre zweifellos die, der alle drei Instrumente zur Verfügung stehen, welchen Namen das Kind dann auch immer tragen mag.

Die Diskussion über Sicherungseinrichtungen steht z.B. in NRW erst noch am Anfang, in den meisten Bundesländern hat sie nicht einmal begonnen. Es wäre daher m.E. außer vielleicht in Berlin und Hessen unrealistisch, zu große Hoffnungen auf den Aufbau von **Bürgschaftsbanken** zu setzen. Ich bin mir im übrigen gar nicht sicher, ob dieses Instrument überhaupt für alle Bundesländer geeignet ist, ob sich z.B. in NRW der Aufwand überhaupt lohnt, der sich gegenüber dem Aufbau regionaler Kreditgarantiegemeinschaften noch einmal vervielfältigen würde. Ich denke, darüber wird noch viel zu diskutieren sein. Lassen wir damit nicht locker.

Karl-Heinz Brendgen

Finanzbericht des Vereins Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Für die Zeit vom 18.3. (Gründung) bis 31.12.1984

STATUS per 31.12.1984

AKTIVA		PASSIVA	
Kasse	63.06	**langfristige Verbindlichkeiten**	
Postscheck	62.456.82	Vorstandsdarlehen	
Forderungen	1.687.31	16.665.32	
		andere	
		126.500.00	143.165.32
		kurzfristige Verbindlichkeiten	
Defizit	113.661.97		**34.703.84**
	177.869.16		177.869.16

Aufwand- und Ertragsrechnung 18.3. bis 31.12.1984

Aufwand		**Ertrag**	
Personal	18.156.22	Mitgliedsbeiträge	26.984.14
Büroeinrichtung	2.254.01	Spenden	6.452.76
Geldverkehr	120.80	Broschürenverkauf	5.051.73
Porto und Fracht	16.068.70	Zinsen Treugeld	56.25
Telefon	2.053.30		38.544.88
Büromaterial	5.901.86		
Zeitungsausschnitte und Literatur	537.26		
Reisekosten	10.753.38		
Werbung:			
Broschüre	**31.115.07**		
Anzeigen	**36.638.86**		
Flugblätter	**16.922.49**		
Plakate	**2.160.30**		
Kinowerbung	**1.267.68**		
Sonstige	**1.662.30**		
	89.766.70		
Adressverwaltung	1.283.24		
Bewirtung	1.284.05		
Warenzeichen	360.00		
Beratung	2.109.00		
Buchhaltung	1.558.33	Verlust	133.661.97
	152.206.85		152.206.85

Der Verlust ist durch Kredite finanziert. Er kam in dieser Höhe zustande, weil wir die Zinsen für das bereits vorhandene Treugeld noch nicht als Ertrag gebucht haben. Bei der Höhe unserer Kreditaufnahme richten wir uns jedoch immer nach den erwarteten Zinseinnahmen für vorhandenes Treugeld.

Wir halten die Kosten im Verhältnis zum Treugeldeingang für zu hoch. Deswegen sind wir dabei, die laufenden Kosten der Zentrale auf DM 15.000 pro Monat zu reduzieren. Dazu kommen noch bisher nicht berechnete Kosten (Risikodarlehen) z.B. der Werbeagentur, die nur bei Gründung der Bank berechnet werden und Kosten der Rechtsanwälte und anderer Experten, die uns die Bank zulassen sollen. Welche Summen das ausmachen wird, können wir jetzt noch nicht abschätzen.

Bei 15.000 DM laufenden Kosten der Zentrale pro Monat und gleichbleibenden Treugeldeingängen und anderen Einnahmearten hätten wir bis Ende 1986 etwa 93.000 DM übrig. Damit könnten wir diese bisher unkalkulierbaren Kosten bezahlen.

Damit wären jedoch erst die nicht dezentralisierbaren Kosten gedeckt. Zum Finanzausgleich mit den Regionen müßte die Mitgliederwerbung und der Treugeldeingang beschleunigt werden.

Helmut Richter

Ökobank Ökobank

Aktionstage '85

Einsteigen in eine andere Republik!

Krebsmühle Oberursel · 20. - 22.9.1985

Öffentliche Arbeitstagung der Aktion Dritter Weg

mit Beiträgen von Michael Bader, Gerald Häfner, Wilfried Heidt, Christian Vierl, u.a., Berichten aus der Praxis der im Unternehmensverband assoziierten Betriebe und Diskussionen über zeitgemäße Wirtschaftsgesetze

Programm

Freitag, 20. September 1985

20.00 Uhr Begrüßung
20.20 Uhr Strukturelle Bedingungen der Selbstverwaltung des Arbeitslebens.
(Wilfried Heidt)

Sonnabend, 21. September 1985

10.00 Uhr Die ASH Krebsmühle, der Gastgeber der Aktionstage '85 stellt seine Arbeitsbereiche und Initiativen vor.
10.30 Uhr Dornen auf dem Weg ins Paradies
Der Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg – Grundlagen und Probleme.
(Michael Bader)
13.00 Uhr Mittagessen
15.00 Uhr Die Unternehmen der Aktion Dritter Weg.
(Christian Vierl)
16.00 Uhr Arbeitskreise
18.00 Uhr Abendessen
20.00 Uhr Überraschung der Dritten Art

Sonntag, 22. September 1985

9.00 Uhr Die direkte Demokratie als Hebel gesellschaftlichen Wandels.
(Gerald Häfner)
10.00 Uhr Seminare
12.00 Uhr Abschlußforum
13.00 Uhr Mittagessen und Abschluß der Tagung
15.00 Uhr Messe mit Produkten und Dienstleistungen aus dem Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg

Aktion Dritter Weg

ANMELDUNG
Aktionstage '85 · 20.–22.9.1985

Hiermit melde ich mich zu den Aktionstagen '85 an.

Ich nehme an folgendem Arbeitskreis teil:

- ☐ 1 Theorie – nein danke?
- ☐ 2 Entkoppelungen von Arbeit und Einkommen
- ☐ 3 Mitarbeiterselbstverwaltung statt Mitarbeiter-Führungsmodell
- ☐ 4 Selbstverwaltet arbeiten im kapitalistischen Umfeld
- ☐ 5 Kapitalneutralisierung

Ich nehme an folgendem Seminar teil:

- ☐ A Vernetzung – ja bitte!
- ☐ B Gründung von Unternehmen
- ☐ C Neue Produktgeneration
- ☐ D Aktion Volksentscheid

Gleichzeitig mit der Anmeldung habe ich die Anmeldegebühr von
☐ 30,00 DM
☐ 20,00 DM (ermäßigt)
überwiesen auf Ihr
Postgirokonto Nr. 697 91 – 202
beim Postgiroamt Hamburg
(BLZ 200 100 20)
Stichwort „Aktionstage '85". Übernachtung und Verpflegung bezahle ich am Ort.

☐ Ich habe keine Anmeldegebühr überwiesen, da ich Mitglied der Aktion Dritter Weg bin.

☐ Ich kann an der Tagung leider nicht teilnehmen, senden Sie mir aber bitte weiterhin Informationen über die Aktion Dritter Weg.

Bitte reservieren Sie für mich einen Schlafplatz (einschl. Frühstück) von
☐ Freitag auf Sonnabend (8,00 DM)
☐ Sonnabend auf Sonntag (8,00 DM)

Bitte reservieren Sie für mich in einem Hotel ein Zimmer (ca. 40,00 - 50,00 DM pro Bett und Nacht)

und zwar von
☐ Freitag auf Sonnabend
☐ Sonnabend auf Sonntag

Ich möchte an folgenden Mahlzeiten teilnehmen:
☐ Mittagessen Sa. (10,00 DM)
☐ Abendbrot Sa. (8,00 DM)
☐ Mittagessen So. (10,00 DM)
☐ Ich möchte vegetarische Kost.

Absender

. . . . . .
Vorname, Name

. . . . . .
Straße

. . . . . .
PLZ, Ort, Land

. . . . . .
Telefon

. . . . . .
Datum, Unterschrift

Bitte ausfüllen und im ausreichend frankierten Umschlag senden an
Aktion Dritter Weg e.V.
Geschäftsstelle
Schwanenwik 32
D-2000 Hamburg 76

Arbeitskreise

Theorie – nein danke?

Wilfried Heidt
Die sozialen Verhältnisse können nur durch die „Praxis", nicht aber durch neue „Theorien" verändert werden. Obwohl diese Ansicht auch in der Selbstverwaltungsbewegung weit verbreitet ist, muß sie energisch hinterfragt werden. Entscheidende Zukunftsimpulse können nur durch ein **erkenntnisgeleitetes** Handlen verwirklicht werden. „Rechtes Handeln entspringt aus rechtem Denken; und unrechtes Handeln entspringt aus verkehrtem Denken oder aus Gedankenlosigkeit." (R. Steiner) Die zu entwickelnden Grundlagen für ein verantwortungsbewußtes Handeln müssen aber von breiten Teilen der Bewegung getragen werden. Ist das möglich – trotz unterschiedlicher weltanschaulicher Herkunft der einzelnen Strömungen?

Entkoppelung von Arbeit und Einkommen

Rolf Saacke
Zu den Grundpfeilern zukünftiger sozialer Gestaltung zählt das von Rudolf Steiner formulierte Soziale Hauptgesetz und – als Konsequenz daraus – die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Wie kann dieser Anspruch erreicht werden und welche Probleme gibt es in Anbetracht der Tatsache, daß unser gesamtes Gesellschaftssystem nach dem Leistungsprinzip organisiert ist?

Mitarbeiterselbstverwaltung statt Mitarbeiter-Führungsmodell

Christian Vierl
Die hierarchische Ordnung im herkömmlichen Unternehmen sichert Machtpositionen und Privilegien der einen und verursacht Rechtsungleichheit und Unterdrückung für die anderen. Die alternative Ökonomie setzt dem die Mitarbeiterselbstverwaltung entgegen, als Grundlage für die freie Entfaltung der Fähigkeiten der Mitarbeiter und ihrer rechtlichen Gleichstellung. Muß darunter zwangsläufig die wirtschaftliche Effizienz leiden? Wo liegen die Grenzen der Demokratie des Unternehmens?

Selbstverwaltet arbeiten im kapitalistischen Umfeld?

Michael Bader
Alternativbetriebe sind den Bedingungen des kapitalistischen Marktes ausgesetzt. Interne Prozesse stoßen immer wieder an äußere Rechts-, Besteuerungs- und Finanzierungsstrukturen. Die Arbeitsgruppe befaßt sich mit den Möglichkeiten der Selbstverwaltungs-Bewegung, trotz dieser Probleme den Anfang einer postkapitalistischen Ökonomie darzustellen.

Kapitalneutralisierung

Peter Schata
Das Privateigentum an Produktionsmitteln muß von selbstverwalteten Betrieben überwunden werden. Welche Anforderungen sind an einen zeitgemäßen Eigentumsbegriff zu stellen? Wie läßt sich Kapitalneutralisierung unter den Bedingungen heutiger Rechtsstaatlichkeit verwirklichen– Welche heute möglichen Unternehmensformen sind geeignet, welche nicht? Welche Auswirkungen ergeben sich dabei auf Kosten, Finanzierungen, Gleichberechtigung...

Ort:
Krebsmühle Oberursel, Oberurseler Weg/ Frankfurter Straße – Ecke Krebsmühle. U-Bahn-Station: Niederursel (U 3), ca. 700 m Fußweg Richtung Weißkirchen (Oberurseler Weg).
Autobahnabfahrt Frankfurt-Bonames Richtung Kalbach, dann Richtung Weißkirchen.

Übernachtung:
Im mitgebrachten Schlafsack/Luftmatratze im Tagungsgebäude (8,00 DM pro Nacht einschließlich Frühstück).
In Hotels in der Nähe des Tagungsortes, ca. 40-50 DM pro Nacht einschließlich Frühstück (bitte frühzeitig bestellen).

Verpflegung:
Im Krebsmühle Restaurant. Sonnabend und Sonntag ein Mittagessen (je 10,00 DM), Sonnabend ein Abendbrot (8,00 DM). Eine Vorbestellung ist erforderlich. Bitte angeben, ob Sie vegetarische Mahlzeiten möchten.

Anmeldung:
Melden Sie sich zur Tagung bitte **bis spätestens zum 09.09.1985** an bei der Aktion Dritter Weg, Geschäftsstelle, Schwanenwik 32
D-2000 Hamburg 76
Tel.: 040-22 30 47

Anmeldegebühr:
Die Anmeldegebühr beträgt 30,00 DM (ermäßigt 20,00 DM). Überweisen Sie diesen Betrag bitte gleichzeitig mit Ihrer Anmeldung auf unser
Postgirokonto Nr. 697 91 – 202
beim Postgiroamt Hamburg
(BLZ 200 100 20).
Für Mitglieder der Aktion Dritter Weg entfällt die Anmeldegebühr.

Seminare

Vernetzung – ja bitte!

Michael Bader
Das Seminar befaßt sich mit den Fragen der konkreten Zusammenarbeit von Menschen, Projekten und Unternehmen mit dem Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg. Hier soll dem Anliegen derjenigen Interessenten entsprochen werden, die entweder eine Mitgliedschaft im Unternehmensverband anstreben oder ohne diese direkte Verbindung eng mit der Aktion Dritter Weg kooperieren wollen.

Gründung von Unternehmen

Peter Schata
Alles, was mit der Gründung und Führung von Unternehmen zusammenhängt, soll in diesem Seminar besprochen werden (geeignete und weniger geeignete Rechtsformen, Strukturen, Finanzierung, Verantwortung...).

Für eine neue Produktgeneration

Rolf Saacke
Den Mitgliedsunternehmen der Aktion Dritter Weg, aber auch anderen selbstverwalteten Betrieben ist es bislang nur in bescheidenem Umfang gelungen, Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die in ihrer ökologischen Qualität eine neue Produkt-generation darstellen. Eine notwendige Voraussetzung wäre der Aufbau neuer Forschungs- und Ausbildungsstätten, die von vernetzten selbstverwalteten Betrieben initiiert und getragen sein müßten. Welche ersten Schritte bieten sich an?

Das Unternehmen „Aktion Volksentscheid"

Wilfried Heidt
Gesellschaftlicher Wandel bedarf rechtlicher Werkzeuge, die in der Lage sind, die gegenwärtigen Rechtsordnungen, die uns an den Abgrund gesellschaftlichen Ruins geführt haben, entsprechend zu verändern. Wesentliches Instrument ist die direkte Demokratie, die es jedem Bürger ermöglicht, durch Volksentscheid sein eigenes Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Das Seminar führt in die Grundlagen der direkten Demokratie ein und gibt Auskunft über den derzeitigen Entwicklungsstand des „Unternehmens Volksentscheid".

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

"Steiners Erben" und Steiners Erbe

Zur Arbeitsrichtung des Unternehmensverbandes der Aktion Dritter Weg

Die Ideen einer Neugestaltung der Gesellschaft, die im Rahmen der Aktion Dritter Weg vertreten werden, basieren zum einen und wesentlichen auf der Sozialwissenschaft Rudolf Steiners und zum anderen auf Forschungsergebnissen, die im Zusammenhang des Prager Frühlings, vor allem durch Eugen Löbl, in die Diskussion gebracht wurden. Der Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg ist der Versuch, Elemente einer gesamtgesellschaftlich notwendigen Veränderung im Modell vorwegzunehmen und richtet sich grundsätzlich an alle interessierten Zeitgenossen.

Damit sind alle Menschen und Menschengruppen gleichermaßen angesprochen und es besteht kein Grund zur Annahme, die Aktion Dritter Weg distanziere sich etwa von Anthroposophen oder von der anthroposophischen Bewegung. Als Teil dieser Bewegung sucht die Aktion Dritter Weg die Zusammenarbeit mit jedem, der sich auf der Grundlage der Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus für einen grundlegenden Wandel des Systeme in Ost und West einsetzt.

Die Aktion Dritter Weg ist damit prinzipiell offen und hält dies für den richtigen Umgang mit dem sozialwissenschaftlichen Erbe Rudolf Steiners, für welches sie selbstverständlich keinen Alleinvertretungsanspruch erhebt.

Michael Bader

Betr.: Spargelder für selbstverwaltete Betriebe

Die Kreditvermittlung

Über die CONTRASTE-Rubrik „STATTwerke-Spezial" wollen wir regelmäßig selbstverwaltete Betriebe und Projekte vorstellen, die über die Kreditvermittlung private Darlehen für ihre Vorhaben suchen. Seit April 1984 läuft die STATTwerke–Kreditvermittlung; in dieser Zeit konnten nahezu 50 Projekte mittels privater Darlehen in der Größenordnung von über 1,5 Mio DM finanziert werden (einen Überblick hierzu gibt die Bilanz aus der letzten Contraste, S. 5). Hinter dieser Summe stehen ca. 300 Geldgeber/innen, die den direkten Weg der Geldvergabe gegangen sind – ein Weg, der wegführt von den Banken (die letztendlich das finanzieren, wogegen wir eintreten) hin zu solidarischen Formen des Umganges mit Geldmitteln.

Bevor einProjekt in die Kreditvermittlung gelangt, ist eine allgemeine Beratung unumgänglich: das der Finanzierung zugrundeliegende wirtschaftliche Konzept muß in sich schlüssig und tragfähig sein; ohne 100%ige Absicherung der Darlehen läuft nichts. Eine Beratung ist vor allem auch deshalb erforderlich, da nicht jede/r potentielle Geldgeber/in das entsprechende Projekt selbst„begutachten" kann: nicht selten fallen Wohnort der Darlehensgeber und Sitz des Projektes weit auseinander. Auch hieran wird gebastelt: um die räumliche Nähe von Geldgeber/in und Projekt zu gewährleisten, sind über Westdeutschland verteilt mehrere Direktkreditvermittlungen entstanden, die den gleichen oder ähnlichen „Service" anbieten, wie STATTwerke-Berlin (Adressen zum anschreiben und nachfragen s.u.). In der nächsten Contraste werden wir ausführlicher über FINANZWUNDER, dem Netz der westdeutschen Kreditvermittlungen, berichten.

ELEFANTEN–PRESS–VERLAG, Berlin

Gesamtsumme 40.000 DM
bereits finanziert -neu-

Im Frühjahr d.J. ist der Elefanten-Press-Verlag – der aufgrund seiner umfangreichen Publikationen auch bundesweit bekannt sein dürfte – in eine Fabriketage umgezogen. Notwendig wurde dies, da die Verlagsräume in der Zossener Strasse (hier befindet sich weiterhin die Elefanten-Press-Galerie) aus allen Nähten platzten und eine vernünftige Verlagsarbeit behinderten.

Für Einrichtung der neuen Räume, für Umbauten und Installationen werden insg. Darlehen von DM 40.000 benötigt, die über pers. Bürgschaften abgesichert werden und eine Laufzeit von 3 bzw. 4 Jahren haben.

ELEKTRO ELEKTRONIK, Hofheim

Gesamtsumme 28.500 DM
bereits finanziert 15.000 DM

In diesem Ausbildungskollektiv werden z.Zt. zwei Leute als Elektrotechniker ausgebildet; insgesamt arbeiten in diesem Betrieb 5 Leute. Unter Anleitung eines Meisters und eines Technikers werden auf Baustellen so gut wie alle elektrotechnischen Arbeiten durchgeführt.

Das Projekt wurde mit einem Eigenkapital von DM 32.000 gegründet, was für erste Anschaffungen, Investitionen und Raumausbau verwendet wurde. Für weitere Investitionen, in erster Linie Werkzeug, werden Darlehen benötigt, die über persönliche Bürgschaften abgesichert sind.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

SOZIALE SELBSTHILFE LÖRRACH e.V.

Gesamtsumme 15.000 DM
bereits finanziert -neu

Die SOZIALE SELBSTHILFE LÖRRACH ist ein selbstverwaltetes Projekt, das im Bereich ambulante Altenpflege und Altenbetreuung tätig ist. Das Projekt ist Mitglied im Dt. Paritätischen Wohlfahrtsverband und finanziert sich selbst großteils über Pflegesätze mittels Sozialamt.

Doch gerade diese in voller Höhe weiterhin zu entrichten, ist das Sozialamt in Lörrach – das Projekt scheint politisch unbequem – nicht mehr bereit, obwohl es dazu verpflichtet ist.

Die SOZIALE SELBSTHILFE LÖRRACH strebt mit Hilfe des Rechtsanwalts des DPWVs einen Musterprozeß – wichtig auch für andere alternative Selbsthilfeprojekte – an, da das Projekt mit den verringerten Zuwendungen finanziell nicht mehr tragbar ist. Ein rechtliches Gutachten weist dem Prozeßausgang gute Chancen bei. Dies weiß auch das Sozialamt in Lörrach, doch das Projekt soll scheinbar finanziell ausgetrocknet werden.

Bis Prozeßausgang sind die laufenden Kosten der SOZIALEN SELBSTHILFE LÖRRACH zwischenzufinanzieren.

Das Projekt benötigt einen Kredit über 15.000 DM über die Direktkreditvermittlung, um ihr Finanzloch zu stopfen. Die Zinsen sollten sich dabei um die Inflationsrate bewegen. Als Sicherheit dient ein Zugriffsrecht über besagte Summe auf einen festen Zuschuß des DPWVs zum Jahresende.

Das Netzwerk Dreyecksland unterstützt das Projekt bereits, eine Unterstützung seitens Der Grünen wird versucht.

SALATRESTAURANT, Berlin

Gesamtsumme 30.000 DM
bereits finanziert -neu-

Eines unserer ersten Projekte in der Kreditvermittlung war der Backstern, eine Vollkornbäckerei, in der psychisch behinderte und gesunde Menschen zusammenarbeiten. Ein weiteres Projekt, das nach dem gleichen Konzept geplant ist, stellt dieses Salatrestaurant mit vollwertigen Dauerarbeitsplätzen für Psychiatriebetroffene dar. Die finanziellen Mittel werden für die Ausbauten der Räumlichkeiten benötigt und sollten eine Laufzeit von 2-3 Jahren haben.

METALLBÄCKEREI, Kiel

Gesamtsumme 25.000 DM
bereits finanziert -neu-

Die Metallbäckerei ist ein Handwerkskollektiv im Bereich Maschinenbau und Elektrotechnik. Vier Leute, deren Ziel die Einzelanfertigung von speziellen Apparaten und Maschinen ist, arbeiten bereits seit 3 Jahren zusammen. Vorläufig trägt sich der Betrieb noch über den Bau von Industrie- und landwirtschaftlichen Hallen.

Dringend gebraucht werden noch einige Werkzeugmaschinen (Universalbank, Fräse, Abkantbank, WIG-Schweißgerät). Als Sicherheiten sollen die Maschinen übereignet werden; zusätzlich liegen persönliche Bürgschaften vor.

PRO FAMILIA, Bielefeld

Gesamtsumme 60.000 DM
bereits finanziert 31.600 DM

Für die Startfinanzierung eines neu einzurichtenden medizinischen Bereichs (Schwangerschaftsberatung und -abbruch) benötigt Pro Familia einen Kredit über Stattwerke in Höhe von 60.000 DM. Gut die Hälfte haben wir in knapp einem halben Jahr vermitteln können.

Damit soll für den gesamten Raum Ostwestfalen ein Ort entstehen, wo in einem integrierten Beratungskonzept Schwangerschaft/Abbruch mit Problemen der Partnerschaft und Sexualität verknüpft werden, und ein Abbruch in frauenwürdiger Umgebung vorgenommen werden kann.

Zinssatz d. Kredite max. 4%, Laufzeit 3-4 Jahre. Da Pro Familia z.Zt. politisch der Wind ins Gesicht bläst, und das Geld dringend benötigt wird, gebt Euch mal 'nen Ruck, und erleichtert das Bankkonto.

FRAUENHAUS BIELEFELD

Gesamtsumme 80.000 DM
bereits finanzier 68.400 DM

Die Frauen vom Frauenhaus Bielefeld haben Mitte des Jahres 1984 das Haus für 360.000 DM gekauft, in dem sie bereits seit 1977 gearbeitet haben. Für diesen Kauf hatte Stattwerke bereits 40.000 DM private Kredite vermittelt. Der Besitzer hatte allerdings einen Restbetrag von 80.000 DM offengelassen, der 1985 zu zahlen ist. Davon hat Stattwerke bereits 68.400 DM vermittelt, so daß lediglich 11.600 DM offen bleiben.

Als Sicherheit dient eine Grundschuld. Zinszahlungen sollten 3% nicht übersteigen. Also, Frauen – und Männer, werdet mal aktiv, damit die 80 Mille zusammenkommen.

Die Kreditvermittlung - so geht's los

Sofern jemand an der Finanzierung eines der hier aufgeführten Projekte interessiert ist und darüberhinaus weiteres Info–Material wünscht (z.B. Rundbrief, Broschüre zur Kreditvermittlung), schicke man uns einige Zeilen:

STATTwerke
Paul-Linke–Ufer 44a
1000 Berlin 36

Die hier vorgestellten Projekte sind lediglich eine Auswahl von 20 Projekten, die gleichzeitig im Rahmen der Kreditvermittlung unterkommen. Nach Aufnahme und erfolgter Beratung werden pro Betrieb Unterlagen erstellt, die im wesentlichen folgendes enthalten: Selbstdarstellung der Mitarbeiter/innen, Kurzgutachten von STATTwerke mit Hinweisen auf Zinsangebote, Tilgungsmodalitäten, Sicherheiten u.a., desweiteren den ausgearbeiteten Darlehensvertrag und – sofern möglich – weiteres Projektmaterial. Wer Interesse am System der Kreditvermittlung hat oder bereits Darlehensgeber/in ist, wird in unseren Verteiler aufgenommen und auch weiterhin mit Informationen versorgt, die über Projektdarstellungen hinausgehen.

Also – zuviel Geld auf dem Sparbuch und kein Vertrauen in die Geschäftspraktiken der Banken? Warum noch zögern – die Kreditvermittlung funktioniert, hier und auch anderswo!

LÄUFERTSMÜHLE, Neckargerach

Gesamtsumme 80.000 DM
bereits finanziert 21.000 DM

Die Läufertsmühle ist ein seit 5 Jahren bestehendes Tagungshausprojekt im Odenwald. Dringend notwendige Sanierungs- und Umbaumaßnahmen stehen an, um neben dem selbstverwalteten Tagungs- und Seminarbetrieb weitere Bereiche erschließen zu können (Forellenzucht, Wiederinbetriebnahme der Mühlenturbine zur Energienutzung, Werkstatt als eigener sowie Gruppenarbeitsbereich).

Die Gesamtfinanzierung (ca. 700.000) muß zu einem Drittel über Privatdarlehen getragen werden. Die Absicherung erfolgt über einen sog. Bereitstellungskredit, so daß Darlehen jederzeit kündbar sind bei ca. 3-6% Zinsen.

Direktkreditvermittlungen

Baden-Württemberg	
Freiburg	Netzwerk Dreyecksland Habsburgerstr.9, 7800 Freiburg 0761/55 12 80
Karlsruhe	IBEK-Kreditvermittlung, Zähringer Str. 41 7500 Karlsruhe 1 0721/37 40 22/3
Stuttgart	Netzwerk, Neckarstr. 178 7000 Stuttgart 1, 0711/26 42 50
Heidelberg	Netzwerk Nordbaden Kleinschmittstr.9 6900 Heidelberg 06221/1 44 17
Bayern	
Augsburg	Netzwerk Vorderer Lech 9 8900 Augsburg, 0821/51 15 01
Nürnberg	Netzwerk Franken, Hochstr. 23 8500 Nürnberg 70, 0911/28 96 58
Landsberg	Netzwerk, Salzgasse 127/II 8910 Landsberg, 08191/471 78
München	Bankinitiative für Frieden und Ökologie Kobellstr. 10, 8000 München 2 089/53 51 31
Berlin	
Berlin	STATTwerke, Paul-Linke-Ufer 44a 1000 Berlin 36, 030/611 59 04
Bremen	
Bremen	Netzwerk, Fehrfeld 60 2800 Bremen 1, 0421/70 45 81
Hamburg	
Hamburg	Netzwerk, Gausstr. 17 2000 Hamburg 50, 040/39 51 51
Hessen	
Frankfurt	Verband der selbstverwalteten Betriebe Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 11 069/49 20 33
Nordrheinwestfalen	
Aachen	Netzwerk im Öko-Zentrum Charlottenstr. 6, 5100 Aachen 0241/54 18 63
Bonn	Netzwerk, Wolfstr. 10 5300 Bonn 1, 0228/63 48 80
Dortmund	Netzwerk Ruhrgebiet-Ost, Lange Str. 79 1/2 4600 Dortmund 1, 0231/14 84 33
Saarland	
Saarbrücken	Netzwerk – Alte Feuerwache – Landwehrplatz, 6600 Saarbrücken 3, 0681/390 55 38

8.-10. März 1985

Schreinertreffen in Freiburg

Nachtrag zum Treffen der Arbeitsgruppe ORGANISATION/STRUKTUREN

Anwesend: Kubis Villingen-Schwenningen, Elefanten, Holzcoop Aachen, Holzwerkstatt Kornwestheim, HWG Mannheim, HWG Bodelshausen, Baier-Grüber Köln, Holzwerkstatt Gottenheim, Holzmanufaktur Stuttgart, Biiraboom.

1. Austausch der gröbsten Kriterien für die Kalkulation

1/3 Material (20% Verschnitt)
2/3 Arbeitszeit
17 bis 25% Wagnis und Gewinn
5% Lager
Mehrwertsteuer
Endpreis

Diese Werte ergaben sich aus den ungefähren Daten der Anwesenden. Richtig interessant wurde es dann, als wir an konkreten Produkten die Ansprüche und die daraus resultierenden Endpreise besprachen. Beim Bettenbau ergaben sich vom einfachen Grundmodell in Kleinserie bis zum Modell mit eigenem Rost und Füßen Preise von 350,– bis 1000,–. Dieser Preisunterschied und der damit erreichbare Kundenpreis sprechen für sich.

2. Organisation

Ein Wort, das immer wieder auftauchte, war „Produktivität". Es geisterte in den unterschiedlichsten Zusammenhängen durch die Diskussion. Oftmals standen Klagen im Raum, daß die Kolleltive viel zu wenig produktiv seien und daß diese unter allen Umständen gesteigert werden müsse. Bei einer genaueren Analyse fanden wir dann heraus, daß in herkömmlichen Betrieben die Arbeit der oder des Chefs bzw. Buchhalter in die Produktivität der Handwerker nicht eingerechnet wird. Da wir in den Kollektiven diese Arbeit jedoch in der Regel gemeinsam ausführen, kann der Werkstattanteil selbstverständlich nicht der gleiche sein.

Desweiteren bedeutet eine Produktivität eben auch das Zurückdrängen der Inhalte, für die wir stehen wollen. Da die Löhne relativ niedrig, die Zeit der Anwesenheit aber sehr hoch ist, läuft ja offensichtlich in der sogenannten unproduktiven Zeit das ab, was z.T. den Inhalt ausmacht. Dies bedeutet de facto doch mehr Lebensqualität, die sich mit der Lohntüte nicht messen läßt.

Ein weiterer kritischer Punkt war, daß sich still und heimlich wieder Entwicklungen andeuten, Typen oder Frauen nur für die Dreck- oder Stumpfsinnsarbeit anzustellen, um konzentrierter an der eigentlichen Arbeit bleiben zu können. Erleichtert wird dies dadurch, daß es in der Scene Leute gibt, die ab und zu Geld in lockerer Atmosphäre verdienen wollen (Jobber). Meist sind diese im Gefüge des Betriebs nicht verankert (auch auf eigenen Wunsch), steigern aber ohne Zweifel den Mehrwert mit. Bekommen sie dann auch noch weniger Geld, da „minderwertige" Arbeit, sind wir an einem Punkt, an dem das politische Bewußtsein einer Bewegung zu messen ist.

Selbstverständlich tragen diese Leute, ob nun in der Küche oder beim Kloputzen, Plattensägen o.ä., zur Wiederherstellung und Erhaltung der Arbeitskraft des Einzelnen bei und haben somit zumindest Anspruch auf den gleichen Lohn, wenn nicht sogar auf den gleichen Stand im Kollektiv. Denn sonst sind die gängigen Hierarchien bald mit dem Vorsatz „Alternativ-" zu versehen.

Grüssle Andreas (Biiraboom)

Leserbrief

Möcht noch wat schreiben zur Effektivität von Treffen, zu Kritik und Frust, wat wie bei anderen Treffen auch diesmal auf'm Abschlußplenum hochkam.

Dat war sicher nicht besonders effektiv an konkreten Ergebnissen (in der AG Ausbildung teilweise schon!), dat war aber auch erst dat dritte Treffen. Ob das sechste, neunte besser wird, bleibt doch wohl uns überlassen! Find gut, daß jetzt für's nächste Mal **jede** AG von Leuten vorbereitet wird!

Aber auch vorbereitete Sachen (Warenzeichen, Oberflächenbehandlung) sind schon nix geworden. Wichtig find ich dann nich abzuspringen, weil die Kontinuität, Hintergrund von gewesenen Treffen, nich immer bei 0 anfangen, genauere Informationen, Vorstellungen von den einzelnen Betrieben haben, für mich wesentlich sind für's Weiterkommen, schneller was auf den Punkt bringen sind (gerade bei Themen wie Arbeitsorganisation, Betriebsstruktur, Ausbildung).

Was gut wär, is, wenn wir's schaffen nich nur vonner Arbeit weg zum Treffen zu düsen, sondern in den Betrieben inner Woche vorher sich mal 2, 3 Stunden zusammenzusetzen und konkrete Vorstellungen zu kriegen, was in den AG's laufen soll – oder vorher schon mal bei denen die's Thema vorbereiten sollen nachhören, was kommt.

Kräftig auf'n Keks gehen tun mir die, die: selbs nix vorbereitet haben + womöglich's erste Mal kommen + **auch keine konkreten Vorschläge machen können** + sich über gefühlsseelige Anfänger erheben + die/den gestandenen Alt-Kollektivistin/ten raushängen + sich über Ineffektivität auslassen und daß ihnen das alles nix bringt - und total bescheuert fänd ich wenn das Stimmungen bringt, die uns die Energie nehmen, was vorzubereiten- (in der Hinsicht fand ich das Abschlußplenum sehr gut)- oder deswegen Leute ganz wegblieben.

'n Gruß, Thomas, Freiburg

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Arbeitsgruppe Ausbildung

Fünfzehn Menschen fanden sich in dieser Arbeitsgruppe zusammen, die zunächst beschlossen, zwei Gruppen zu bilden (Ausbilder-Auszubildende), in der Hoffnung, die Ansprüche der Gruppen klar formuliert zu kriegen. Im Nachhinein erwies sich diese Trennung als nicht sinnvoll. Vielleicht wäre das Thema "Gemeinsames Lernen" wertvoller gewesen, um einen Umgang mit den Hierarchiekonflikten aufzuzeigen.

Letztendlich kamen wir zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Ausbildung ist eingebettet in den Produktionsprozeß und somit nicht losgelöst von wirtschaftlichen Gesichtspunkten (außer in rein schulischen Werkstätten.)
2. Gerade in der Lehrlingsgruppe wurde klar, daß das fachgerechte Verarbeiten des Werkstoffes "Holz" mit Planung zu tun hat und Informationen über Zusammenhänge notwendig sind. Ausbildung darf nicht Handlangerei und billige Arbeitskraft sein! Das ist ja auch in den Richtlinien der Handwerksverbände festgelegt.
   Gerade in der ersten Zeit ist es unmöglich, den Gesamtüberblick zu begreifen. Wenn der Lehrling ständig den Anspruch in sich trägt, diesen Überblick voll zu erfassen, kann sein Selbstbewußtsein schlecht wachsen.
   Die Ausbilder haben die fachliche Weisheit ja auch nicht mit dem Löffel gefressen und sollten sich darüber klar sein, daß sie immer nur Möglichkeiten über das "Wie" anbieten.
3. Es kristallisierte sich schließlich die Tatsache heraus, daß es für die/den Auszubildende/n unumgänglich ist, innerhalb der Arbeit in der Werkstatt ein bestimmtes Maß an "produktionsfreier" Zeit zu haben, in der sie/er Muße findet, Übungsarbeiten o.ä. für sich zu machen.
4. Viel Anklang fand die Idee, des Lehrlings- oder Gesellentausches innerhalb kollektiver Betriebe, was von manchen Betrieben momentan bereits praktiziert wird.

Abschließend wäre zu sagen, daß die gesamte Ausbildungsgeschichte von der Betriebsstruktur und den einzelnen Personen bestimmt wird und eine Auseinandersetzung über dieses Thema nicht aufhören darf.

Arbeitsgruppe Kalkulation, Preise, Struktur

Unsere Arbeitsgruppe hatte ein Thema zum Anfassen. Es ging um betriebliche Struktur, Kalkulation, ein paar Zahlen sollten auch mal auf den Tisch. Die Arbeit der Gruppe begann recht zäh, in der Mitte wurde es etwas lebhafter, in der zweiten Hälfte war uns der Stoff und auch manche Leute ausgegangen. Insgesamt ging es über ein nettes Gespräch wenig hinaus. Das Grundproblem ist: die Probleme unterschiedlicher Kollektive (Anzahl der Mitarbeiter/ Alter des Kollektivs) lassen sich nicht unter einen Hut d.h. in eine Arbeitsgruppe bringen. Das scheint mir für die Zukunft der Schreinertreffen ziemlich gefährlich. Denn eine Teilung führt schnell zu „ausgeschlossenen" Betrieben.

Einmal sollen die sich gründenden Kollektive nicht zu kurz kommen mit ihrem Wunsch nach Information, andernseits auch nicht die, die ihre Probleme lieber nur mit ähnlich strukturierten Betrieben austauschen wollen. Vorstellung für das nächste Treffen ist eine Kleingruppe von ca. 5 Kollektiven, die sich im stillen Kämmerchen zusammensetzen kann. Bedingung für die Teilnahme soll die Vorbereitung dieser AG sein. Die Aachener Holzcoop hat einen vorbereiteten Fragebogen nebst Kalkulationsbeispiel an neun Betriebe ähnlicher Größe und Struktur verschickt. Der erste Fragebogen kam ausgefüllt schon nach einer Woche zurück. Toll! Wir hoffen auf weitere Ideen und Kritiken zur Vorbereitung.

Michael Toepffer (Holzcoop Aachen)

ARBEITSGRUPPE STRESS, ARBEITSTEILUNG, MACHTSTRUKTUREN

Unsere Arbeitsgruppe stellte sich die Frage, welche Auswirkungen haben die alten Ideale wie selbstbestimmtes Arbeiten, keine Hierarchie und keine Arbeitsteilung, jeder macht alles vom Aufmessen über Kalkulation bis zum Ausliefern eines Auftrages.

Das Ergebnis war: immer weniger Freizeit, die Gedanken an den Betrieb verfolgen uns bis in den Abend hinein, ins Wochenende, manche sogar in die Träume. In Ruhe an einem Werkstück arbeiten läuft auch nicht: hier ein Telefongespräch, da ein Kunde, und nun kommt auch noch ein Vertreter. Tja, und dann wollen die Kollegen ja auch noch was von Dir. Wenn mensch ständig herausgerissen wird, wird die Arbeit uneffektiv, weil mensch sich ständig neu reindenken muß.

Aus dieser Erfahrung heraus war aus unserer Arbeitsgruppe keiner mehr ein absoluter Gegner von Arbeitsteilung. Es wurden verschiedene Modelle angesprochen, von denen keines eine Ideallösung für alle Kollektive sein kann, weil das stark von der Betriebsorganisation abhängt. Manche Modelle lassen sich z.B. auf kleine Betriebe mit drei Leuten gar nicht anwenden. So z.B. das Modell der absoluten Arbeitsteilung, bei dem einer im Büro sitzt und organisiert, kalkuliert usw., die anderen in der Werkstatt arbeiten. Dabei können sich aber schnell Machtstrukturen herausbilden: der/die im Büro hat das Sagen, denn er/sie hat ja mit dem Kunden geredet, hat den Durchblick bei Organisation, Kostenfaktoren etc. Eine weitere Möglichkeit ist die jährliche bzw. halbjährliche Rotation der Büroarbeit. Doch auch da gab es Skepsis, nämlich daß die Arbeit dann doch irgendwann an demjenigen hängenbleibt, der am besten eingearbeitet ist oder auch den größten Spaß an der Büroarbeit findet, weil es erstens effektiver und zweitens auch bequemer ist.

Die größte Zustimmung fand bei uns das Springer-Modell, das z.Zt. bei der Aachener Holzcoop ausprobiert wird. Dabei wird jeden Monat oder auch nach Abschluß eines größeren Auftrages ein neuer Springer eingesetzt, der den ganzen Kleinkram macht. Er ist verantwortlich für Telefon, Kleinaufträge, Einkäufe und teilweise Kalkulation. Dadurch haben die anderen den Kopf frei für ihre Aufträge und können alles, was sonst im Laufe des Tages auf alle in der Werkstatt einstürmt auf den Springer abwälzen. Der hat dann allerdings für diese Zeit das Gefühl, nichts Effektives zu schaffen und nur „durch die Gegend zu springen". Aber wenn das auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt ist, läßt sich das wohl aushalten.

Welches Modell bevorzugt wird, hängt natürlich auch vom Selbstverständnis des Kollektives ab, das sich aber durchaus mit der Zeit durch materielle Zwänge ändern kann. Aber auch die Art der Bezahlung spielt in die Arbeitsteilung hinein. Wenn mensch sich einen Stundenlohn auszahlt, der auf beim Kunden abrechenbaren Stunden beruht, lassen sich manche Modelle nicht verwirklichen.

Wenn mensch sich Stundenlöhne auszahlt, kann jeder soviel/sowenig arbeiten wie er will/muß. Die Gefahr dabei ist, daß die Identifikation mit der Werkstatt bei denen, die weniger arbeiten, schnell geringer werden kann als bei denen, die dort viel arbeiten. Und wer macht dann die unproduktiven (unbezahlten) Werkstattstunden?

Eine andere Möglichkeit der Bezahlung ist gleicher Lohn für alle oder auch Bedarfslohn bei gleicher Arbeitszeit, wobei auch Kindertage für Eltern berücksichtigt werden können. Dabei wird allerdings der psychische Druck, genausoviel bzw. genausowenig zu arbeiten wie die anderen, als sehr stark empfunden: „Ich kann mich doch jetzt nicht in die Sonne legen, wenn die anderen hier malochen!".

Das Thema Machtstrukturen ist heikel. Da wollte keiner aus unserer Arbeitsgruppe so recht mit der Sprache raus, wie das im eigenen Betrieb gehandhabt wird. Es wurde eigentlich nur festgestellt, daß durchaus nicht immer der mit dem größten Fachwissen sich durchsetzen kann, sondern oft der mit der größeren Überzeugungskraft und Redegewandtheit.

Ich fand es gut, mal aus meinem Werkstattmief rauszugucken und zu hören, wie es andere machen. An dem Punkt Arbeitsteilung und Machtstrukturen wird es für mich beim nächsten Treffen wohl weitergehen.

Da die Arbeitsgruppenprotokollanten schon so fleißig zum Stift gegriffen haben, will ich nur kurz was über den allgemeinen Ablauf des Treffens sagen.

Freitagabend hockten wir uns im Plenum zusammen und redeten drüber, an welchen Themen Interesse bestehe und entschieden, welche AG's am nächsten Tag stattfinden sollten. Das waren AG Soziale Absicherung, AG Gründungsphase, AG Ausbildung, AG Verwaltung, Kalkulation, Büro, AG Machtstrukturen, Arbeitsteilung, Stress. Inhaltlich vorbereitet war keines der Themen.

Das Samstagabend-Plenum nach einem ganzen Tag in Arbeitsgruppen brachte kaum mehr als die Berichte der AG's. Mehr oder minder ausgeschlafen war Sonntag morgen dann die Kritik zu hören, die AG's hätten besser vorbereitet sein müssen, sonst finge man/frau immer wieder von vorne an, bei der ohnehin schon kurzen Zeit. So wurde beschlossen, daß Themen für das nächste Treffen von einzelnen Kollektiven vorbereitet werden, da die Ausrichter des Treffens überfordert seien, wenn sie neben der Organisation noch die Vorbereitung der Themen übernehmen sollen. Themenvorbereiter und „Kontaktkollektive" für die Themen des nächsten Treffens sind

– Idee-Design-Material:
Weko-Holzwerkstatt
Ritteln 12
7981 Grünkraut
0751/64279

– Soziale Absicherung:
Holzbock
Brauerstr. 28-30
6600 Saarbrücken
0681/398808 (Jürgen Kaiser)

– Kooperation: Markenzeichen:
Biiraboom
Birkenstr. 2
7053 Stetten

– Ausbildung:
(gesetzl. Vorauss., Ausbildungsplan, didakt.-päd. Aufbereitung)
Zwischentreffen geplant
Holzcoop
Brabantstr. 73
5100 Aachen
0241/504938 (Gitta Dreisau)

– Kalkulation:
(AG „stilles Kämmerlein")
Holzcoop Aachen

Ausrichter des nächsten Treffens, das voraussichtlich Ende August/ Anfang September in Krefeld stattfinden wird, ist das
Tischlerkollektiv Legno
Kröserstr. 22
4150 Krefeld-Hüls
Schafft's gut. Bis dann

Hartmut

Das in CONTRASTE 8/85 angekündigte
TISCHLERINNENTREFFEN
findet von Fr 21.6. bis So 23.6. auf der Burg Waldeck, 5449 Dorweiler (Hunsrück) statt. Für Übernachtung entstehen Gesamtkosten von rund DM 20,–; dazu kommen Kosten für Selbstverpflegung.
Schriftliche Anmeldung (bis spätestens 12.6.85) an:
Ulrike, Handwerkergenossenschaft, Verbindungskanal linkes Ufer 20–24, 6800 Mannheim

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Rundbrief — Theoriearbeitskreis

SOMMERSEMINAR TAK – AÖ DER AG SPAK IN ALTENMELLE/B. BIELEFELD

So 28.7.	Mo 29.7.	Di 30.7.	Mi 31.7.	Do 1.8.	Fr 2.8.	Sa 3.8.	So 4.8.	Mo 5.8.	Di 6.8.	Mi 7.8.	Do 8.8.	Fr 9.8.	Sa 10.8.
Anreisetag	I. Zukunft der Frauenarbeit (Martina Raki, Uta Steinhäuser)							IV. Ökologisches Bauen (Julia Barkholz)					
	Utopien Sammlung von Wünschen	Frauenarbeit traditionell	Frauenarbeit in Projekten	Vergleich traditionell und projektbezogene Arbeit	Reflektionen mit den Utopien des 1. Tages Strategien			?	?	?	?		
18 Uhr Arbeitsorganisationstreffen 20 Uhr Vorstellungsrunde (Anwesenheit aller unbedingt erforderlich!)	II. Selbstverwaltung – Lernprozeß auch für uns Männer Haben wir uns positiv verändert? (Hans Topf, Uwe Mädger)						14 Uhr TAK - AÖ	V. Technologie in Alternativbetrieben (Hauke Benner)					
	Start	Haben „Linke" Männer mehr oder weniger Rollenprobleme?	Konkurrenz unter uns	Begegnung mit Frauen				Geschichte der Technikentwicklung	Wie funktioniert eine EDV - Anlage?	Wie verändern sich Arbeitsplätze durch EDV-Anlagen?	Enteignung des Denkens Hein Taylor und Computer	Was ist alternativ am Computer?	
	III. Finanzierung und Kommunikation der SV – Betriebe und Projekte (Karl Bergmann, Bernd Scheda)							VI. Gruppe 2000 (Rolf Schwendter) ein Entwurf für vernetzte Organisationen in alternativen Zusammenhängen					
	Ökobank – Konzeption Infos, Hintergründe, aktueller Stand		Politische und Ökonomische Perspektive der Ökobank	CONTRASTE - die Zeitung für Selbstverwaltung?	Staatsknete/ SV-Sektor Bestandsaufnahme aus den Bundesländern			Ganzer Tag Ein leider noch immer aktueller Entwurf aus dem Jahre 1974	X	X	Nachmittag Was ist heute noch aus dem Entwurf zu lernen	Ganzer Tag Der Entwurf und alternative Zusammenhänge	
				Abends Haftungsassoziation Direktkreditvermittlung, Stand und Perspektiven									

Das Sommer-Seminar ist auf 50 Teilnehmer/innen/Woche begrenzt. Die Teilnehmenden sollten jedoch möglichst 2 Wochen teilnehmen (Problem der Fluktuation). Kosten 140 DM mit Verpflegung.

Anmeldung: Uwe Mädger, 2800 Bremen, Beim Steinernen Kreuz 10, Anmeldeschluß: 6.7.85, Anmeldegebühr 70 DM auf das Konto Sparkasse Bremen Kto.-Nr. 11977998 (BLZ 290 501 01)
Bei der Anmeldung muß angegeben werden, an welcher Arbeitsgruppe die Leute in welcher Woche teilnehmen wollen.
Wer ein eigenes Thema anbieten will, sollte das auch vermerken. Filme (VHS-Video) zu den Themen können mitgebracht und diskutiert werden. Kulturelle Beiträge aller Art sind erwünscht.

Theorie - Arbeitskreis Alternative Ökonomie

Einen bundesweiten Diskussionszusammenhang zu Themen der alternativen Ökonomie bildet der **TAK AÖ**. In ihm finden sich Menschen zusammen, die sich wissenschaftlich mit dem Thema beschäftigen, die in Projekten arbeiten, die in den regionalen Netzwerken engagiert sind, in SV-Betrieben arbeiten, und/oder auf der Suche nach Alternativen sind usw.

1979, im Jahr seiner Gründung, stellte der TAK AÖ folgenden Fragenkatalog als **Ausgangspunkt** seiner Arbeit auf:

1) zum gesamtgesellschaftlichen Stellenwert der alternativen Bewegung
2) zum Produktionsprozeß in der alternativen Bewegung
3) zu Konkurrenz und Kooperation in der alternativen Bewegung
4) zur Revenueherkunft und Konsumtion
5) zur Vernetzung
6) zu Allokation, Region, Weltmarkt
7) **zur Subjektivität der Beteiligten**

Die Fragestellungen werden im TAK AÖ nicht systematisch durchgearbeitet, sondern bilden eine Strukturierung, aus der bestimmte Schwerpunkte eingehender behandelt werden, je nachdem, mit welchen Themen sich die Beteiligten gerade intensiv beschäftigen.

Genossenschaften, neue Wohungsbaugenossenschaften, weibliche Produktionsweise, Arbeit in sozikulturellen Zentren, Kennenlernen der ASH in Oberursel waren ebenso Diskussionsschwerpunkte wie die Frage: Wer sind die Träger der Alternativen Ökonomie? – Zwischen Neuen Selbständigen und Massenarbeitslosigkeit. Demokratische Betriebsmodelle, ÖKO-BANK und ökol. Bauen standen ebenso auf dem Themenkatalog.

Wie organisiert sich der TAK AÖ?

1) es finden jährlich drei **Wochenendtagungen** statt, i.d. Regel im Febr./Mai u. Nov., wobei das Mai-Seminar zur Vorbereitung des Sommer-Sem. diente.
2) auf dem jährlichen **2-wöchigen Sommerseminar** ist ein intensives Arbeiten möglich. Das Seminar wird in Selbstorganisation durchgeführt; besteht auch aus praktischen Arbeiten am und für das Tagungshaus. Theoretische Arbeit und kulturelle Gestaltung haben gleiche Bedeutung. Es wird eine Tagungszeitung erstellt mit Protokollen, Materialien und kulturellen Beiträgen. In der Selbstversorger-Küche kochen wir vegetarisch und nicht-vegetarisch.
3) der **RUNDBRIEF ALTERNATIVE ÖKONOMIE** (inzwischen 30 Nummern) steht allen Interessierten als Publikationsorgan offen – für theoretische Beiträge, Projektselbstdarstellungen, Literatur- und Veranstaltungshinweisen. In ihm sind auch die Vorbereitungspapiere und Protokolle der jeweiligen Treffen enthalten. Der RUNDBRIEF kann bestellt werden bei: Läufertsmühle, 6934 Neckargerach.
4) **PUBLIKATIONEN:**
Drei Bände zur alternativen Ökonomie, hrsg. von Rolf Schwendter
Produktivgenossenschaften oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung
Hrsg. B. Flieger, München 1984.
Zu bestellen bei: AG-SPAK-Publikationen, 8 München 90, Kistlerstr. 1. Weitere Auskünfte könnt ihr von der Geschäftsstelle in München erhalten.

Die Seminare sollen eine intensive Beschäftigung mit speziellen, aktuellen Themen ermöglichen und daß man/frau/projekt die Möglichkeit erhält, über den Rand des eigenen Projekts/der Initiative/der Region hinauszuschauen und Leute kennenzulernen, die an ähnlichen Problemen arbeiten. Die Veranstaltungsorte der Wochenend-Seminare wechseln im Bundesgebiet. Teilnehmer/innen kommen aus dem gesamten Bundesgebiet und aus Österreich.

Bisher stehen folgende Termine bzw. Themen für 85/86 fest:
28.7.-11.8.85 ALTENMELLE (bei Osanbrück)
1. Woche:
- Zukunft der Frauenarbeit
- Männer-Rollen im SV-Sektor
- Finanzierung und Kommunikation des Selbstverwaltungssektors (ÖKO-BANK, Staatsknete, Contraste)

2. Woche:
- Ökologisches Bauen
- Neue Technologien in SV-Betrieben
- Gruppe 2000, ein Entwurf für vernetzte Organisation in alternativen Zusammenhängen

WOCHENEND-SEMINARE des TAK AÖ
8.-10.11.85 in EINSCHLINGEN (bei Bielefeld)
Thema:
- Soziale Altersversicherung und Versorgung in Selbstverwalteten Betrieben und Projekten

WOCHENEND-SEMINAR des TAK AÖ:
14.-16.2.86 in DORTMUND
Thema:
- Konsumgenossenschaften zwischen Demokratie und Marketing (Coop, Dortmund)

GRAU
ZONE
GRAU
ZONE UMWELTSCHUTZ-PAPIER-HINTERFRAGT
VERBUND SELBSTVERWALTETER BETRIEBE FÜR UMWELTSCHUTZ-PAPIER

GRAUZONE – UMWELTSCHUTZPAPIER HINTERFRAGT

Lange versprochen, endlich ist sie fertig: Die ausführliche Broschüre zum Thema UWS-Papier sie ist ab sofort bei den vup-Betrieben erhältlich.

„Grauzone" liefert nicht nur praktische Tips und sachkundige Hintergrundinformationen für Skeptiker, Freunde und Benutzer von UWS-Papier, sondern beweist, daß graues Papier durch sachkundige und einfühlsame Gestaltung auch für anspruchsvolle Augen einiges hergibt. Aus dem Inhalt:

- Selbstverwaltung, mehr als ein Ausweg aus der krisengeschüttelten Sackgasse des Kapitals,
- Papier und „Dritte Welt"
- Papiervergleich: Rohstoffe, Energie, Wasser
- Reizwort: Geschlossener Wasserkreislauf
- Die Verarbeitbarkeit unseres Papiers (mit Tips für Drucker und Repromenschen!)
- Wer hat das beste UWS-Papier im Land? u.v.m.

„Grauzone" hat 40 Seiten Umfang und kostet als Einzelexemplar 5 DM (3,90 + 1,10 Porto). Wiederverkäufer und Sammelbesteller erhalten angemessene Rabatte, bitte bei einem der vup-Betriebe erfragen!
WUP, Gaußstr. 19, 2000 HH 90
Zettelwirtschaft, Dorfstr. 18
5448 Roth
blätterwald eG, Niederurseler Str.7, 6370 Oberursel 5
UWS Papier und Druck, Libanonstr. 72a, 7000 Stuttgart 1
Papyrus, Riedinger Str. 24, 8900 Augsburg

Vom ‚Restmüll' zum Wertstoff

Daß der ‚Restmüll', der aus der getrennten Sammlung („Grüne Tonne"), ein Wertstoff ist, will eine Gruppe von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern in Garching bei München beweisen.

Dieser ‚Restmüll' ist sehr reich an biologisch verwertbaren Teilen und soll mit einem leistungsfähigen Verfahren in Biogas und kompostierbare Reststoffe verwandelt werden.

Bereits seit einigen Jahren beschäftigt sich die in der REA GmbH zusammengeschlossene Gruppe von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern mit der Entwicklung eines Verfahrens zur Verwertung und Beseitigung von biologisch-organischen Müllbestandteilen. Anders als bisher schon versuchte Verfahren sollte das Verfahren rasch ablaufen, hohe Erträge an Biogas und eine starke Verringerung der Abfallstoffe bringen. Dieses Verfahren ist jetzt zur technischen Reife entwickelt worden und muß seine Leistung in einer Demonstrationsanlage beweisen.

Die Demonstrationsanlage wird täglich eine halbe Tonne ‚Restmüll' und einen Kubikmeter Klärschlamm verarbeiten. Sie wird auf dem Klärwerk der Gemeinde Garching bei München aufgebaut werden. In Garching ist seit 1984 die getrennte Sammlung von Wertstoffen mit großem Erfolg eingeführt worden. Glas, Papier, Kunststoffe und Metalle können sehr gut aussortiert und wieder verwendet werden. Neben den ‚trockenen' Wertstoffen fallen aber über 50 Gewichtsprozent ‚Naßmüll' als Rest an. Die Gemeinde Garching will diesen ‚Naßmüll' kompostieren – doch braucht dies ohne eine aufwendige Kompostieranlage recht viel Zeit und Platz. Die Gemeinde Garching ist daher am Biogas-Verfahren der REA sehr interessiert, da damit die Aussicht besteht, diesen ‚Naßmüll' in wenigen Tagen und mit einem hohen Ertrag an Biogas loszuwerden. Sie stellt daher der REA das Gelände der Klärwerke zum Aufstellen der Demonstrationsanlage zur Verfügung.

Die Demonstrationsanlage der REA kostet 2,2 Mio DM. Dies ist eine Menge Geld, das die REA nicht allein aufbringen kann. Deshalb wurde eine neue Firma, die BTA Biotechnische Abfallverwertung GmbH & Co. KG gegründet. Diese neue Firma wird das notwendige Kapital durch die Aufnahme von Kommanditisten aufbringen, den Bau der Demonstrationsanlage finanzieren und später den Verkauf von Anlagen übernehmen.

Da jetzt überall die getrennte Sammlung eingeführt wird und bereits 90.000 Tonnen 'Naßmüll' anfallen, werden solche Anlagen bereits jetzt dringend gebraucht. Die BTA will deshalb in den kommenden Jahren ihre Anlagen an Städte, Gemeinden und Landkreise verkaufen. Die Gewinne aus den Anlagenverkäufen kommen den Kommandisten zugute, da sie gemeinschaftlich Eigentümer der BTA sind. Der 'Restmüll' scheint damit tatsächlich zum 'Werkstoff' zu werden.

Die REA und die BTA suchen jetzt Leute, die die Lösung des Müllproblems nicht der Entscheidung des Staates allein überlassen wollen. Wenn sie das tun, können sie dabei möglicherweise eine Menge Geld sparen, indem sie ihre Einlage von der Steuer absetzen. Wer sich wegen einer Beteiligung näher informieren will, kann schreiben an:

BTA GmbH & Co. KG
Holzstr. 2
8000 München 2
Tel. 089/26 53 60

Tagungen... Seminare... Treffen

Tagungen der AG SPAK

Arbeitsbereich Behindertenarbeit
Humangenetische Beratung und Zwangssterilisation
Ort: Lüneburg
Termin: 7. - 9.6.1985
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Anneliese Mayer
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Tel.: (089) 691 78 21

Projektbereich Jugendzentren
Landestreffen Niedersachsen
13.-17.6.85 im Bahnhof Göhrde
Anfragen:
Tiedeke Heilmann
Uelzener Str. 10
3111 Suhlendorf

Projektbereich Stadtteilarbeit:
Wohnungspolitischer Kongreß
in Bayern
Termin: 21.-23.6.1985
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Sabine Geißler
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Tel.: (089) 691 78 21

Projektbereich Obdachlosenarbeit:
Landesarbeitsgemeinschaftstreffen Bayern
in Tutzing
Termin: 24.-27.6.85
Anfragen:
Reinhard Kellner
Schillerstr. 8, 8400 Regensburg

Koordinierungsstelle für Jugendwohngemeinschaften
Sommertheaterfreizeit „Traum und Wirklichkeit"
in Einschlingen bei Bielefeld
Anfragen:
KOST
Postfach 15 05 48, 2800 Bremen 15

Projektübergreifende Tagungen:
14.-17.6. Melle
Sozialhilfegruppentreffen

28.-30.6. in der Nähe von Kassel
Wissenschaftsläden und Hochschulen
„Wissenschaft – Wissen schaffen"
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Tel.: (089) 691 78 21

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Zukunft der Arbeit - Arbeitslosigkeit Selbstorganisierte Arbeit

Seminarreihe: Wer keine Arbeit hat, der macht sich welche

Arbeit und Selbstwert
Arbeit in einem selbstverwalteten, selbstorganisierten Projekt verspricht selbstbestimmt und bedürfnisbezogen zu sein. Vielfach sind wir uns aber unserer Antriebsmotivation, über die Bestätigungen, die wir daraus holen wollen gar nicht klar, obwohl sie sich in unserem Verhalten niederschlagen. Unsere Fähigkeiten und Macken zu kennen, ihren Zusammenhang zu unseren Lebenserfahrungen, ist Vorraussetzung dafür, unseren Vorstellungen von selbstbestimmter Arbeit näher zu kommen.

28.-30.6.85, ab Fr 18 Uhr

Utopien einer anderen Arbeit
War in den vergangenen Jahren der „Ausstieg" ein wesentliches Antriebsmoment, selbstverwaltete Betriebe zu gründen, so ist heute weit mehr das „nicht-einsteigen-können" Anlaß für viele, sich selbst einen Arbeitsplatz zu schaffen. Utopien wie die von Ökotopia erscheinen uns heute blaß und halten dem Realitätsdruck und unserer zynischen Haltung nicht mehr lange stand. Zerstörte Utopien werfen uns auf konventionelle Lebensentwürfe zurück.
Zukunftsvorstellungen sind aber die Grundlage für jedes Vorhaben/Projekt. Zu den handlungsbestimmenden Vorstellungen von der Lust an einem anderen Alltag, wollen wir uns auch mit fantasievollen Methoden einen Weg bahnen.

12.-14.7.85 ab Fr 18 Uhr

Beide Seminare finden in Tagungshäusern statt. Gebühr incl. Unterkunft und Verpflegung 95 DM, in besonderen Fällen sind Ermäßigungen möglich.

Dies sind zwei Angebote aus einer Reihe sogenannter „Projektwerkstätten". Sie werden durchgeführt vom Sobi, einem selbstorganisierten Bildungswerk in Münster und dem Netzwerk Münsterland – Fondsselbstorganisierter Projekte. Aus unseren Erfahrungen heraus wollen wir mit den Projektwerkstätten:
- Leuten, die neue Arbeitsformen suchen, helfen, Orientierungen und Kontakte zu finden;
- Projekten in der Gründungsphase Auseinandersetzungen ermöglichen über Gruppenstruktur, Arbeitsorganisation, Finanzierung, etc.
- bestehende Projekte unterstützen in der Verbesserung ihres Arbeitsalltags und ihrer Finanzstruktur.

Ab Herbst 1985 beginnen für die drei oben genannten Adressatengruppen wieder jeweils eigenständige Projektwerkstätten (Reihen von vier Wochenenden). Projektgruppen, die sich geschlossen anmelden, erhalten 10 % Rabatt.

Zur Einzelberatung können sich Interessierte an unsere **Kontaktstelle** wenden:
Montag und Freitag 15 bis 19 Uhr
Tel.: (0251) 7 27 10

Anmeldungen, nähere Informationen und Programme im:
Sobi (Sozialpädagogisches Bildungswerk) Münster, Friedrich-Ebert-Str. 125, Tel.: (0251) 79 50 40, Bürozeiten: Mo - Fr 17 bis 19 Uhr

Klein-Anzeigen

Suche Ausbildungsstelle im handwerklichen Bereich. Bevorzugt werden Berufe wie: Schreiner, Maler-Lackierer und Raumausstatter.
Anne Janz, Römerstr. 16,
6500 Mainz 41, Tel. 06136/43017

Selbstverwaltete Bildungsstätte im Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg sucht **qualifizierte(n) Mitarbeiter(in)** zur Führung des angeschlossenen Teestubenbetriebs. Schriftliche Bewerbungen bitte an: Forum-Teestube e.V., Christophstr. 17, 7320 Göppingen.

Systemhaus der mittleren Datentechnik sucht für die Hardware-Serviceabteilung eine(n) Elektriker(in)/Elektroniker(in) für folgende Arbeitsbereiche: Anfertigung von Leiterplatten, Überwachung des Lagerbestandes, Dokumentation und Durchführung von Bestellungen. Wir sind ein selbstverwaltetes Unternehmen im Verband der Aktion Dritter Weg.
Schriftliche Bewerbungen bitte an: CCS Compact Computer Systeme GmbH, Schwanenwik 32, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040-2202058

INFO-DIENST-TAUNUS
Der Werbeträger im ganzen Taunus! Wir machen eine Alternativzeitung für den Bereich zwischen Frankfurt/Wiesbaden/Friedberg für Leser zwischen 16 und 36 in einer Auflage von 700 Exemplaren derzeit. **Günstige Anzeigenpreise** werden von uns geboten. Preisliste sowie Probeheft anfordern bei: **INFO-DIENST, K. Böhm, E.-M.-Arndt-Str. 1, 6233 Kelkheim**

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Seit März 1981 arbeiten wir mit Unterstützung von Freunden und Förderern daran, hier einen Ort zu schaffen, wo Alternativen nicht nur gedacht und beredet, sondern auch im Detail geplant und praktisch umgesetzt werden.

Neben der vor allem regional orientierten Bildungsarbeit ist die WANDERAUSSTELLUNG „ES GEHT AUCH ANDERS" – eine Austellung über Energie-Alternativen unsere wichtigste Art von Öffentlichkeitsarbeit über die Machbarkeit eines „sanften Weges" der Energieversorgung. Mit über 80 Stellwänden, einer Vielzahl von Anlagen, Geräten und Modellen gehen wir vier bis fünfmal jährlich in verschiedene Städte der BRD, um in Zusammenarbeit mit lokalen Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Energiegruppen usw. ein in der Regel 9-tägiges Ausstellungsspektakel zu veranstalten.
Im Zentrum untergebracht und zum Gesamtprojekt gehören darüberhinaus ein **Ingenieurbüro für Wasserbau und Energietechnik** (Schwerpunkte: Planung und Bauleitung für Biogasanlagen und naturnahe Abwasserklärverfahren, ökologische Gutachten und Untersuchungen im Wasserbereich und Energieberatung) und eine Handelsgesellschaft (SANFTE ENERGIE GMBH) als Bezugsquelle für eine erprobte Auswahl von umweltfreundlichen und energiesparenden Produkten (Sonnenkollektoren, Systeme zur nachträglichen Fensterisolation, umweltfreundliche Bau- und Dämmstoffe, solarzellen für Bastler, Naturfarben und Holzschutzmittel ohne Gift, Wassersparer, naturbelassene und pflanzengefärbte Wolle, Umweltschutzpapier usw.)

Tage der offenen Tür
Für alle, die uns und unsere Arbeit näher kennenlernen möchten oder die fachliche Fragen haben:
Jeden 1. Samstag im Monat ist bei uns ein „Tag der offenen Tür". Wir finden es gut, wenn Besucher dann möglichst entweder so um 11 Uhr oder um 14 Uhr kommen, damit eine kontinuierliche Betreuung durch uns möglich ist.

Termine
14.6.-16.6.85: Chemie im Haushalt
21.6.-23.6.85: Geschichte der Ökologiebewegung
28.6.-30.6.85: Wasser im Haushalt
5.7.-7.7.85: Kachelofenbau

Sondertermine
10.6.-14.6.85: Auf den Spuren eines Gewässers
17.6.-21.6.85: Ökologisches Bauen und Heizen
24.6.-28.6.85: Naturnaher Garten
1.7.-5.7.85: Waldökologie
12.7.-14.7.85: Dozentenfortbildung „Kräuter"
19.7.-31.7.85: Bauworkshop

Bestellungen:
Seminarprogramm + Bücherliste 1.60 DM in Briefmarken
Wir über uns (32 Seiten) 3 DM in Briefmarken

Sommernächte in Italien

vom 7. – 31.8.1985

Als Kontrastprogramm zu den bitterkalten Wintertagen und zu den arbeitsintensiven Groß-Messen ohne großen Ertrag wollen wir ein zwangloses (Ferien)treffen im sonnigen italienischen Sommer organisieren. Über einen befreundeten italienischen Gewerkschaftsverband sind wir an den Zeltplatz in den Bergen südlich von Bologna gekommen.
Nicht-faulenzende Aktivisten könnten Cooperativen besuchen, Ausflüge unternehmen, Feste mit den Dorfbewohnern feiern, Workshops machen....
Bis jetzt haben sich schon Menschen aus Berlin, Augsburg, Trier und Nordbaden angemeldet trotzdem braucht's noch mehr, um diese Idee zu verwirklichen.
Kostenpunkt wären so etwa 300 Mark (ohne Fahrt), definitiver Anmeldeschluß ist der 20. Juni .....

Kontaktadresse: Zünd-Satz, Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, Tel.: (06221) 1 34 02

Handelsvertreter - Kollektiv

EINE VERTRIEBSINITIATIVE DER BEWEGUNG

In den vergangenen Jahren hat innerhalb der Bewegung die Umsetzung des politischen und ökologischen Bewußtseins in konkrete Formen einer Alternativ-Wirtschaft viel Raum eingenommen. Dabei geht es einerseits um ein in jeder Hinsicht gesundes Leben mit sinnvollen Produkten, andererseits in den Betrieben selbst um das Prinzip Selbstverwaltung. Über die politische Strategie hinaus wird eine Gegenökonomie zur kapitalistischen Wirtschaft aufgebaut und gelebt. So, wie es dabei notwendig geworden ist, ein Finanzierungssystem der Bewegung aufzubauen, die ÖKO-BANK, sehen wir die Notwendigkeit, ein flächendeckendes Verteiler- bzw. Vermittlersystem zu entwikkeln, das HANDELSVERTRETER-KOLLEKTIV.

Wir besuchen alternative Produktionsbetriebe im Bundesgebiet, informieren uns über deren Warenangebot, möglichst ökologische Produktionsbedingungen und demokratische Betriebsformen und werden die jeweiligen Produkte an die (möglichst) alternativen Einzelhandelsläden oder ggf. Handelsorganisationen weitervermitteln. Ziel ist dabei, durch eine Verbesserung der Absatzmöglichkeiten einerseits und ein verbessertes Angebot in den Läden andererseits die im Aufbau befindliche Alternativ-Wirtschaft zu stabilisieren, zu erweitern und letztlich auch mehr Menschen die Möglichkeit zu bieten, in Kollektivbetrieben zu arbeiten.

Wenn die Produzenten in ihrem lokalen Bereich den Vertrieb selbst organisieren, um den persönlichen Kontakt zu den Einzelhändlern oder Konsumenten nicht zu verlieren, so entspricht das natürlich der Zielsetzung selbstverwalteter Betriebe. Aber oft ist erst die Steigerung des Absatzes oder die Vernetzung mit anderen Betrieben Voraussetzung für das eigene Überleben und vor allem für vernünftige Preise. Hier sehen wir unseren Ansatzpunkt für das HVK.

Unsere Entlohnung ist an den Umsatz gekoppelt, d.h. wir werden auf Provisionsbasis arbeiten und damit keine Risikogröße für den Hersteller darstellen. Sollten sich auf unserem Gemeinkonto allen Unkenrufen zum Trotz doch mal Gelder häufen, werden diese Überschüsse an Projekte zurückfließen.

KONTAKTE:
Wolfgang Sander, Obere Straße 20, 7637 Ettenheim 4, 07822–17 58
Herrmann Eberle, Erlenweg 5a, 7502 Malsch/Sulzbach
Andreas Syre, Talhauserstraße 54, 7801 Ebringen, 07664–72 50

Wir suchen weiterhin und jetzt erst recht: Produzenten, interessierte Läden, alternative Handelsvertreter und Menschen, die es werden wollen.

Beim Netzwerk Nordbaden hat diese Selbstdarstellung schon zu kontroversen Diskussionen geführt mit dem Ergebnis, daß am 24. Juni im Heidelberger Kulturfenster eine Diskussion mit Projektvertretern angesetzt wurde, um über die sich hieraus ergebenden Fragen (Ist ein solches Handelsvertreter-Kollektiv sinnvoll? Wirkt es sich längerfristig auf den alternativen Markt aus? Welcher Art könnten diese Auswirkungen sein? Sind sie zu begrüßen oder zu verurteilen? etc.) zu diskutieren.
CONTRASTE - Leser, die an dieser Problematik interessiert sind, und/oder bereits einschlägige Erfahrungen gesammelt haben – gute oder schlechte – sind aufgefordert, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.
Reaktionen und Beiträge erwartet die Nordbadener Redaktion:
Zünd-Satz, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1